

Preußische Allgemeine



Nr. 14 · 9. April 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Angriff auf die Klassik

Während in England Mozart und Beethoven infrage gestellt werden, wird in den Niederlanden Dante dem Zeitgeist angepasst. Und in den USA fordern Altertumsforscher gar die Abschaffung ihres eigenen Fachs
Seiten 3 und 12



Geschichte Die „kaiserliche Sozialarbeiterin“ Auguste Viktoria **Seite 11**



Mensch & Zeit Der schleichende Zerfall der Gesellschaft **Seite 12**

AUFGEFALLEN

Sachsen erklärt sich negativ

Die Liste der fragwürdigen Corona-Maßnahmen wird stetig länger. Eine der jüngsten Hervorbringungen ist eine Verordnung des Sächsischen Sozialministeriums vom 29. März. Danach gibt es neben Schnelltests durch „geschultes Personal“ den Selbsttest, den man in aller Stille vornehmen kann. Ausreichend ist der dann beispielsweise, wenn man bei einer Beerdigung mit mehr als zehn Teilnehmern anwesend sein möchte. Oder wenn einem, sofern die Inzidenz den Spielbetrieb gestattet, der Sinn nach Theater steht.

Den Selbsttest bestätigt man durch die erforderlichen Auskünfte in der Bescheinigung, die der Verordnung als Anlage beigelegt ist. Ausdrücklich heißt es hier: „Der Test wurde ohne Aufsicht durch eine fachkundige Person durchgeführt.“ Name, Adresse und so weiter sind anzugeben, Datum und Uhrzeit, der Name des Tests sowie der Hersteller. Die zugelassenen Tests sind über eine in der Verordnung aufgeführte Internetadresse abrufbar. Negativ oder positiv ist vor der Unterschrift noch anzukreuzen, im Positiv-Fall soll man sich einem PCR-Test unterziehen und isoliert abwarten, bis das Ergebnis vorliegt.

Den gültigen, negativen Selbsttest kann also jeder vorlegen, der in der Lage ist, den Vordruck auszufüllen, ohne jemals einen Test durchgeführt zu haben. Kontrolle, Sanktionen oder Ähnliches sind unmöglich. Die Maßnahme ist damit völlig wertlos. Man fragt sich, wer derartige Regelungen verfasst. Oder hat ein entnervter Beamter die Dinge absichtlich ad absurdum geführt? *Erik Lommatzsch*

POLITIK

Bei den Christdemokraten wird es ungemütlich

Während jüngste Umfragen die Union im Tief sehen, offenbart die Kandidatur eines alten Bekannten die Stimmung in weiten Teilen der Basis

VON KLAUS KELLE

In Zeiten der Kanzlerschaft Helmut Kohls bezeichneten Medien die CDU oft als „Kanzlerwahlverein“. Im Grunde genommen war sie das auch. Die unbedingte Geschlossenheit, alles dem großen Ziel, regieren zu wollen, unterzuordnen, das war das große Plus, das all die vielen Wahlerfolge der Union über Jahrzehnte möglich machte. Genau diese Geschlossenheit liegt jetzt, wenige Monate vor der „Schicksalswahl“ am 26. September, in Trümmern.

Schon vor Jahren, als die AfD nach und nach in alle Parlamente einzog, vermuteten Beobachter, die deutschen Christdemokraten auf dem Weg der SPD oder schlimmer noch: der italienischen Christdemokraten, die heute bei Wahlen mit der Zehn-Prozent-Marke kämpfen. Andere schauten auf die österreichische Schwesterpartei ÖVP, die sich ein neues Programm, eine neue Farbe und einen Sebastian Kurz gönnte, und damit in gut eineinhalb Jahren eine vollkommen heruntergewirtschaftete Partei von 19 auf 38 Prozent in der Wählergunst hievte.

Doch die deutschen Unionsparteien haben keinen Kurz. Armin Laschet und Markus Söder, die zu Beginn der Corona-Krise zu strahlenden Sternen am Politsternhimmel avancierten, erscheinen ausgebrannt und überziehen sich zunehmend mit Unfreundlichkeiten. Wer immer

Kanzlerkandidat wird von den beiden, er wird beschädigt bleiben. Doch wie glaubhaft werden dann gemeinsame Kundgebungen der beiden sein? Vielleicht bleiben aber auch – Corona macht's möglich – Wahlkampfauftritte untersagt, sodass sich die Herren nicht ständig mit vergifteten Freundlichkeiten begegnen müssen.

Erstmals seit Jahren besteht für die Union wieder die Gefahr, dass eine Bundesregierung ohne ihre Beteiligung möglich ist. In jüngsten Umfragen fehlen Rot-Rot-Grün noch ganze zwei Prozent zur eigenen Mehrheit. Und schaut man sich das Führungspersonal von Grünen und Linken bei Talkshow-Auftritten an, ihre Unkenntnis gravierender Fakten, ihre oft nicht nachzuvollziehende Naivität, dann sollte man beginnen, sich ernsthaft um die Zukunft unserer Kinder zu sorgen.

Niedergang nicht zwingend

Dabei gäbe es auch heute noch die Möglichkeit, die alte Volkspartei der Mitte wieder hochzubringen, vielleicht nicht an die 40 Prozent, aber an die 35 Prozent sicher. Dann nämlich, wenn die Parteiführung im Konrad-Adenauer-Haus einen Schritt auf den nach wie vor existenten konservativen Flügel zumachen und Politiker wie Friedrich Merz, Sylvia Pantel und Hans-Georg Maaßen in eine gemeinsame Strategie einbinden würde.

Doch sie können – oder wollen – es einfach nicht, die Apparatschiks, die es

sich in den erfolgreichen Merkel-Jahren gemächlich gemacht haben und politischen Kampf, gar um Inhalte, völlig verlernt haben. Stattdessen werden innerparteiliche Kritiker wie die von der WerteUnion ausgegrenzt. Als in der vergangenen Woche bekannt wurde, dass der frühere Verfassungsschutz-Präsident Maaßen, jahrzehntelang ein untadeliger Staatsdiener, beabsichtigt, in Thüringen als CDU-Kandidat für den Bundestag zu kandidieren, bebte die Union für einen Moment. Ein Konservativer? Für die CDU in den Bundestag? An der Basis beste Stimmung, doch in den Parteihäusern schieres Entsetzen.

Parteigeneral Paul Ziemiak griff zum Hörer und rief den Landesvorsitzenden Christian Hirte an, um zu erfahren, wie „sowas passieren konnte“. Den Vogel aber schoss Marco Wanderwitz, Ostbeauftragter der Bundesregierung, ab, als er in einer ersten Stellungnahme die Kandidatur Maaßens in Thüringen als „Irrsinn“ bezeichnete. Aus seiner Sicht – so wörtlich – sei „Herr Maaßen im Stil und Inhalt nicht mehr kompatibel mit der Christlich Demokratischen Union“.

Und da hat er absolut recht, der Herr Wanderwitz, dessen Partei von den vergangenen 20 Wahlgängen in Deutschland 19 Mal verloren hat. Als Maaßen CDU-Mitglied wurde, pflegte die ganze Partei den Stil, den Maaßen auch heute noch ausstrahlt. Damals lag die CDU in der Regel immer über 40 Prozent.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Hintergründe einer Affäre – die Aserbaidschan-Connection in der Union **Seite 6**

Kultur
Gedanken über den Stellenwert der Kultur in Zeiten der Krise **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Der erste Gottesdienst in Heiligenbeils Kirchenruine seit 75 Jahren **Seite 13**

Reise
Mit dem Fahrrad auf den Spuren der fränkischen Hohenzollern **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 14
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Corona hat die Menschen weltweit in eine Art Schockstarre versetzt und die Regierungen zur Anwendung außergewöhnlicher Maßnahmen bewogen. Doch je länger diese anhalten, desto mehr sinkt die Akzeptanz

Zivile Unruhen werden zunehmen

Not macht mutig – Der Widerstand gegen staatliche Zwangsmaßnahmen regt sich vielerorts

VON WOLFGANG KAUFMANN

Je länger die am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufene Corona-Pandemie andauert, desto mehr nimmt der Widerstand gegen die von vielen Regierungen verordneten Zwangsmaßnahmen zur Eindämmung des Virus zu. Das führt mittlerweile dazu, dass Risikoanalysten vor gewalttätigen Protesten und schweren Unruhen in 75 Ländern der Erde warnen, darunter auch in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten der EU. Besonders dezidiert fallen dabei die Alarmrufe der Experten von Verisk Maplecroft aus. Das Unternehmen mit Hauptsitz im englischen Bath, welches die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Risiken zu erkennen versucht, die für global agierende Unternehmen und Investoren zum Problem werden könnten, spart mittlerweile nicht mehr mit drastischen Formulierungen wie: „Die COVID-19-Pandemie gießt Öl ins Feuer ziviler Unruhen.“

Ganz ähnlich sieht man dies bei der Allianz Global Corporate & Specialty (AGCS), einem der weltweit führenden Anbieter von Industrieversicherungen. So heißt es in einer AGCS-Pressemitteilung vom 24. März 2021: „Zivile Unruhen haben stark zugenommen, angetrieben durch Proteste zu Themen, die von wirtschaftlicher Not bis hin zu Polizeibrutalität reichen und die Bürger auf der ganzen Welt betroffen haben. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie verschlimmern die Situation – da kein Ende des wirtschaftlichen Abschwungs in Sicht ist, wird die Zahl der Proteste wahrscheinlich weiter steigen.“ Anschließend kommt der Leiter der Abteilung Global Political Violence and Hostile Environment Solutions der AGCS, Björn Reusswig, zu Wort: „Die Maßnahmen, die die Regierungen zur Bekämpfung des Coronavirus ergriffen haben, hatten erhebliche sozioökonomische Auswirkungen, und die Frustration wächst in großen Teilen der Bevölkerung ... Die Menschen sind besorgt. Arbeitsplatz, Gesundheit und Einkommenssicherheit sind gefährdet. In der Folge sind die Menschen eher bereit zu demonstrieren, daher ist es nicht verwunderlich, dass Demonstrationen gegen den Lockdown schnell gewalttätig werden können.“



Demonstrieren trotz Corona-Pandemie: In Frankreich halten seit Monaten Proteste gegen das sogenannte globale Sicherheitsgesetz an. Risikoanalysten rechnen mit der Zunahme sozialer Unruhen weltweit
Foto: Imago/Hans Lucas

Weitere Gefahren gehen von psychisch dekompenzierten Einzelpersonen aus, bei denen unter den Bedingungen des Dauerlockdowns eine schnelle Selbstradikalisierung möglich ist. Das zeigt unter anderem der Fall eines bislang unbeschol-

tenen 30-jährigen Mannes, der am selben Tag, als die AGCS ihre Prognose veröffentlichte, mehrere Molotowcocktails in das Delmenhorster Rathaus warf, um seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

Der Allianz-Ableger zieht daraus den Schluss, dass „Unternehmen ... sich auf weitere politische Unruhen und Gewalt vorbereiten“ müssten. „Zivile Unruhen“ könnten nun sogar zum „Hauptrisiko für Unternehmen im politischen Bereich“ werden und „zu erheblichen Verlusten“ durch „Sachschäden und darüber hinausgehende Betriebsunterbrechungen“ führen – explizit genannt wurde dabei der Einzelhandel, dem „Vandalismus und Plünderungen“ drohen.

Deshalb empfiehlt die AGCS dringendst eine Überprüfung der Versicherungspolice, denn „die Versicherer bieten über den Spezialmarkt für politische Gewalt auch spezielle Lösungen an, um die Auswirkungen von Streiks, Unruhen und zivilem Aufruhr zu mildern“. Bei der Allianz nennt sich das entsprechende Produkt „Voller Schutz“ gegen „Volle politische Gewalt“ und deckt unter anderem Schäden durch „Organisierten Aufruhr, Revolution oder Rebellion“ sowie Staatsstreich, Meutereien und Bürgerkriege ab.

Experten warnen vor den Folgen der Maßnahmen



Hans Kluge Der belgische Arzt fungiert seit dem 1. Februar 2020 als WHO-Regionaldirektor für Europa und ist damit für 53 Länder zuständig.



Alicia Bárcena Ibarra aus Mexiko leitet seit dem 1. Juli 2008 die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (UNECLAC).



Matthew Moshiri ist seit Ende 2020 Präsident des global agierenden Risikomanagement- und Strategie-Beratungsunternehmens Verisk Maplecroft.

LATEINAMERIKA

Lockdown führte zu drastischem Wirtschaftseinbruch

Elend, Hunger und Obdachlosigkeit breiten sich aus – Besonders betroffen sind Argentinien, Chile, Peru und Kolumbien

In Lateinamerika leben 630 Millionen Menschen, also acht Prozent der Weltbevölkerung. Als arm gelten 209 Millionen Bewohner des Subkontinents. Das sind 22 Millionen mehr als Anfang 2020. Unter den Armen befinden sich wiederum 78 Millionen extrem Arme, welche entweder kein Obdach besitzen oder zumindest nicht allein für ihren Lebensunterhalt sorgen können, wobei staatliche Unterstützungsleistungen aber die Ausnahme und nicht die Regel darstellen. Zu dieser Gruppe kamen im Laufe des vorigen Jahres acht Millionen Menschen hinzu.

Die Hauptursache für die rapide Zunahme von Elend, Hunger und Obdach-

losigkeit zwischen Mexiko und Feuer-land ist die Corona-Pandemie einschließlich der deswegen verfügbaren Maßnahmen von Seiten der jeweiligen Regierungen. Insofern hat Alicia Bárcena Ibarra, welche die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (UNECLAC) leitet, durchaus Recht, wenn sie konstatiert: „Wie immer sind die Armen die großen Verlierer.“

So standen viele derselben in keinem regulären Arbeitsverhältnis. Diese Menschen erhielten dann während der von oben oktroyierten Lockdowns deshalb auch kaum Ausgleichszahlungen, sodass sie neben allem anderen auch noch an Hunger leiden mussten oder weiterhin

leiden, was genauso töten kann wie ein Virus.

Einbruch um acht Prozent

Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die Wirtschaftsleistung in der Region 2020 im Durchschnitt um 8,1 Prozent eingebrochen. Wobei es Venezuela mit rund 25 Prozent am schwersten traf, was indes auch am politischen Ausnahmezustand in dem Land lag. Danach folgen Peru mit 13,9 Prozent, Argentinien mit 11,8 Prozent und Ecuador mit elf Prozent. Einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes gab es lediglich in Guyana, das im vorigen Jahr erstmals Erdöl exportierte.

„Wie immer sind die Armen die großen Verlierer“

Alicia Bárcena Ibarra
Leiterin der UNECLAC

Ansonsten gingen die Ausfuhren um durchschnittlich zehn Prozent zurück, wobei Paraguay, Uruguay, Peru und Argentinien noch über dieser Marke lagen. Des Weiteren kam es zu deutlich weniger

ausländischen Investitionen in Lateinamerika: Statt 160 Milliarden US-Dollar jährlich flossen lediglich noch 80 Milliarden. Die größten Verlierer hierbei waren wiederum Argentinien und Peru sowie auch Chile und Kolumbien.

Durch die Lähmung der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie beziehungsweise -maßnahmen ging 2020 nahezu jedes fünfte Unternehmen in Lateinamerika bankrott, darunter vor allem Kleinhändler, Restaurants, Hotels und andere Dienstleister, die vom individuellen Konsum oder dem Tourismus gelebt hatten. Ob und wie sich der Kontinent von diesem Aderlass wieder erholen kann, steht in den Sternen. W.K.

KREBSTOTE

Patienten blieben unversorgt

Nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sorgt die Corona-Pandemie für viele zusätzliche Krebstote auf unserem Kontinent. Die Situation hinsichtlich der Diagnose und Behandlung von Krebserkrankungen ist „nichts weniger als katastrophal“, so Hans Kluge, der WHO-Regionaldirektor für Europa. Die Dramatik der Lage zeigt eine Studie von Forschern vom National Institute for Health Research (NIHR) der Universität Birmingham unter Alvina Lai, welche im „British Journal of Surgery“ erschien. Diese basiert auf Daten von 359 Kliniken in 71 Ländern, darunter auch 34 großen Krankenhäusern in Deutschland.

Daraus geht hervor, dass hierzulande 2020 während der ersten Welle der Pandemie 908.759 geplante Operationen verschoben wurden, darunter 52.000 aufgrund von Krebserkrankungen. Somit sank die Zahl der Eingriffe bei malignen Tumoren um ein Viertel. Deshalb gehen die Mediziner nun von rund 18.000 mehr Krebstodesfällen 2020/21 aus – was auf einen Anstieg von 20 Prozent hinausläuft.

Dabei hatten nicht nur die hintangestellten oder ausgefallenen Operationen eine fatale Wirkung, sondern ebenso der zu späte Beginn von Chemotherapien und die Verschleppung von Untersuchungen bei Krebsverdacht. Die Zahl dieser medizinischen Maßnahmen ging während des ersten Lockdowns um 60 beziehungsweise 76 Prozent zurück. Das führte zu Diagnostik- und Therapieverzögerungen von bis zu 89 Wochen. Noch liegen keine Angaben vor, wie sich die Situation ab Sommer 2020 entwickelte, aber sicher kann auch hier von keiner Normalisierung ausgegangen werden.

Laut WHO hatte jedes dritte europäische Land die Versorgung von Krebspatienten mit Ausbruch der Corona-Pandemie zurückgefahren, und in den ärmeren Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas herrschten sogar noch sehr viel schlimmere Verhältnisse: Dort blieben oft drei von vier Krebspatienten mit einem Schlag sich selbst überlassen. W.K.

Von wegen Aufklärung

Seit Jahren stehen bedeutende Künstler und Werke der europäischen Klassik in der Kritik. Jüngste Fälle zeigen einmal mehr, dass es dabei selten um eine Erweiterung der Sichtweisen geht, sondern um das Rütteln an den Fundamenten unserer Kultur

VON RENÉ NEHRING

Dieser Aufschrei hat dann doch überrascht. Als Ende März die britische Tageszeitung „The Telegraph“ berichtete, dass an der renommierten Universität Oxford erstellte Konzeptpapiere erklärten, den Lehrplan für die Ausbildung des musikalischen Nachwuchses „dekolonisieren“ zu wollen, schlugen binnen weniger Stunden die Empörungswellen hoch. In London und New York berichteten Medien ebenso aufgebracht über die irritierenden Pläne wie in Hamburg und Salzburg.

Konkret schlägt ein Wissenschaftler der Musikfakultät einen geringeren Fokus auf die „euroamerikanische Elite-Musik“ vor, was sich „aus internationalen Demonstrationen der ‚Black Lives Matter‘-Bewegung“ ergebe. Künftige Lehrveranstaltungen sollen die „weiße Hegemonie“ in Oxfords Musiklehrplan ansprechen und andere Musikformen stärker repräsentieren. Namentlich wird als mögliche Änderung der Studiengänge die Reduzierung des Fokus auf kanonische klassische Komponisten wie Mozart und Beethoven angeregt, und zwar als Teil einer vorgeschlagenen Abkehr von der „weißen europäischen Musik aus der Sklavenszeit“. Ebenso infrage gestellt wird die westliche Notation, also das graphische Abbilden musikalischer Parameter wie Tonhöhe und -dauer sowie Lautstärke mittels Notenschrift, die sich in den vergangenen Jahrhunderten zur international anerkannten Musiksprache entwickelte und sich dabei durchaus den verschiedenen Kulturräumen der Welt angepasst hat.

Die Universität selbst zeigte sich erschrocken über das weltweite Echo und ließ über einen Sprecher erklären, dass Behauptungen, die westliche Kunstmusik solle vom Curriculum verschwinden, „komplett inkorrekt“ seien. Viele der vom „Telegraph“ zitierten Sichtweisen seien auf einen einzigen Professor zurückzuführen. Allerdings solle der Lehrplan der Musikfakultät durchaus erweitert sowie nicht-westliche und zeitgenössische Musikformen aus aller Welt stärker im Angebot verankert werden. Genauere Pläne dazu sollen im Sommer vorliegen.

Teil einer großen Kampagne

Ein Grund zur Beruhigung ist das freilich nicht. Zum einen, weil Oxford die bekannt gewordenen Pläne keinesfalls dementiert, sondern lediglich in ihren Ausmaßen relativiert. Zum anderen, weil der Autor der umstrittenen Ideen direkten Bezug nimmt auf die „Black Lives Matter“-Bewegung – und damit offen erklärt, dass die Ausbildung des musikalischen Nachwuchses den Forderungen einer ideologischen Bewegung folgen solle. Zumal einer Bewegung, die zwar aus Protest gegen rassistische Gewalt gegründet wurde, selbst jedoch im Rahmen von Demonstrationen regelmäßig für Gewalt – etwa gegen weiße Polizisten – sorgt.

Hinzu kommt, dass die Angriffe auf die Klassik, ihre Schöpfer und Inhalte, keinesfalls Einzelfälle sind. Seit Jahren schon arbeiten sich Kritiker an Mozart-Figuren wie dem Monostatos in der „Zauberflöte“ oder dem Osmín in der „Entführung aus dem Serail“ ab. Für das Portal „blackcentraleurope.com“ (also „schwarzes Mitteleuropa“) etwa stellt die „Zauberflöte“ „eine Mischung aus rassistischen Stereotypen rund um die Schwärze im späten achtzehnten Jahrhundert dar“. Und der linksliberale britische „Guardian“ kritisierte schon vor Jahren, dass die „Zauberflöte“ zwar „einige von Mozarts größten Musikstücken“ enthalte und von vielen deshalb als „eine der großen Verkörperungen der Werte der Aufklärung und folglich als eine der großen humanitären Aussagen der westlichen Kultur“ bezeichnet würde – doch



Verbindung zwischen den Zeiten und Kulturen: Dante Alighieris „Göttliche Komödie“. Die Illustration aus dem 19. Jahrhundert zeigt, wie der Centaur Nessus Dante und Vergil an dem Blutstrom der Hölle zur Furt führt
Foto: action press

seien die Werte der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, so fortschrittlich sie auch sein mögen, eben „weiß, männlich, heterosexuell und überwiegend bürgerlich“.

Parallel zur jüngsten Aufregung um Mozart und Beethoven sorgte in den Niederlanden ein anderer Klassiker für Aufregung: Wie die „Tagespost“ unter Bezugnahme auf einen Artikel des französischen „Figaro“ berichtete, wurde von einem niederländischen Verlag in einer Neuauflage der „Göttlichen Komödie“ von Dante Alighieri in der „Hölle“ der Verweis auf den Propheten Mohammed gestrichen, um Muslime „nicht unnötig zu verletzen“. Dies nicht etwa auf Druck muslimischer Verbände hin, sondern in völliger Selbstzensur. Damit, so der „Figaro“, werde ein literarischer „Leitstern der abendländischen Kultur“ schlechthin angegriffen. Es gehe dabei um eine „selektive Neuschreibung der Vergangenheit à la Orwell“, beziehungsweise um einen weiteren Schritt zur Durchsetzung der „Cancel Culture“, die inzwischen zahlreiche Filme und Bücher, aber auch zunehmend schulische und universitäre Lehrpläne erfasst hat.

Angriff auf die Wurzeln Europas

Was die Fälle in Oxford und in den Niederlanden vereint, ist die grundlegende Infragestellung wichtiger Güter der europäischen Kultur. Hier das Werk zweier Komponisten, die zu den größten Schöpfern der Musikgeschichte gehören, dort eine Dichtung, mit der nicht nur die italienische Schriftsprache begründet wurde, sondern die gleichsam eine Verbindung zwischen antikem Denken und mittelalterlicher Gegenwart herstellt.

Zweifelloos ist es legitim, die Aktualität klassischer Werke zu hinterfragen. Allein

schon die unüberschaubare Vielzahl zwingt jede Generation aufs Neue zu überlegen, welche Dramen, Lieder, Opern und Sinfonien in der jeweiligen Gegenwart noch relevant sind. Und in einer zunehmend globaler ausgerichteten Welt ist es durchaus geboten, die geistigen Horizonte zu erweitern und etwa zu fragen, welche Werke auf anderen Kontinenten überliefert sind.

Nur: Warum ist ein solches Bestreben nicht positiv ausgerichtet? Warum tritt – um beim aktuellen Fall in Oxford zu bleiben – der Verfasser der Konzeptpapiere nicht vor die Fachwelt und präsentiert seine etwa bei den indigenen Völkern in Nordamerika („Indianer“ darf man ja nicht mehr sagen) oder in Afrika entdeckten musikalischen Funde? Warum sucht er nicht ein Orchester und ein Tonstudio und spielt Werke von anderen Kontinenten nicht einfach ein – und stellt diese einer offenen Diskussion? Und warum stellen im Falle Dantes die Verfechter der „Cancel Culture“ der Figur Mohammeds nicht Darstellungen des Abendlandes in literarischen Werken aus dem Morgenland gegenüber? Hat man Angst davor, dass sich die geschmähte europäische Kultur – zumindest in den genannten Fällen – als das erweisen könnte, was sie tatsächlich ist: nämlich als unerreichte Höhepunkte der weltweiten Kulturgeschichte?

Keine „weiße“ Kultur

Zu hinterfragen sind die Attacken auf Dante, Mozart und Beethoven auch aus einem anderen Grund. Paradoxerweise schreiben die Kritiker „weißer Vorherrschaft“ in der Geschichte der europäischen Kultur etwas zu, was diese selbst nie sein wollte: nämlich eine Kultur weißer Männer. Natürlich sind die Ge-

nannten – ebenso wie all die anderen Dichter, Denker und Komponisten – genau das: weiße Männer. Gleichwohl ist der europäische Kulturraum nicht ohne Vorgeschichte entstanden, fußt die klassische Kultur Europas nicht nur auf dem antiken Erbe des alten Roms und der griechischen Stadtstaaten. So entstand das Christentum bekanntermaßen in Vorderasien. Die Hochkulturen davor wurden geprägt durch Karthager, Ägypter, Syrer, Sumerer, Araber oder Perser.

Vor rund fünf Jahren beschrieb der aus einer kroatischen Fürstenfamilie stammende britische Historiker Peter Frankopan in seinem Werk „The Silk Roads“ (der deutsche Titel lautete „Licht aus dem Osten“) die vielfältigen Prägungen Europas durch den Orient. Er erzählte von einem großen Reichtum an Gütern, Kultur und Wissen, der das Alte Europa lange sehnsüchtig nach Osten blicken ließ. Er erzählte von edlen Waren wie Seide oder Porzellan sowie von Techniken wie der Papierherstellung, die über die Seidenstraße im Westen Verbreitung fanden. Und er erzählte von islamischen Gelehrten, die das antike Kulturerbe pflegten, lange bevor Europa die Renaissance erlebte.

Die öst-westlichen Begegnungen waren zu kaum einer Zeit frei von Konflikten und Kriegen. Aber sie haben immer zu einer Bereicherung aller Seiten geführt. Allein der Blick in die Gewürzregale europäischer Küchen erzählt von der großen Geschichte des jahrhundertelangen Austauschs zwischen den verschiedensten Kulturen. Ebenso die Sprachen, die allesamt durchsetzt sind von Wörtern aus anderen Regionen der Welt. Durchgesetzt hat sich fast immer das bessere Produkt, die höherwertigere Technik, die elegantere Lebensform – oder die wohlklingendere Musik.

Verdrängung statt Horizonterweiterung

Dass die aktuellen Kritiker der Klassik einen anderen Weg gehen als etwa Peter Frankopan und statt einer Erweiterung der Perspektiven durch Begriffe wie „weiße Vorherrschaft“ oder „koloniale Kunst“ auf eine Diskreditierung der Klassik setzen, zeigt nicht nur, dass ihnen inhaltlich die Argumente fehlen. Vielmehr offenbart es, dass es ihnen um etwas ganz anderes geht als darum, der Kultur vermeintlich unterdrückter Ethnien zu mehr Geltung zu verschaffen.

Ihnen geht es – auch wenn sie dies bestreiten mögen – vielmehr darum, mit der Klassik zentrale Wurzeln der europäischen Kultur zu diskreditieren und diese damit insgesamt infrage zu stellen. Oder, um es in den Worten des Informatikzeitalters zu sagen, es geht darum, die intellektuelle Festplatte zu löschen, um sie dann mit anderen Inhalten neu bespielen können.

Wohin ein solch absolutes Begehren führen kann, lehrt ebenfalls bereits das Zeitalter der Klassik. Als Ludwig van Beethoven 1817 von dem Dichter Christoph Kuffner gefragt wurde, welche seiner Sinfonien er für die bedeutendste halte, antwortete der Komponist: „Die Eroica.“ Es ist jenes Werk, das Beethoven Jahre zuvor als glühender Anhänger der Ideale der Französischen Revolution dem jungen Napoleon gewidmet hatte – und dessen Widmung er zerriss, als er von der Kaiserkrönung Bonapartes erfuhr. Als das Gespräch stattfand, hatte der Kaiser der Franzosen die Lebenswelt der europäischen Klassik längst irreversibel zerstört.

Je größer der Anspruch zur Aufklärung, auch das lehrt die Geschichte von Politik und Kultur, um so gnadenloser die Austreibung der alten, angeblich so ungerechten Welt – und um so schrecklicher die Mittel, mit denen diese Austreibung vorgenommen wird. Vor diesem Hintergrund ist es keineswegs nur eine intellektuelle Spielerei, wenn die vermeintlichen Aufklärer von heute die europäische Klassik attackieren.

—
Je größer der Anspruch zur Aufklärung, auch das lehrt die Geschichte von Politik und Kultur, um so gnadenloser die Austreibung der alten, angeblich so ungerechten Welt

● MELDUNGEN

Verdacht gegen Cheblis Familie

Berlin – Laut einem Bericht der „Welt am Sonntag“ verdiente Nizaar Maarouf, der Ehemann der Berliner Staatssekretärin Sawzan Chebli, für die Vermittlung von Patienten an den landeseigenen Krankenhauskonzern Vivantes im Jahr 2008 Provisionen, die laut einem Gerichtsurteil und einem Gutachten als „sittenwidrig“ gelten. Nachdem der ehemalige Medizinstudent Vizedirektor der Auslandssparte des Klinikkonzerns geworden war, sollen zudem zwei Nichten Cheblis bei Vivantes International eingestellt worden sein. Laut dem Bericht der „Welt am Sonntag“ sollen die beiden Frauen in den Fokus der internen Revision geraten sein, weil sie Geldbeträge in Höhe von insgesamt mehr als 100.000 Euro von Patientenkonten an sich selbst ausbezahlt hätten. N.H.

Deutschland größter Geber

Brüssel – Bei einer von der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (UN) organisierten virtuellen Geberkonferenz haben Deutschland und andere Staaten für das laufende Jahr weitere 5,3 Milliarden Euro zugesagt, um die Folgen des Syrien-Konflikts abzumildern. Nach Angaben der EU-Kommission wird Deutschland einen Anteil von 1,738 Milliarden Euro übernehmen und ist damit der mit Abstand größte Geber. Laut Angaben des Auswärtigen Amtes ist Deutschland bei der humanitären Hilfe im Syrien-Konflikt bislang schon der zweigrößte Geber insgesamt. Demzufolge hat Deutschland seit 2012 allein für humanitäre Hilfe bereits über vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Indirekt war Deutschland über die Europäische Union an weiteren Hilfszahlungen im Zusammenhang mit Syrien beteiligt. Allein an die Türkei sind im Rahmen eines 2016 geschlossenen Abkommens 6,6 Milliarden Euro als Hilfe für Syrer geflossen, die in der Türkei leben. N.H.

Tropenholz in Windrädern

London – Der weltweite rasante Anstieg des Windkraftausbaus im vergangenen Jahr um 78 Gigawatt oder 24 Prozent der globalen Kapazität, 60 Prozent davon in China und den USA, hat zu einer stark gestiegenen Nachfrage nach Balsaholz geführt. Balsaholz ist ein schnell wachsendes tropisches Nutzholz, das in den Rotorblättern der Turbinen zwischen zwei Glasfaserplatten eingefügt wird, um die Stabilität des Materials zu erhöhen. Führende Turbinenbauer wie Vestas in Dänemark und Siemens Gamesa in Spanien beziehen ihr Holz von Lieferanten in Ecuador. Die internationale Wochenzeitung „The Economist“ berichtete am 31. Januar über eine Verdopplung des Preises für Balsa von Mitte 2019 bis Mitte 2020. Das lockte Kriminelle an, die indigene Holzfäller wie Sklaven hielten und in geschützte Urwaldgebiete vordrangen. Die Onlineplattform Global Forest Watch erkannte durch Satellitenbilder einen ungewöhnlich starken Kahlschlag in Ecuador, insbesondere in der Amazonas-Region. D.J.

GRUNDGESETZÄNDERUNGEN

Koalitionsstreit um den Begriff „Rasse“

Die SPD-Bundesministerinnen Giffey und Lambrecht werfen der CDU/CSU Blockadehaltung vor

VON HERMANN MÜLLER

In der Schlussetappe der Großen Koalition haben Unionsparteien und SPD noch immer zwei Projekte abzuwickeln, bei denen es um Änderungen am Text des deutschen Grundgesetzes geht. Bei der expliziten Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung besteht Einigkeit. Bereits im Januar einigte sich das Bundeskabinett über eine Gesetzesänderung, die klar zum Ausdruck bringen soll, dass Kinder Träger von Grundrechten sind.

Wehrhafte-Demokratie-Gesetz

Im Fall der Streichung des Begriffs „Rasse“ aus Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“) gab es hingegen zuletzt Spannungen in der Koalition. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht haben der Union vorgeworfen, beim sogenannten Wehrhafte-Demokratie-Gesetz und bei der Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz eine Blockade zu betreiben.

Noch Anfang März schien sich die schwarz-rote Koalition einig, dass der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen wird und stattdessen die Formulierung „Diskriminierung aus rassistischen Gründen“ verwendet wird. Die Vizevorsitzenden der Unionsfraktion Thorsten Frei und Nadine Schön haben in einem Brief an die sozialdemokratische Bundesfamilienministerin grundsätzliche Zweifel am geplanten „Wehrhafte-Demokratie-Gesetz“ angemeldet. Die beiden Christdemokraten fragen, ob zusätzlich zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ noch ein weiteres Fördergesetz nötig ist. Zudem vermissen die beiden „ein gesondertes und in schriftlicher Form erfolgendes Bekenntnis der Zuwendungsempfänger zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“. Es geht immerhin um mehr als eine Milliarde Euro. Dieser Betrag soll für den Kampf gegen „Rechtsextremismus und Rassismus“ in den Jahren 2021 bis 2024 bereitgestellt werden.

Beim Änderungsvorschlag der sozialdemokratischen Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz zum Artikel 3 des Grundgesetzes macht Frei Bedenken hinsichtlich einer „Zweiklassengesellschaft von Diskriminierungen“ geltend. Bei einem grundgesetzlichen

Verbot nur rassistischer Benachteiligungen könnten künftig nur noch solche Diskriminierungen verboten sein, nicht aber andere, so die Bedenken Freis.

Widerstand von Frei und Schön

Sollte sich die Koalition in der Formulierungsfrage noch einigen, braucht die Änderung am Grundgesetztext noch im Bundestag und im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit.

Die Streichung des Rassebegriffs könnte nur der Auftakt zu weiteren Textänderungen am Grundgesetz in der nächsten Legislaturperiode sein. Farhad Dilmaghani vom Verein „DeutschPlus“ wirbt schon seit einigen Jahren immer wieder für die Aufnahme neuer Verfassungsziele in das Grundgesetz. Die Verankerung des „Antirassismus“ im Grundgesetz fordert er ebenso wie die von „Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe“. Bereits im Oktober 2015 hatte Dilmaghani einen Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ verfasst, der den Titel „Für ein anderes Grundgesetz!“ trug.

Darin schlug der frühere Grundsatzreferent unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Aufnahme eines kompletten neuen Artikels in das Grundgesetz vor: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte

Teilhabe und Integration“, so der Vorschlag.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass solche Vorschläge zu Grundgesetzänderungen nach den Bundestagswahlen Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein werden. Prominente Grünen-Politiker haben im Februar ein Positionspapier vorgelegt, in dem ebenfalls Änderungen an der Verfassung gefordert werden. Nach den Vorstellungen der Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneten der Grünen soll der Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um den Satz ergänzt werden: „Der Staat gewährleistet Schutz gegen jedwede gruppenbezogene Verletzung der gleichen Würde aller Menschen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Zudem wollen die Grünen-Politiker auch ein Bundesministerium für „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ etablieren. Dieses soll laut dem Positionspapier der Grünen Themen wie „Antidiskriminierung, Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bearbeiten. Zu einem „zentralen Akteur“ aufwerten wollen die Verfasser auch die bereits bestehende Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Zu den Unterzeichnern des Papiers gehören die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags Aminata Touré.



Die zuständigen Ressortminister für Familie und Justiz: Franziska Giffey und Christine Lambrecht (von links)

Foto: imago/IPON

HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

„Qualität ist nach wie vor gefragt“

Wovon in Deutschland die Höhe des Verdienstes abhängt

Wovon es abhängt, wie viel Geld nach einem Arbeitsmonat auf das eigene Konto fließt, darüber gibt eine Auswertung von über 62.000 Datensätzen des Portals Lohnspiegel.de Auskunft, das vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Demnach ist einer der Faktoren, die in Deutschland innerhalb der gleichen Berufsgruppe die Höhe der Gehälter bestimmen, das Anforderungsniveau einer Tätigkeit. Entscheidend seien ebenfalls das Geschlecht, die Betriebsgröße, das Bundesland und ob der Arbeitgeber nach Tarifvertrag zahlt. „Auch hier können die Lohnunterschiede erheblich sein und sich im Jahr auf mehrere tausend Euro

belaufen“, erklärt Malte Lübker, Lohnexperte am WSI.

Plädoyer für Tarifverträge

Frauen verdienen demnach trotz gleicher Qualifikation in einem vergleichbaren Berufsfeld immer noch rund acht Prozent weniger als Männer. In kleinen Betrieben liege das Gehalt etwas sechs Prozent unter dem von Mitarbeitern bei einem Mittelständler. Dagegen schlage ein Job in einem Großunternehmen mit einem Plus von satten neun Prozent zu Buche.

Wenig überraschend für eine Studie eines gewerkschaftsnahen Instituts kommt die Umfrage zu dem Ergebnis, dass tarifgebundene Betriebe deutlich mehr zahlen. Das Lohnplus liege dort im

Durchschnitt bei elf Prozent. „Es lohnt sich also für die Beschäftigten in tariflosen Betrieben, für einen Tarifvertrag zu kämpfen, auch wenn der Weg dahin nicht immer einfach ist“, so Lübker.

Am besten gezahlt werde in Baden-Württemberg und Hamburg. Dort lägen die Gehälter für vergleichbare Tätigkeiten um sieben beziehungsweise sechs Prozent über dem Niveau des bevölkerungsstärksten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, das für die Berechnungen als Vergleichsmaßstab verwendet wurde. Am schlechtesten gezahlt werde immer noch in den mitteldeutschen Flächenländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Durch die Nähe zu Ballungsräumen wie Berlin oder Hamburg hätten die Ein-

wohner der neuen Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern dagegen gute Ausweichmöglichkeiten. Dies führe in diesen Ländern zu einem Fachkräftemangel. „Eine Niedriglohnpolitik kann keine sinnvolle Antwort auf fehlende Fachkräfte sein, wenn 60 Minuten entfernt im gleichen Beruf deutlich mehr gezahlt wird“, schreiben die Autoren.

Der wichtigste Faktor sei aber immer noch die Ausbildung. Wer nach einer zwei- bis dreijährigen Berufsausbildung noch eine Meister- oder Techniker Ausbildung absolviere, könne mit einem Gehaltsplus von etwa 14 Prozent rechnen. „Qualität ist nach wie vor gefragt“, so Lübker. Peter Entinger

CORONA-MASSNAHMEN

Absage ans „Durchregieren“

Berlin und Brandenburg wollen eigene Wege gehen – Müller weist Kritik der Kanzlerin zurück

VON NORMAN HANERT

Die kapitale Fehleinschätzung von Angela Merkel und ihres Kanzleramtschefs bei der Osterpause hat nicht nur die Zustimmung für die CDU bei den Bürgern einbrechen lassen. Auch einige Ministerpräsidenten sind nicht mehr bereit, die mit der Kanzlerin vereinbarte sogenannte Notbremse eins zu eins umzusetzen. Die Beschlüsse der Bund-Länder-Runde sehen vor, dass Öffnungsschritte zurückgenommen werden müssen, wenn die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz über den Wert von 100 steigt. Inzwischen legen einige Bundesländer die Vereinbarung so aus, dass zwar neue Kontaktbeschränkungen verhängt werden, Öffnungsschritte etwa im Handel in Kombination mit Negativtests aber möglichst beibehalten werden sollen.

Rückendeckung für Merkels harten Kurs kommt von Markus Söder und Winfried Kretschmann wie auch aus Bremen, Hamburg, Sachsen und Brandenburg. Dagegen will die saarländische Regierung nach Ostern wieder mehr Normalität einkehren lassen und sogar zur Modellregion für Lockerungen werden. Auch NRW und Berlin legen die Vereinbarung zur Notbremse nicht mehr buchstabengetreu aus.

Gegen Merkels „Länder-Bashing“

Der Berliner Senat behielt einige der Vorgaben bei. Einige Regeln verschärfte er sogar, etwa bei der Maskenpflicht. Darüber hinaus entwickelte der Senat Regeln für verstärkte Heimarbeit und ein Testkonzept. Die rot-rot-grüne Stadtregierung entschied beispielsweise, dass Arbeitgeber ihren Angestellten zwei Mal in der Woche einen Corona-Test anbieten müssen. Allerdings verzichtet der Senat darauf, die jüngsten Lockerungen bei den Corona-Maßnahmen, etwa im Handel und im Kulturleben, vollständig wieder zurückzunehmen.

Berlins Regierungschef Michael Müller (SPD) verteidigt dieses Vorgehen: „Aber wir können nicht immer weiter im privaten Bereich einschränken, bei Kindern, Schulen und im Einzelhandel.“ An die Adresse der Bundeskanzlerin gerichtet sagte Müller, es sei nicht klug, aus dem Kanzleramt heraus jetzt ein Länder-Bashing zu betreiben.



„Nicht Amazon unterstützen“: Bekleidungsgeschäft in Berlin

Foto: pa

shing zu betreiben. Gemünzt war dies auf den Auftritt Angela Merkels bei „Anne Will“ in der ARD am 28. März. In der Sonntagabendsendung hatte Merkel explizit das Beispiel Berlins angesprochen: Sie wisse wirklich nicht, „ob Testen und Bummeln, wie es jetzt in Berlin heißt, die richtige Antwort auf das ist, was sich zurzeit abspielt“, so die Bundeskanzlerin.

Mittlerweile stehen die Zeichen auf Eskalation. Merkel drohte den Ländern an, sie werde notfalls bundeseinheitliche Regelungen anstreben. Verfolgt sie das Projekt ernsthaft weiter, droht ihr in der Schlussphase ihrer Amtszeit eine politische Blamage. Bei einer Kompetenzverlagerung von den Ländern auf den Bund muss nämlich nicht nur der Koalitionspartner SPD mitspielen, sondern auch der Bundesrat.

Brandenburgs Landesregierung geht mit einer nächtlichen Ausgangssperre über Ostern mittlerweile sogar noch über

das in der Bund-Länder-Runde Vereinbarte hinaus. Daneben zeigt sich aber, dass auch märkische Bürgermeister nach dem Vorbild Tübingens und Rostock regionale Öffnungsstrategien ausprobieren wollen.

Im Fall des Sonderwegs von Frankfurt an der Oder sprach die Landesregierung in Potsdam Ende März ein Machtwort. Das Gesundheitsministerium kassierte die geplante Möglichkeit von Gruppensport im Freien ebenso wieder ein wie die Öffnung von Kultureinrichtungen und Läden. Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke (Linkspartei) hatte zu seinen Plänen gesagt, er wolle Amazon im Ostergeschäft nicht unterstützen, schon deshalb sollten sämtliche Läden offen bleiben.

Keine Kontrollen an der Grenze

Am Beispiel Brandenburgs wird zudem deutlich, wie groß sich das Umsetzungsproblem in der deutschen Politik dar-

stellt: Es werden immer mehr Regelungen erlassen, die bis ins kleinste Detail gehen. Am Ende kann aber gar nicht sichergestellt werden, dass die Regeln auch umgesetzt und eingehalten werden. Derzeit dürfen polnische Berufspendler eigentlich nur mit einem negativen Corona-Test, der maximal 48 Stunden alt ist, nach Brandenburg einreisen. Die Verwaltung des Kreises Märkisch-Oderland wies Ende März jedoch auf fehlende Kontrollen dieser Corona-Auflagen hin.

Gegenüber dem Sender RBB sagte Vizelandrat Friedemann Hanke, an den Oderübergängen in Küstrin und Hohenzwutzen gebe es weder Kontrollen der Bundespolizei noch ein Corona-Testzentrum. Auch aus Guben wurde noch in der letzten Märzwoche berichtet, dass der Verkehr über die Neiße in beide Richtungen frei fließe – ohne Kontrolle von Corona-Testergebnissen.

WIRTSCHAFT

Daimler baut Digital-Campus an der Spree

Autokonzern macht Hauptstadt zum Technologie-Zentrum – Trotzdem gehen viele Arbeitsplätze verloren

Ein „Digital-Campus“ soll einen Teil der Arbeitsplätze und die Zukunft des Daimler-Werks in Berlin-Marienfelde sichern. Vergangenes Jahr hatte der Stuttgarter Autobauer einen Investitionsstopp und ein Auslaufen der Motoren- und Getriebeherstellung am Standort Marienfelde verkündet. Die rund 2400 Daimler-Mitarbeiter stehen seitdem vor einer ungewissen Zukunft.

Nun scheint es zumindest für den Standort an sich eine Perspektive zu geben. Wie Daimler im März bekanntgab, haben sich Geschäftsführung und Betriebsrat in Berlin geeinigt, das Werk in Marienfelde zu einer „digitalen Anlaufabrik mit einer Reihe modernster Pilotlinien und Testzellen“ umzubauen.

Mercedes-Produktionschef Jörg Burzer kündigte an, die „Digital Factory Campus“ werde zum Vorreiter für alle 30 Mer-

cedes-Werke weltweit. Vertreter der anderen Mercedes-Fabriken sollen künftig in Berlin auch Schulungen erhalten. „Digital Factory Campus“ werde eine Blaupause dafür, wie Bandarbeiter in der Motorenproduktion zu IT-Facharbeitern umgeschult würden, so Burzer.

Kooperation mit Siemens

Kooperieren will Daimler bei dem Berliner Projekt mit dem Münchner Technologiekonzern Siemens. Beide Unternehmen arbeiten bereits jetzt in anderen Bereichen zusammen. Daimler nutzt beispielsweise Steuerungsprogramme für Maschinen, die von Siemens stammen.

In der Hauptstadt will der Autobauer mit der Hilfe von Siemens neue Produktionsprozesse testen und weiterentwickeln. Ziel ist es nach Angaben beider Konzerne, die Automatisierung in der

Daimler-Produktion technologisch auf die nächste Ebene zu heben.

Für Daimlers Digital-Campus in Berlin soll Siemens unter anderem Lösungen zur Energieeffizienz entwickeln. Siemens soll dem Stuttgarter Konzern offenbar auch dabei helfen, seine Mitarbeiter digital zu schulen. Nach Angaben von Burzer plant Daimler, „die gesamte Belegschaft an weltweit allen Produktionsstandorten“ in den kommenden Jahren „digital durchqualifiziert“ zu haben.

Siemens und Daimler wollen jeweils einen zweistelligen Millionenbetrag in die Partnerschaft investieren. Das relativ niedrige Investitionsvolumen deutet darauf hin, dass Berlin-Marienfelde nach dem Auslaufen der Motorenproduktion wahrscheinlich kein Produktionsstandort mehr sein wird. Auf eine solche Perspektive hatte allerdings die IG Metall gehofft.

Bislang ist offen, wie viele Arbeitsplätze durch die Umwandlung in einen Digital-Campus erhalten bleiben. Ein Daimler-Manager sagte gegenüber dem „Handelsblatt“ immerhin so viel: „Wir werden die Belegschaft deutlich reduzieren.“

400 Millionen Euro investiert

Die 1902 eröffnete Fabrik in Berlin-Marienfelde ist das älteste noch produzierende Daimler-Werk. Deutlich mehr Geld als für das Berliner Werk nimmt Daimler bei seinem Stammsitz in Untertürkheim in die Hand. Anfang März wurde öffentlich, dass der Konzern 400 Millionen Euro investiert, um in seinem Stammwerk in Stuttgart einen „Mercedes-Benz Drive Systems Campus“ aufzubauen. In dem Kompetenzzentrum will Daimler elektrische Antriebe samt Batterietechnologien entwickeln. N.H.

KOLUMNE

Enttäuschung

VON THEO MAASS

Das frühere SED-Organ „Neues Deutschland“ („ND“) gibt sich verhalten unzufrieden mit den bisher gesammelten Unterschriften für das angestrebte Volksbegehren zur Enteignung der Wohnungsunternehmen in Berlin. Im Fokus der Enteignungspläne steht vor allem der Wohnungskonzern „Deutsche Wohnen“. Die Aktion müsse „noch Schwung aufnehmen“, heißt es in dem Blatt. Nach einem Monat sind erst 48.172 Unterschriften zusammengekommen.

Aktivist Mark Schrolle gibt sich dem „ND“ gegenüber zwar optimistisch: „Dieser Zwischenstand zeigt, dass wir einen großen und stetig wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung haben.“ Doch davon kann eigentlich nicht die Rede sein. In den gutbürgerlichen Bezirken im Westen ist von der Initiative nichts zu sehen außer illegal geklebten Plakaten. Initiativen-Sprecherin Jenny Stupka hebt unverdrossen hervor: „Wir freuen uns, dass wir in einem Monat fast 50.000 Unterschriften sammeln konnten. Das verdanken wir den über 1000 Aktiven, die in allen Bezirken Corona und schlechtem Wetter zum Trotz unermüdlich Unterschriften sammeln.“

Parteilpolitische Unterstützung erfährt das Unternehmen eigentlich nur von der Linkspartei. Und letztlich zeigen Umfragen, dass sich eine Mehrheit der Berliner für eine mögliche Enteignung gar nicht finden lässt.

Die Prüfung durch die Berliner Bezirkswahlämter ergab überdies, dass von den bisher bereits vorgelegten 10.653 Unterschriften lediglich 7817 gültig waren. Immerhin ein Viertel sind also ungültig. Trotz einer Vielzahl von offensichtlichen Ordnungswidrigkeiten der Aktivisten, um aggressiv für ihre Sache zu werben, kommt die Initiative nicht richtig in Gang. Am 26. Juni ist der Stichtag. Bleibt der Anteil ungültiger Unterschriften so hoch wie zuletzt, wird die Initiative 240.000 Unterstützerunterschriften benötigen, um das Quorum von etwa 175.000 gültigen zu erreichen. Das könnte nach den bisherigen Erfahrungen knapp werden.

MELDUNG

Gegen Bargeld

Berlin – Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) versuchen, in ihrem Bereich den Gebrauch von Bargeld einzuschränken. In Bussen sollen nach dem Willen der neuen Vorstandsvorsitzenden Eva Kreienkamp keine Fahrkarten mehr für Bargeld verkauft werden. Mitte April will die BVG ihre Fahrgäste in Bussen wieder vorn einsteigen lassen. Als Vorwand für die Bargeldeinschränkung dient die Corona-Seuche. Statt des Bargelds will Kreienkamp eine Guthabekarte einführen, die bei den Vertriebsstellen der BVG und später auch in Drogeriemärkten verkauft wird. Wer das nicht mag, kann mit EC- und Kreditkarten im Bus bezahlen. Kreienkamp: „Bargeld wird in den Bussen nicht mehr angenommen, schon um in Corona-Zeiten unnötige Kontakte zu vermeiden. Nach unseren Vorstellungen soll aus der vorläufigen eine dauerhafte Lösung werden.“ Ob dieses Vorgehen kundenfreundlich ist? Die BVG-Chefin will mit ihrem Vorgehen alte Kunden halten und neue gewinnen. F.B.

● MELDUNGEN

Hass gegen
Asiaten

San Bernardino – Das Center for the Study of Hate and Extremism weist in einer Studie auf eine steigende Zahl von Hassverbrechen gegen asiatischstämmige US-Amerikaner hin. Demnach ist in den 16 größten Städten der USA die Zahl solcher Kriminalitätsfälle im Jahr 2020 um 145 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Kritiker der Studie wiesen allerdings darauf hin, dass die Zahl der Fälle in Relation zur Zahl von 328 Millionen US-Bürgern insgesamt auf niedrigem Niveau liege. Laut den Daten belief sich in den ausgewählten Großstädten die Zahl der anti-asiatischen Hassverbrechen 2020 auf 120 Fälle. Nach Erkenntnissen der Bundespolizei FBI werden Hassverbrechen insgesamt in etwa der Hälfte der Fälle von Weißen begangen. Weiße machen 73 Prozent der US-Bevölkerung aus. Bei 24 Prozent der Fälle gelten Schwarze als Täter, die einen Bevölkerungsanteil von etwa zwölf Prozent haben. Seit dem Corona-Ausbruch stehen Asiatischstämmige in den USA unter Generalverdacht, Überträger der Krankheit zu sein. N.H.

Neue Partei für
Schottland

Edinburgh – Nur wenige Wochen, bevor am 6. Mai in Schottland Regionalwahlen stattfinden, hat der ehemalige schottische Regierungschef Alex Salmond die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Alba, so der Name der Neugründung, soll sich wie die regierende Scottish National Party (SNP) für eine Unabhängigkeit von Großbritannien einsetzen. Salmond war 2018 aus der SNP ausgetreten. Bei den Regionalwahlen will er die Alba-Partei nicht als direkte Konkurrenz zur SNP antreten lassen. Daher will Alba auch keine Direktkandidaten aufstellen. Stattdessen setzt Salmond darauf, dass Alba am 6. Mai über regionale Listen mit einigen Abgeordneten ins Regionalparlament in Edinburgh einziehen kann. Zusammen mit den SNP-Abgeordneten hofft der frühere Regierungschef im Parlament dann auf eine „Super-Mehrheit“ für eine Loslösung vom Vereinigten Königreich. N.H.

Dänemark
gegen Piraten

Kopenhagen – Im Golf von Guinea vor der Küste Westafrikas kommt es vermehrt zu Angriffen von Piraten auf Schiffe europäischer Reedereien. Teilweise über 200 Seemeilen von der Küste entfernt entern schwer bewaffnete Schwarzafrikaner Frachtschiffe und bringen sie in ihre Gewalt. Die dänische Reederei-Gruppe Maersk ist der Weltmarktführer im Containersegment und besonders stark betroffen. Maersk hatte auf EU-Ebene in Brüssel bisher vergeblich versucht, für Abhilfe zu sorgen. Allein in den vergangenen fünf Monaten wurden zwei große Maersk-Containerfrachter in Afrika überfallen. Im Dezember 2020 war der Containerfrachter „Maersk Cadiz“ erstürmt worden. Im Januar 2021 folgte der Box Carrier „Maersk Cardiff“. Täglich passieren zwischen 30 und 40 Frachter den Golf von Guinea. Dänemark entsendet nun eine Fregatte in die Gefahrenzone. F.B.

KORRUPTION

Alijews beste Freunde in der Union

Aserbaidsschan-Affäre: Seit Jahren haben Abgeordnete gegen Geld Partei für das Regime in Baku ergriffen

VON BODO BOST

Aserbaidsschan, das Öl- und Gas-Dorado am Kaspischen Meer, hatte vor vielen Jahren beschlossen, mit viel Geld seinen durch Unterdrückung der Opposition und Korruption ramponierten internationalen Ruf zu verbessern.

Der Clan um Staatspräsident Ilham Alijew, der einen Großteil der Rohstoffeinnahmen des Landes in die eigene Tasche leitet, verfügt über sehr viel Geld. Hunderte von Millionen, wenn nicht Milliarden wurden von diesem Clan eingesetzt, um sein internationales Ansehen aufzupolieren. Freundschaftsgesellschaften wurden großzügig ausgestattet. Große Sport- und Schau-Veranstaltungen wie der Eurovision Song Contest oder die Formel 1 wurden ins Land geholt. Protzige aserbaidsschanische Kulturzentren in den besten Lagen der Metropolen Europas folgten. Bestochene Parlamentarier vieler Parteien sollten dieses gigantische Werk absichern. Anfällig dafür waren vor allem Abgeordnete des Europarats, die keiner direkten Kontrolle durch Wähler unterliegen, son-

dern von den nationalen Parlamenten aus ihren eigenen Reihen heraus benannt werden. Auch die jetzige Aserbaidsschan-Verbindung der Union hatte unter Parlamentariern im Europarat begonnen.

Es geht im Wesentlichen um drei ehemalige und aktive Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Im Zentrum steht Eduard Lintner, Ex-Staatssekretär im Bundesinnenministerium und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CSU. Bankunterlagen zeigen, dass Lintner im Rahmen eines aserbaidsschanischen Geldwäsche- und Lobbying-Programms mehrere Zahlungen über eine Filiale der Danske Bank in Estland erhielt. Die Münchner Generalstaatsanwaltschaft ermittelt seit Jahren gegen Lintner und jetzt auch gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Fischer.

Bis zu ihrem plötzlichen und mysteriösen Tod vor wenigen Wochen auf der Rückreise von einem Privataufenthalt im kommunistischen Kuba wurde auch gegen die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz aus Mecklenburg-Vorpommern ermittelt. Strenz war 2017 mit der höchst möglichen Bundestagsstrafe belegt wor-

den, wurde aber wieder aufgestellt und wiedergewählt im Landesbezirk von Angela Merkel. Axel Fischer war damals Vorsitzender der Fraktion der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er war Nachfolger von Luca Volontè, der 2,4 Millionen Euro von Aserbaidsschan kassiert hat und deswegen in Italien erstinstanzlich zu vier Jahren Haft wegen Korruption verurteilt wurde.

Fischer dagegen ist trotz aller Vorwürfe immer noch Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag. Ausgetreten sind dagegen der Thüringer Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann und der Bundestagsabgeordnete Nikolas Löbel. Löbel hatte sich schon 2012 den Landtag der Jungen Union Baden-Württembergs aus Aserbaidsschan sponsern lassen. Beide sind auch in den Maskenskandal verwickelt.

Vier Abgeordnete fielen auf

Niklas Löbel gehörte auch zu den vier CDU-Bundestagsabgeordneten neben Eberhard Gienger, Axel Fischer und Olav Gutting, die, jeder einzeln, am 27. Septem-

ber 2019 von der Bundesregierung Auskunft über deren Haltung zu Entwicklungen im aserbaidsschanisch-armenischen Konflikt um Bergkarabach haben wollten. In allen vier Anfragen waren identische Schreibfehler, als ob alle vier von derselben Quelle, einem aserbaidsschanischen Auftraggeber, abgeschrieben hätten.

Gienger und Gutting haben die seltsame Ehrenerklärung ihrer Fraktion unterschrieben. Wie gegen Thomas Bareiß wird auch gegen sie nicht ermittelt. Dass Aserbaidsschan sein Parteienspektrum diversifiziert, wird daran deutlich, dass wegen einer Spende einer aserbaidsschanischen Gasfirma auch gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Marcus Held ermittelt wird. Ganz sicher gibt es weitere Fälle. Wie viel noch ans Licht kommt, wird davon abhängen, wie hartnäckig weiterrecherchiert wird.

Die Union hat innerhalb von zwei Wochen sieben Prozentpunkte in der Wählergunst verloren. Sie ist auf dem besten Wege, ihrer italienischen Schwesterpartei Democrazia Cristiana (DC), die sich wegen weitverbreiteter Korruption schon vor Jahren auflösen musste, zu folgen.



Poliert sein Ansehen im Westen gerne mit Barem auf: Der autokratische Präsident Aserbaidsschans, Ilham Alijew

Foto: action press

CORONA

In Wuhan ist das Virus schon früher ausgebrochen

Nach eingehender Analyse der Daten: Immer mehr Forscher glauben, dass China etwas verschweigt

Nach einem Jahr Corona-Pandemie ist weiterhin unklar, woher das Virus SARS-CoV-2 stammt und wann es auf den Menschen übersprang. Auf jeden Fall dürfte nun aber festzustehen, dass der Erreger nicht erst im Laufe des Dezember 2019 für COVID-19-Infektionen sorgte, wie die chinesischen Behörden behaupten.

So meldete die Tageszeitung „South China Morning Post“ bereits im März 2020, einzelne Krankheitsfälle ließen sich bis zum 17. November 2019 zurückverfolgen. Außerdem stießen Wissenschaftler bei der nachträglichen Auswertung von Röntgenbildern in Frankreich auf einen Patienten, dessen Lunge Mitte November 2019 klare Anzeichen einer Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2 zeigte. Des Weiteren berichteten Teilnehmer an den

VII. Sommer-Militärweltspielen in Wuhan, die vom 18. bis 27. Oktober 2019 ausgetragen worden waren, über mysteriöse Erkrankungen, bei denen Symptome genau wie bei COVID-19 auftraten.

Untersuchungen des italienischen Istituto Superiore di Sanita (ISS) belegten zudem das Vorhandensein des Erregers im Abwasser der Großstädte Mailand und Turin ab Anfang Dezember 2019. Und in Blutproben italienischer Krebspatienten vom September desselben Jahres fanden Experten des nationalen Krebsinstituts Istituto Nazionale dei Tumori (INT) in Mailand sowie der Universität Siena Antikörper gegen das angeblich so neuartige Virus. Gleichmaßen erbrachten Analysen des Erbguts von SARS-CoV-2 durch Genetiker aus Münster, Kiel und Cam-

bridge Hinweise auf eine Ausbreitung des Erregers ab Mitte September 2019.

Nun lieferten die US-Forscher Jonathan Pekar, Michael Worobey, Niema Moshiri, Konrad Scheffler und Joel Wertheim den nächsten wissenschaftlichen Beleg dafür, dass das Coronavirus in Wuhan bereits vor Ende Dezember 2019 umging. Wie die Fünf am 18. März in der renommierten Fachzeitschrift „Science“ berichteten, haben sie das „Geburtsdatum“ von SARS-CoV-2 mit Hilfe der sogenannten Molekularen Uhr bestimmt. Dieses Verfahren beruht auf der Annahme, dass Viren sich permanent verändern, wobei aber die Mutationsgeschwindigkeit relativ konstant bleibt, solange nicht durch Impfungen ein Mutationsdruck entsteht. Anhand der Abfolge sämtlicher kleinerer oder grö-

ßerer Mutationen lässt sich das vermutliche Lebensalter eines Erregers bestimmen. Für ihre Untersuchung nutzten die Wissenschaftler 583 Virus-Proben, die im April 2020 in Wuhan gewonnen worden waren. Mit deren Hilfe konnten sie bis zu dem Moment zurückrechnen, in dem sich SARS-CoV-2 wahrscheinlich vom Stammbaum des SARS-Erregers getrennt hat.

Laut Pekar und dessen Kollegen geschah dies Mitte November 2019, sofern die Annahmen bezüglich des Mutations-tempos stimmen – ansonsten womöglich auch eher. Damit geraten die chinesischen Behörden weiter unter Druck, endlich die Wahrheit zu sagen, was die genauen Umstände des Ausbruchs der Corona-Welle in Wuhan oder anderswo betrifft.

Wolfgang Kaufmann

Empfehlen Sie die PAZ!

Die Zeitung mit der besonderen Perspektive

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Seit über 70 Jahren widmet sich die PAZ Woche für Woche in Berichten, Analysen, Interviews und Kommentaren der aktuellen Politik, dem Kulturleben sowie bedeutenden Ereignissen und Persönlichkeiten unserer Geschichte. Nicht zuletzt erinnert sie an das alte Preußen und seine großen Kulturlandschaften zwischen Maas und Memel.

Eine solche Erfolgsgeschichte war und ist nur möglich dank einer treuen Leserschaft, die den besonderen Blick der PAZ auf das Zeitgeschehen schätzt und zugleich die Arbeit der Redaktion mit Zuspruch und Anregungen, aber auch mit mancher Kritik begleitet. Für diese treue Verbundenheit danke ich Ihnen im Namen der gesamten PAZ-Mannschaft.

Immer wieder fragen uns Leser in ihren Zuschriften, ob und wie sie die PAZ bei deren weiterer Verbreitung unterstützen können. Die Antwort: Zum Beispiel, indem Sie diese Zeitung Ihren Freunden, Familienangehörigen und sonstigen Bekannten empfehlen. Mit der dieser Ausgabe beiliegenden Postkarte können Sie mögliche Interessenten zum Probelesen einladen. Damit ist kein verstecktes Abonnement verbunden, die Zusendung endet nach vier Wochen automatisch.

Wenn Sie weitere Postkarten verteilen möchten, schicken wir Ihnen diese gern auch in größeren Stückzahlen zu. Sie erreichen den PAZ-Vertrieb dafür telefonisch unter 040/41 40 08 – 32 oder per E-Mail unter vertrieb@paz.de. Weitere Informationen zu den verschiedenen Abonnements der Preußischen Allgemeinen Zeitung finden Sie unter www.paz.de/abo.

Vorab danke ich allen Unterstützern für Ihre großartige Mitwirkung. Letztlich kann niemand diese Zeitung so glaubwürdig empfehlen wie diejenigen, die sie seit langem kennen und schätzen. Schon jetzt versichere ich Ihnen, dass wir jeden neuen Leser als Ansporn nehmen, die Preußische Allgemeine Zeitung mit jeder neuen Ausgabe noch ein bisschen besser zu machen.

In herzlicher und dankbarer Verbundenheit

Ihr



René Nehring, Chefredakteur



Kein Abo! Testen Sie 4 Wochen gratis die PAZ!

Die Zeitung mit der besonderen Perspektive

Analysen, Debattenbeiträge und Interviews zu Politik und Zeitgeschehen

Betrachtungen zu Kunst und Kultur sowie zu großen Momenten der Geschichte

Berichte und Erzählungen über das Leben in Preußens Regionen einst und jetzt

Stimme der bürgerlichen Vernunft www.paz.de 040/41 40 08 – 32



KOMMENTARE

Sackgasse

HANS HECKEL

Nun also der „Brücken-Lockdown“? Armin Laschet wollte einen Befreiungsschlag führen, der jedoch von Anfang an danebengehen musste. Dies liegt nicht allein daran, dass der Vorschlag des glücklosen CDU-Chefs viel zu undeutlich formuliert war. Er strotzt zudem von trister Ideenlosigkeit und folgt einem tief sitzenden Irrtum, der die gesamte Pandemie-Debatte belastet.

Ein neues Etikett kann nicht verdecken, dass schon der „Wellenbrecher-Lockdown“ im November und alle Nachfolgemodelle von Dezember bis März offenkundig nicht den erhofften Erfolg zeitigten. Warum sollte das jetzt anders ausgehen? Nichts spricht dafür.

Der zentrale Irrtum aber besteht darin zu meinen, mit solchen oder ähnlichen Maßnahmen könne man das Virus gleichsam ausrotten. Aus diesem Irrtum speist sich auch die verblüffend hohe Zustimmung, welche die Deutschen laut Umfragen für Reiseverbote oder nächtliche Ausgangssperren hegen. Hierin spiegelt sich ebenfalls die Erwartung, das Virus loswerden zu können. Aber

das wird, infolge erwartbarer weiterer Mutationen, nicht einmal per Impfung gänzlich gelingen.

Wie zahllose, auch durchaus pandemieträchtige Viren der Geschichte wird das neuartige Coronavirus bleiben. Wissenschaftliche Untersuchungen, wie jene der Universität Oxford, konnten zudem keine messbare Wirkung von Lockdowns auf das Pandemiegeschehen ermitteln. Dafür sind die Schäden der Lockdowns – gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich, sozial, gesundheitlich – enorm, sehr wohl messbar und in ihrer ganzen Wucht noch kaum absehbar.

Es muss endlich grundsätzlich nachgedacht werden, wie wir mit dem hässlichen Begleiter Corona leben wollen, nicht ob. Auch wenn die Medizin vieles und immer mehr wird abfangen können, selbst sie befreit uns nicht von der schmerzlichen Diskussion über unsere Haltung zu Lebenschance und Lebensrisiko. Wir werden einsehen müssen, dass Freiheit und Wohlstand nicht zu haben sind, ohne dafür Risiken einzugehen. Die endlosen Lockdowns sind eine Sackgasse, in der am Ende alles verloren geht, sogar die Gesundheit.

Nicht Putins Fall?

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wegen Rückenschmerzen, Lähmungserscheinungen in den Beinen und weil sein Arzt nicht zu ihm in die Strafkolonie gelassen wurde, ist Alexej Nawalnyj in den Hungerstreik getreten. Als letztes Mittel, wie er sagt, um gehört zu werden. Über seinen gesundheitlichen Zustand und die berüchtigte Strafkolonie Pokrow berichtet er regelmäßig in den sozialen Netzwerken.

Der Kreml sieht keinen Handlungsbedarf. „Das ist keine Angelegenheit auf der Tagesordnung des Staatsoberhauptes“, ließ Kremlsprecher Dmitrij Peskow wissen. Stattdessen ist Wladimir Putin mit für ihn Wichtigerem beschäftigt. Am Wochenende unterschrieb er eine Verfassungsänderung, die ihm ein Weiterregieren bis zum Jahr 2036 erlaubt. Damit ginge er als dasjenige Staatsoberhaupt in die Geschichte ein, das Russlands Geschicke am längsten

gelenkt hat. Putin mag im Augenblick glauben, dass ihm der Fall Nawalnyj nicht schaden könne, doch der Unmut in der Bevölkerung, vor allem der jungen, wächst stetig. Und Nawalnyj wird nicht klein beigeben, solange es ihm gelingt, im Gefängnis nicht ernsthaft zu erkranken. Denn das wäre sein Ende, so sagen ehemalige Inhaftierte wie Michail Chodorkowskij oder die Menschenrechtlerin Olga Romanowa von der Organisation „Russland hinter Gittern“.

Ärzte eines Krankenhauses in Wladimir veranlassten eine MRT-Untersuchung und befanden, dass Nawalnyj simuliere. Sollte der Kremlkritiker jedoch ernsthaft Schaden nehmen, dürfte sich der Zorn der Bevölkerung, die seit Langem schon sensibilisiert ist für die Misshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in russischen Gefängnissen, sich auch gegen Putin richten. Er müsste sich wohl oder übel mit dem Fall des Märtyrers Nawalnyj auseinandersetzen.



Bekannt sich selbst zu Verfassungsfeinden: Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken

Foto: imago / Political Moments

LEITARTIKEL

Berechtigtes Nein

RENÉ NEHRING

Dieser Schritt kam gerade noch rechtzeitig. Kurz vor Ostern sickerte durch, dass die Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag das von der SPD auf den Weg gebrachte „Demokratiefördergesetz“ nicht unterstützen will. Damit hat das umstrittene Vorhaben kaum noch eine Chance, in der laufenden Legislaturperiode durch das Parlament zu kommen.

Heftige Kritik für das Nein gab es nicht nur vonseiten der Sozialdemokraten, sondern auch von Innenminister Horst Seehofer (CSU). Dieser sagte gegenüber dem „Spiegel“, er sei „maßlos enttäuscht“ von denjenigen, die „mit ihrem destruktiven Handeln die gute Arbeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode beschädigen“. Der Kampf gegen Rechtsextremismus sei ein zentrales Anliegen der Großen Koalition, noch nie zuvor habe sich eine Bundesregierung so umfassend mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beschäftigt und so viele konkrete Maßnahmen beschlossen.

Besonders scharf kritisierte das Aus für das Gesetz die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Sie sprach gegenüber dem „Spiegel“ von einem „Armutszeugnis“

und fragte, wie viele Morde und Straftaten, noch geschehen müssten, „bis die konservativen Parteien endlich erkennen, dass die Gefahr von rechts kommt“.

Gerade die Kritik von Esken sollte indes hellhörig stimmen. Im vergangenen Jahr bekannte sich die SPD-Vorsitzende mit Tweets wie „58 und Antifa. Selbstverständlich“ wie selbstverständlich zu

Nachdenklich muss denn auch der konkrete Grund für das Aus stimmen. Der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Matthias Middelberg (CDU), erklärte gegenüber der „Welt“, dass ihm und seinen Kollegen ein „schriftliches Bekenntnis der Zuwendungsempfänger zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ fehle.

Ein derartiges Bekenntnis sollte bei einem solchen Gesetz eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Denn so gerechtfertigt das Anliegen ist, gegen politischen Extremismus vorzugehen, so unverständlich und inakzeptabel wäre es, wenn das Geld – zumal angesichts der hohen Summen – bei Organisationen landete, die selbst verfassungsfeindlich sind.

Dass sich die SPD weigerte, einem Passus, der das Bekenntnis zur FDGO zwingend vorschreibt, in das Gesetz aufzunehmen, wirft wiederum nicht nur die Frage auf, welche Empfänger den Initiatoren des Gesetzes vorschwebten. Vielmehr müssen sich diese die Frage gefallen lassen, wes Geistes Kind sie selbst sind.

Insofern ist es besser, kein Gesetz zu haben, als ein Gesetz, das Verfassungsfeinde umfangreich mit Staatsgeldern alimentieren würde.

Ein Bekenntnis zur FDGO sollte bei einem solchen Gesetz eine Selbstverständlichkeit sein

linksradikalen Gruppen, die seit Jahren vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden und regelmäßig Gewalt ausüben. Die „Rote Flora“ in Hamburg, der Stadtteil Connewitz in Leipzig und die Rigaer Straße in Berlin stehen als Synonym für eine Szene, die keine Skrupel zeigt, Polizisten und politisch Andersdenkende lebensbedrohlich zu verletzen.

PORTRÄT

Überraschungskandidatin?

In der AfD könnte eine Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl gekürt werden, die viele nicht auf der Rechnung hatten, die aber als kämpferisch und selbstbewusst gilt. Führende AfD-Politiker haben die hessische Bundestagsabgeordnete **Joana Cotar** gefragt, ob sie bereitstünde für ein Spitzenduo mit dem Co-Parteichef Tino Chrupalla aus Sachsen. Die 47-Jährige zeigt sich grundsätzlich offen. Ost und West, rechts-soziales und bürgerlich-freiheitliches Lager müssen eingebunden sein. Ob die Kandidaten schon auf dem Parteitag in Dresden dieses Wochenende oder später in einer Mitglieder-Urabstimmung gewählt werden, ist aber noch nicht klar. Ebenfalls unklar ist, ob die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel nochmal die Spitzenkandidatur anstrebt. Ihr Rückhalt in der Partei ist zuletzt gebröckelt.

Cotar ist seit April 2013 bei der AfD, ihr Protest gegen Euro- und EU-Schulden-

union trieb das Ex-CDU-Mitglied zur Protestpartei. 2017 wurde sie in den Bundestag gewählt. Sie streitet dort als digitalpolitische Sprecherin gegen Zensur im Internet und in den Sozialen Medien. „Mich bewegt das Thema Freiheit“, sagt sie. Es sei fatal, wie in der Corona-Krise im Eiltempo Bürger- und Grundrechte eingeschränkt werden. „Und wer dagegen pro-

testiert, wird in die rechte Ecke gestellt.“ Die Regierung – von Spahn bis Merkel – habe in der Corona-Krise völlig versagt.

Ihre freiheitlich-konservative Haltung liegt auch in ihrer Biographie begründet. Geboren wurde sie 1973 in Rumänien als Tochter einer Siebenbürger Sächsin, ihr Vater saß als politischer Häftling unter Ceausescu mehrere Jahre im Gefängnis. Die Securitate überwachte die Familie. 1978 ging sie in die Bundesrepublik. Cotar hat nach der Schulzeit in Hessen und einem Politikstudium in Mannheim bei Banken in Deutschland und in der Schweiz sowie zuletzt als selbstständige Projektmanagerin gearbeitet, bis es sie in die Politik zog. Den Höcke-Flügel sieht sie kritisch, sagt aber zu den internen AfD-Streitigkeiten: „Wenn wir wieder mit einem starken Ergebnis in den Bundestag einziehen wollen, dann müssen wir geeint auftreten.“

Robert Mühlbauer



Als Spitzenkandidatin ihrer Partei ins Spiel gebracht: Joana Cotar

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tevs; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Alle Reserven verbraucht

Gehört der Schutz von Kultur ins Grundgesetz? – Die aktuelle Notlage vieler Museen und Künstler könnte dafürsprechen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Aktuell kann niemand einschätzen, wie sich die Situation der Museen und anderen Kulturinstitutionen Corona-bedingt im Laufe des Jahres weiter entwickeln wird. Der Museumsverband Baden-Württemberg rechnet bis mindestens 2022 mit einem eingeschränkten Betrieb der Museen in dem Bundesland. Die Prognose kann auf alle großen und kleinen Häuser in Deutschland übertragen werden, vorausgesetzt, dass nichts Unvorhergesehenes geschieht. Millionen Menschen vermissen das Museum schmerzlich als Kulturstätte und als sozialen Ort.

Für mittelfristige Planungen können noch keine realistischen Prognosen gemacht werden. Absehbar ist aber bereits, dass auch nach der endgültigen Wiedereröffnung keine normalen Verhältnisse einkehren werden. So wird es noch eine Zeit lang bei Vorsichtsmaßnahmen wie begrenzten Besucherzahlen bleiben, sodass die finanziellen Verluste, die sich während der monatelangen Schließungen angehäuft haben, zunächst noch weiter steigen dürften. Von den Einnahme- und Verdienstaufschlägen betroffen sind alle Museen, insbesondere aber große und vereinsgeführte Häuser.

Finanzielles Polster ist aufgebraucht

In Deutschland werden die wichtigsten der insgesamt 6800 Museen ganz oder überwiegend staatlich oder kommunal finanziert. Damit sind die Budgets für Betriebskosten und Gehälter gesichert. Seit dem ersten Lockdown können nicht oder nicht überwiegend von der öffentlichen Hand finanzierte Museen und Gedenkstätten bei Bund und Ländern sowie Verbänden und privaten Stiftungen COVID-19-Soforthilfen beantragen. Diese sind aber überwiegend zweckgebunden ausgeschrieben. Für die vielen ehrenamtlich geführten Heimatmuseen wurde auf Bundesebene ein Förderprogramm aufgelegt.



Blieb nicht lange offen: Die Hamburger Kunsthalle und ihre De-Chirico-Ausstellung waren im März nur eine Woche geöffnet

Laut dem Deutschen Museumsbund haben die meisten Museen inzwischen keinerlei finanzielles Polster mehr. Mit betroffen sind auch zahllose Kleinunternehmer, die mit den Museen zusammenarbeiten, wie beispielsweise freiberuflich tätige Grafiker und Kuratoren.

Zwar gelten Museen nicht als systemrelevant, sie werden aber dennoch gesellschaftlich dringend gebraucht. Anfang März einigten sich Bund und Länder trotz erneut steigender Infektionszahlen auf Öffnungsschritte mit einer Notbremse. In Hamburg öffneten daraufhin fast alle großen Museen am 13. März wieder ihre Pforten für Besucher, die vorab einen Termin für ein bestimmtes Zeitfenster gebucht hatten. Als die Corona-Inzidenz dann eine Woche später auf über 100 stieg, war

schon wieder alles vorbei. Den Ausstellungshäusern waren durch den hohen Aufwand für die Öffnungen zusätzliche Verluste entstanden.

Verlust von 1,5 Millionen Euro

Einige Museen wie die Hamburger Kunsthalle mussten für einen Teil ihrer festangestellten Mitarbeiter Kurzarbeit beantragen. Bestenfalls werden sich die Verluste des renommierten Ausstellungshauses in diesem Jahr auf 1,5 Millionen Euro belaufen, wie Kunsthalle-Direktor Alexander Klar gegenüber dem Deutschlandfunk erklärte. Die Kunsthalle gehört zur Stiftung Historische Museen Hamburg und wird zu drei Vierteln von der Stadt Hamburg finanziert. Absehbar werden die Rückzahlungsverpflichtungen zukünftig

vor allem diverse schon länger geplante Vorhaben wie Renovierungen ausbremsen. Ein Lichtblick ist immerhin das überaus beliebte Online-Angebot der Kunsthalle auf Instagram. Sogar Teilnehmer aus Mexico City, Sydney und allen Zeitzonen schalten sich zu.

Auch in Berlin durften die Museen und Kulturveranstalter am 15. März im Rahmen eines viel beachteten Pilotprojekts wieder ihren Betrieb aufnehmen. Die Besucher der Veranstaltungsreihe müssen vorab ein personalisiertes Ticket erwerben und einen SARS-CoV-2-Antigen-Test machen, der in einem der Testzentren vorgenommen wird. Nach dem Ende des Projekts sollen die Erfahrungen aller Teilnehmer ausgewertet werden. Wegen der sprunghaft ansteigenden Sieben-Tage-In-

zidenz steht jedoch das Lockern als Modellversuch bereits wieder auf der Kippe.

Auch das Kunstmuseum Ahrenshoop auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst in Mecklenburg-Pommern hat Kurzarbeit für mehrere Mitarbeiter beantragt. Das Museum präsentiert Werke der Künstlerkolonie Ahrenshoop und nachfolgender Kunststile. Es gilt als Leuchtturmprojekt der Region und finanziert sich aus erwirtschafteten Eigenmitteln, ergänzt um Förderbeiträge der Freunde und Stifter. Als die Entscheidung über eine erneute Öffnung anstand, entschlossen sich die Museumsleiterinnen Katrin Arietta und Marion Schael, das Haus aufgrund des erforderlichen Aufwands nicht aufzumachen.

Illusorische Forderungen

Durch die Gewährung von Nothilfen für die Kultur kommt es auch bei den dafür zuständigen Stellen zu finanziellen Engpässen und zu Verschuldung. Es werden daher bereits Appelle an Bund und Länder gerichtet, zukünftig keinesfalls Abstriche bei der Kulturförderung zu machen. Doch das wird sich kaum vermeiden lassen. Daher muss bezweifelt werden, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um die Forderung „Kultur ins Grundgesetz“ zu erheben. Unter dieser Überschrift firmiert seit dem 14. Dezember eine Online-Petition von Kulturschaffenden. Die Initiatoren verlangen, „die Bildungs- und Kulturpolitik zu verknüpfen und die Museen zu Orten zu machen, wo ein generationenübergreifender Bildungsdiskurs stattfindet“. Dabei wird übersehen, dass all dieses längst in den Museen stattfindet und ständig optimiert wird.

Weitere Forderungen richten sich auf den „Schutz von Kunst und Kultur im Grundgesetz“ und den „Schutz aller in ihrer Tätigkeit mit sicheren Arbeitsplätzen“. So verständlich die Wünsche zahlloser, in Corona-Zeiten um ihre Existenz ringender Kulturschaffender sind, so offenkundig illusorisch sind solche Vorstellungen und Ansprüche.

„DIE BLUMEN DES BÖSEN“

Startschuss in die Moderne

Vor 200 Jahren wurde Charles Baudelaire geboren – Sein Einfluss auf deutsche Dichter war immens

Gut 100 Jahre, von der Aufklärung bis zur Romantik, waren deutsche Dichter tonangebend in der Welt. Klopstock, Goethe, Schiller, Hölderlin, Eichendorff, Heine waren mit ihrer Lyrik stilprägend – auch im Ausland. Danach hat sich die deutsche Dichtung vollkommen festgefahren durch eine epigonale Lyrik auf dem Niveau von Poesiealbumsprüchen. Es gab Ausnahmen wie Friedrich Rückert, aus dessen tausenden Gedichten einige hervorragen, oder Theodor Fontane mit seinen Balladen. Aber formal brachten sie nichts Neues hervor.

Es brauchte Impulse von außen, um die deutsche Dichtung wiederzubeleben. Und die kamen ab Mitte des 19. Jahrhunderts aus Frankreich. Das entscheidende Jahr war dabei 1857. Man kann von einem Geburtsjahr der literarischen Moderne sprechen, denn damals erschienen in Buchform sowohl Flauberts Roman „Madame Bovary“ als auch Charles Baudelaire Gedichtband „Die Blumen des Bösen“. Beide Werke hätten vielleicht wenig Aufsehen erregt, wären die Publikationen

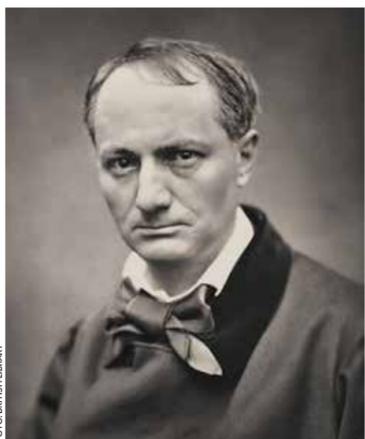
nicht von Gerichtsprozessen wegen Verstößen gegen die Sittlichkeit begleitet gewesen. Im Falle von „Die Blumen des Bösen“ musste Baudelaire eine Geldstrafe entrichten und sechs der über 100 Gedichte wegen Blasphemie aus den folgenden Ausgaben entfernen lassen.

Heutzutage ist der öffentliche Skandal um Baudelaire Gedichte kaum noch nachvollziehbar. In meist klassischen Alexandrinerversen – jambische Reime mit sechs Hebungen und Senkungen mit einer Zäsur in der Mitte – und vier Sonettstrophen hat Baudelaire das Großstadtleben mit seinen Bettlern, Prostituierten, Dieben und Alkoholleichen thematisiert. Aus diesem Spannungsfeld von klassischer Form und moderner Thematik begründete Baudelaire den Typus des „Poète maudit“, des verfluchten Dichters.

Der am 9. April 1821 in Paris geborene Dichter stammte selbst aus der Oberschicht, deren „Décadence“ im zweiten Kaiserreich unter Napoléon III. er als mit einem ordentlichen Erbe ausgestatteter Dandy auf selbstzerstörerische Weise ze-

lebte. Denn zugleich faszinierte den Wagner-Verehrer die Randexistenz der Gesellschaft, und so suchte er die Nähe zu Wein, Opium und Bordellen. 1867 starb er an den Folgen einer Syphilis-Erkrankung.

„Die Blumen des Bösen“ aber sollten zum Vorbild einer ganzen Dichtergeneration werden. Zunächst knüpften in Frank-



„Poète maudit“: Baudelaire, Foto von 1863

reich Arthur Rimbaud, Paul Verlaine und Stéphane Mallarmé an Baudelaire ästhetizistischen Weltschmerz an. Dann sprang der Funke nach Deutschland über. Der Dichter Stefan George hat mit seinen von ihm „Umdichtungen“ genannten „Blumen des Bösen“ die erste von inzwischen einem Dutzend Übersetzungen geschaffen, was innerhalb der deutschen Sprache wohl ein Rekord für einen Gedichtband darstellen dürfte. Nach George haben sich auch Georg Trakl und Georg Heym in der Tradition von Baudelaire gesehen, die dann in der Lyrik Rainer Maria Rilkes und Gottfried Benns gipfelte. Harald Tews

● **Lektüretipps** Stefan Georges „Umdichtungen“ von „Die Blumen des Bösen“ sind als Band 13/14 der „Sämtlichen Werke“ Georges bei Klett-Cotta erhältlich (188 Seiten, 28 Euro). Die aktuell jüngste Neuübersetzung stammt von Simon Werle und ist 2017 in einer zweisprachigen Ausgabe bei Rowohlt erschienen (528 Seiten, 38 Euro). Weitere Ausgaben bei Reclam, dtv und Diogenes

MUSEUMSÖFFNUNG

Eintritt nur mit Corona-Test

Die Öffnungen der Museen sind gegenwärtig bundesweit höchst uneinheitlich geregelt. Während in Frankfurt am Main, München oder Hamburg Ausstellungshäuser den behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie folgend geschlossen sind, geht man in Städten wie Köln, wo im Museum Ludwig die Andy-Warhol-Schau zu besichtigen ist, mit den Beschränkungen noch locker um. In der Regel muss man vorab online ein Ticket buchen. Das gilt auch in Berlin für die Alte Nationalgalerie, die James-Simon-Galerie, das Neue Museum, das Pergamonmuseum und Pergamonmuseum/Das Panorama sowie das Museum Europäischer Kulturen, die alle gegenwärtig geöffnet sind. Dort kommt hinzu, dass ein Besuch nur mit einem tagesaktuellen negativen Corona-Testergebnis möglich ist. Eine entsprechende Bescheinigung muss beim Besuch vorgelegt werden. Karteninformationen im Internet unter: shop.smb.museum tws

PHILATELIE

Gleich teuer,
aber doch
etwas anders

Gleich zwei runde Jahrestage würdigt das Bundesfinanzministerium mit je einem ab dem 1. dieses Monats erhältlichen, 1,55 Euro teuren Sonderpostwertzeichen. Die eine, „50 Jahre 100m-Radioteleskop Effelsberg“, wur-



Sonderpostwertzeichen „50 Jahre 100m-Radioteleskop Effelsberg“

de von Michael Menge aus Düsseldorf gestaltet, die andere, „200. Geburtstag Sebastian Kneipp“, von Veit Grünert aus Berlin.

Der frühere Jahrestag ist der des Teleskops. Nach rund vierjähriger



Sonderpostwertzeichen „200. Geburtstag Sebastian Kneipp“

Bauzeit wurde das nahe Effelsberg im nordrhein-westfälischen Kreis Euskirchen gelegene Radioteleskop am 12. Mai 1971 eingeweiht. Am 1. August 1972 erfolgte die Inbetriebnahme. 29 Jahre lang war es das größte bewegliche Radioteleskop der Erde.

An Briefmarken interessierten und nicht mehr gar so jungen Zeitgenossen dürfte die Anlage noch aus den 70er und 80er Jahren bekannt sein. Der freidemokratische Bundespräsident Walter Scheel verzichtete nach dem Amtswechsel im Jahre 1974 im Gegensatz zu seinem sozialdemokratischen Vorgänger Gustav Heinemann auf das Recht, Motiv einer Dauermarkenserie zu sein. So wurde die Heinemann-Serie ab 1975 durch die Dauerserie „Industrie und Technik“ ersetzt, welche die Errungenschaften des Menschen im Allgemeinen und der Deutschen im Besonderen würdigen sollte. Die mit einem Wert von fünf D-Mark teuerste Marke aus dieser Serie zeigte schon damals das Radioteleskop.

Eine derartige Karriere als Briefmarkenmotiv hat Sebastian Kneipp noch nicht aufzuweisen. Dafür ist der am 17. Mai 1821 in Oberschwaben geborene Hydrotherapeut, Naturheilkundler und römisch-katholische Priester sicherlich bekannter. Und auf einen „Radioteleskop-Effelsberg-Tag“ analog zum bereits bestehenden Sebastian-Kneipp-Tag, Kneipps Geburtstag, wird das Teleskop wohl noch lange warten müssen. *Manuel Ruoff*

OPERATION „ZAPATA“

Als die USA in Kuba einen „Regime Change“ durchdrücken wollten

Vor 60 Jahren scheiterte die Invasion in der Schweinebucht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Eine der wichtigsten Konstanten der US-Außenpolitik während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war das Bestreben Washingtons, nicht genehme Regierungen rund um die Welt mittels geheimdienstlicher Aktionen zu destabilisieren oder gar zu stürzen. Und zwar unabhängig davon, ob im Weißen Haus nun Demokraten wie John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson oder Republikaner wie Dwight D. Eisenhower und Ronald W. Reagan saßen.

Die Blaupause für solche Unternehmungen lieferten die Operationen „Ajax“ vom August 1953 und „PBSUCCESS“ vom Juni 1954. Im ersteren Falle wurde der iranische Premierminister Mohammad Mosaddegh aus dem Amt gedrängt, weil er die Bodenschätze seines Landes verstaatlichen wollte. Und im zweiten Fall traf es den guatemalteken Präsidenten Jacobo Árbenz Guzmán, dessen geplante Landreform bei dem US-Konzern United Fruit Company die Alarmlampen läuten ließ. Beide Male hatte Eisenhower den Auslandsgeheimdienst CIA beauftragt, auf konspirativem Wege zu intervenieren. Und in beiden Fällen fiel das Ergebnis für den Auftraggeber zufriedenstellend aus. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass der Präsident Ähnliches erwo, als die Entwicklung in dem karibischen Inselstaat Kuba, der nur 154 Kilometer südlich der Küste des US-Bundesstaates Florida liegt, den Interessen Washingtons zuwiderzulaufen begann.

Unter der Führung der Comandantes Fidel Alejandro und Raúl Modesto Castro Ruz, Juan Almeida Bosque, Camilo Cienfuegos Gorriarán und Ernesto „Che“ Guevara hatten Rebellenverbände Anfang

Das Scheitern der Invasion in der Schweinebucht ermutigte revolutionäre Bewegungen in aller Welt, hinderte Washington allerdings nicht daran, später noch in diversen anderen Staaten mit geheimdienstlichen Mitteln zu intervenieren, um einen Regimewechsel herbeizuführen

1959 die Macht in Kuba erobert und den von den USA tolerierten Diktator Fulgencio Batista y Zaldívar gestürzt. Nachfolgend errichteten sie ein zunehmend kommunistischer anmutendes Regime, das ab dem Sommer 1959 mit der entschädigungslosen Enteignung von US-Vermögenswerten in Höhe von einer Milliarde US-Dollar begann und anschließend auch noch seine Fühler in Richtung Moskau ausstreckte. Damit drohte in unmittelbarer Nähe zu den USA ein Vorposten der Sowjetunion zu entstehen. Darauf reagierte Washington am 2. Januar 1961 mit dem kompletten Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Eisenhower segnete „Zapata“ ab

Zu diesem Zeitpunkt hatte Eisenhower bereits die Operation „Zapata“, also die von der CIA inszenierte Invasion auf Kuba, abgesegnet. Sein diesbezüglicher Entschluss datiert auf den 17. März 1960. Gemäß der Planung sollte der „Brigade 2506“ genannte militärische Arm einer Koalition aus fünf verschiedenen Gruppierungen von Exilkubanern, der sogenannten Revolutionären Demokratischen Front (Frente Revolucionario Democrático, FRD), mit heimlicher Unterstützung der CIA auf Kuba landen und dort die Voraussetzungen für die Ankunft einer aus Miami eingeflogenen Gegenregierung unter José Miró Cardona schaffen. Diese sollte dann Washington und einige US-hörige Mitgliedsländer der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) um Unterstützung bitten, damit US-Marines an der Spitze einer internationalen Interventionsstreitmacht nach Kuba in Marsch gesetzt werden könnten.

Als vermeintlich geeignetsten Ort für die Landung hatte der mit der Vorberei-

tung der Operation betraute stellvertretende CIA-Planungsdirektor Richard M. Bissell die Schweinebucht (Bahía de Cochinos) an der kubanischen Südküste im Sumpfgebiet der Halbinsel Ciénaga de Zapata auserkoren. Eisenhowers Nachfolger John F. Kennedy erfuhr einen Tag vor seiner Amtseinführung von der bevorstehenden Aktion und gab im März grünes Licht, allerdings unter der Maßgabe, dass US-Bodentruppen erst eingreifen dürften, wenn die Brigade 2506 ein nennenswertes Territorium kontrollierte.

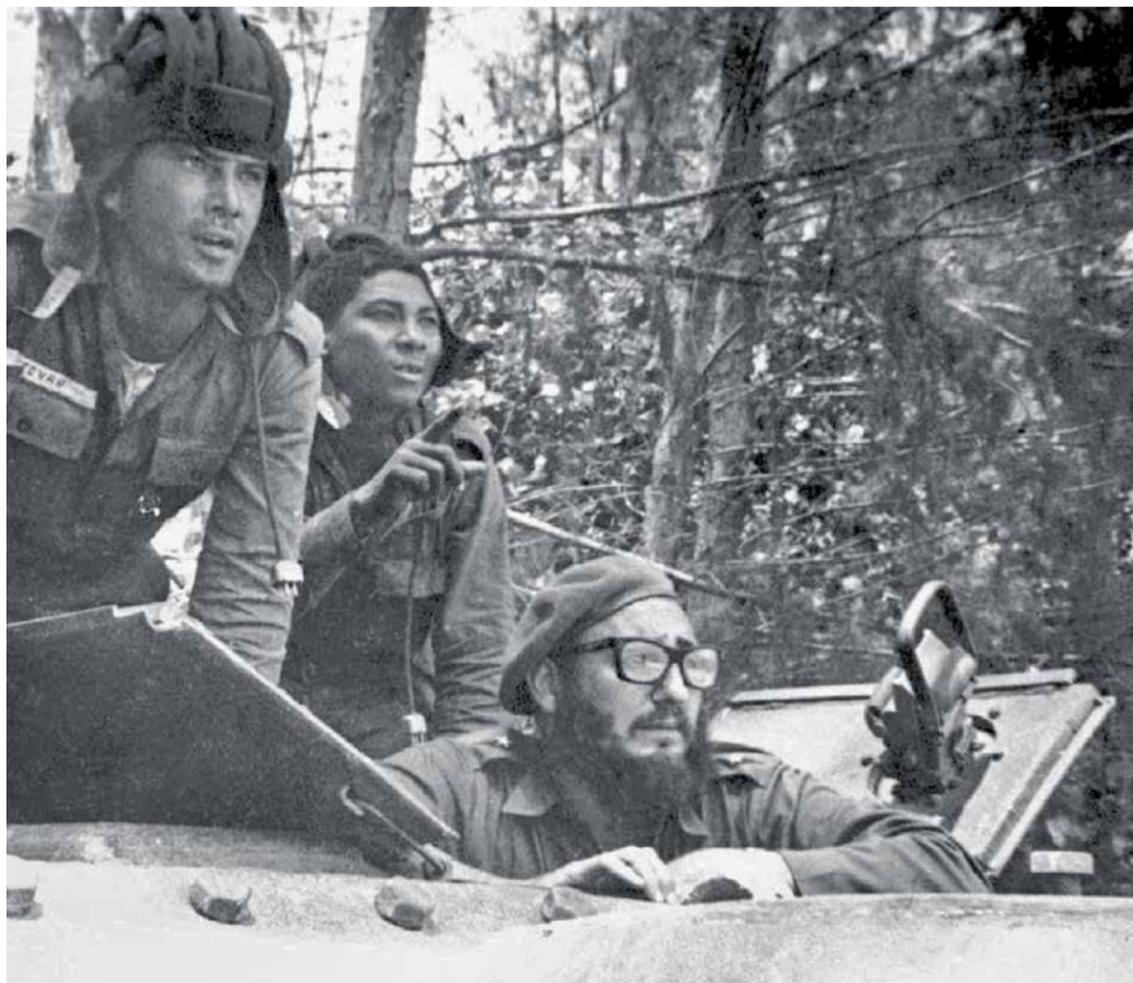
Die Operation „Zapata“ begann am 15. April 1961 mit der Bombardierung von drei kubanischen Flugplätzen durch zweimotorige leichte Bomber vom Typ Douglas B-26 „Invader“ (Eindringling) der USA mit kubanischen Hoheitsabzeichen. Dem folgte zwei Tage später die Anlandung von rund 1500 Angehörigen der Brigade 2506 unter dem Kommando der CIA-Männer Grayston Lynch und William Robertson sowie des Exilkubanners José Alfredo Pérez San Román. Die Invasoren kamen auf insgesamt sechs Schiffen und führten unter anderem leichte Panzer vom Typ M41 „Walker Bulldog“, Artillerie und Raketenwerfer mit. Während des Absetzens der Exilkubaner an den beiden Stränden Playa Girón und Playa Larga entbrannten sofort erste Feuergefechte mit kubanischen Milizen. Fidel Castro alarmierte daraufhin die regulären Streitkräfte, die unter seiner persönlichen Führung in Richtung Schweinebucht vorrückten. Die kubanische Luftwaffe nutzte ihre nach wie vor bestehende Luftüberlegenheit über der Insel, um die Landungs- und Transportschiffe zu attackieren und zwei davon zu versenken. Nachdem die Aggressoren bereits am 15. April fünf B-26-Bomber verloren hatten, gelang den Verteidigern bei den Kämpfen um die Schweinebucht der Abschuss zweier weiterer Maschinen.

Kennedy verzichtete auf Eskalation

Die Gefechte dauerten bis zum Abend des 19. April, dann war die Brigade 2506 vernichtend geschlagen. 118 ihrer Angehörigen starben im Kampf und 1202 gerieten in Gefangenschaft, 360 davon verwundet. Einige der Männer wurden später exekutiert. Castros Militär verzeichnete 176 Tote. Hinzu kam eine unbekannte Anzahl gefallener Milizionäre.

Die Niederlage der Invasionsstreitmacht hatte mehrere Gründe. Zum Ersten besaß sie keinerlei Rückhalt bei der lokalen Bevölkerung. Zum Zweiten waren die kubanischen Streitkräfte zahlenmäßig weit stärker und hochmotiviert. Und zum Dritten lehnte Kennedy nicht nur den Einsatz von US-Bodentruppen, sondern auch eine wirksamere Unterstützung aus der Luft ab.

Die Ereignisse in der Schweinebucht ermutigten revolutionäre Bewegungen in aller Welt, da die Möglichkeiten der USA zur Zerschlagung derselben augenscheinlich begrenzt waren. Das hinderte Washington allerdings nicht daran, später noch in diversen anderen Staaten mit geheimdienstlichen Mitteln zu intervenieren, um einen Regimewechsel herbeizuführen. Dabei konzentrierte sich die auf Kuba so schmählich gescheiterte CIA vor allem auf Lateinamerika, den vermeintlichen Hinterhof der USA. Davon zeugen die späteren Umstürze in der Dominikanischen Republik, Bolivien, Brasilien, Chile, Argentinien, El Salvador und Nicaragua.



Kubas Regierungschef und Revolutionsführer übernahm selbst die Führung bei der Verteidigung seines Landes: Fidel Castro (mit Brille) am 17. April 1961 in einem Panzerfahrzeug bei Playa Girón

Foto: SZ Photo

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 11. April 1921 ist Auguste Viktoria, als Ehefrau Wilhelms II. letzte Deutsche Kaiserin, in Haus Doorn im niederländischen Exil gestorben. Acht Tage später wurde sie in Potsdam, im Antikentempel des Schlossparks von Sanssouci, beigesetzt. Von dem Wunsch war die nunmehr republikanische preußische Regierung nur mäßig angetan gewesen, hatte aber letztlich zugestimmt. Nicht zu Unrecht befürchtete man dort, dass zahlreiche Menschen persönlich Abschied von der äußerst populären Kaiserin nehmen und damit zugleich der abgedankten Monarchie ihre Reverenz erweisen würden. Spontan hatten Gottesdienste sattgefunden, Glockengeläut, in Dresden musste das Gedenken aufgrund des Andrangs zweimal wiederholt werden. In Doorn trafen um die 10.000 Beileidsschreiben ein. Die Überführung im Sonderzug verzögerte sich immer wieder, Abordnungen von Städten, Kirchen und Vereinen brachten Kränze zu den Bahnhöfen. In Potsdam fanden sich schließlich etwa 200.000 Trauergäste ein, politische Gräben gab es an diesem 19. April nicht, die örtliche SPD war mit einem Gebinde vertreten.

Es war aber bei Weitem nicht nur nostalgische Erinnerung an den vergangenen Hohenzollernglanz. Auguste Viktoria hatte durch ihr Wirken Eindruck hinterlassen, von den drei Kaiserinnen des 1871 begründeten Reiches war sie als Einzige beliebt. Aus ihrer tiefen christlichen Glaubensüberzeugung fand sie ihre Aufgabe im Bereich der Wohltätigkeit. Ihre Biographin Elizza Erbstößer bezeichnet Auguste Viktoria als „kaiserliche Sozialarbeiterin“. Den Spitznamen „Kirchenguste“ – es hieß, seinerzeit sei keine Kirche vor ihrer Einweihungsvisite sicher gewesen – trug sie sicher nicht zu Unrecht; um ihr umfassendes Engagement zu beschreiben, greift er jedoch zu kurz.

Die „Kirchenguste“ war sehr beliebt

Geboren wurde Auguste Viktoria am 22. Oktober 1858 als Tochter des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der später als Friedrich VIII. die Regentschaft in den Herzogtümern Schleswig und Holstein beanspruchte. Der Geburtsort, das Rittergut Dolzig in der Niederlausitz, erklärt sich damit, dass die Augustenburger die großen Verlierer der deutsch-dänischen Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren. Zum Weggang gezwungen, fehlte es nicht an Bestrebungen, in die einstige Position zurückzukehren. Die Hoffnungen zerschlugen sich vollends mit der Annexion des Gebietes am Ende des Deutschen Krieges 1866; Schleswig-Holstein wurde preußische Provinz. Friedrich verzichtete formell erst mit der Hochzeit seiner Tochter mit dem ältesten Sohn des damaligen preußischen und deutschen Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm und Victoria. Die im Februar 1881 in Berlin geschlossene Verbindung beruhte zwar auf dynastischen Interessen, war allerdings tatsächlich von gegenseitiger Zuneigung geprägt. Der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck hielt wenig von der Prinzessin; sie sei eine „holsteinische Kuh“, durch sie käme aber wenigstens frisches Blut ins Haus Hohenzollern. Auguste Viktoria brachte sechs Söhne und eine Tochter zur Welt. Sie pflegte einen „betont antikatholischen Protestantismus“, so Erbstößer. Mit geschiedenen Frauen verkehrte sie nicht, ihre Hofdamen wurden gern als „Halleluja-Tanten“ verspottet. Politisch hielt sich Auguste Viktoria zurück und gab der Familie, insbesondere ihrem Mann, Rückhalt. So etwa in der Daily-Telegraph-Affäre 1908. Ihr wird ein entscheidender Anteil daran zugeschrieben, dass Wilhelm II. damals nicht abdankte.

Auguste Viktoria, seit 1888 Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin, war



Doie letzte Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen: Wilhelms II. erste Ehefrau Auguste Viktoria

Foto: imago/ARKVIKI

AUGUSTE VIKTORIA

„Kaiserliche Sozialarbeiterin“

Vor 100 Jahren starb die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges Engagement

bereits frühzeitig und beständig um die Behebung sozialer Not in Einzelfällen bemüht. Gern versuchte sie, im Hintergrund zu bleiben, was sich allerdings kaum realisieren ließ. Vom Wirken des Hofpredigers Adolf Stoecker, bei dem sie die Umsetzung des Christentums in tätige Nächstenliebe erkannte, zeigte sie sich beeindruckt. Einfluss auf systematische Vorstellungen von Sozialpolitik vermittelte ihr Georg Hinzpeter. Der Erzieher und spätere Berater Wilhelms II. verfasste für sie im Lauf des Jahres 1882 elf Themenbriefe, die nicht zuletzt den Gedanken enthielten, dass es nicht vorrangig um Wohltätigkeit gegenüber den Ärmern gehe, sondern um den Abbau von Spannungen zwischen Bevölkerungsschichten.

Für die Verbesserung der Situation der Heimarbeiter, von denen viele Frauen wa-

ren, setzte sie sich ein und besuchte mehrfach das Oberlinhaus in Potsdam. Ein damals ungewöhnlicher, differenzierter Blick auf „Krüppel“ war ihr von Friedrich von Bodelschwingh nahegebracht worden. Nach dem Tod der Kaiserin-Witwe Augusta 1890 übernahm sie die Schirmherrschaften über das Rote Kreuz und den Vaterländischen Frauenverein, der unter anderem Kindergärten und Suppenstuben betrieb. Auguste Viktoria beschränkte sich nicht lediglich auf die Übernahme von Protektorateen, sie gab Anregungen und legte gemeinsam mit ihren Hofdamen selbst Hand an.

„Holsteinische Kuh“

Besonders verbunden war sie dem im Mai 1888 gegründeten Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein, an dessen Entstehung

sie direkt beteiligt war. Hervorgegangen sind daraus später die Evangelische Frauenhilfe und der Evangelische Kirchenbauverein. Letzterer förderte ein Vielzahl von Neubauten. Zunächst auf Berlin beschränkt, konnte bereits 1892 die Erlöserkirche in Rummelsburg eingeweiht werden. Bis 1900 waren 49 Kirchen fertiggestellt. Später weitete sich die Tätigkeit aus. In Ostpreußen entstanden die sogenannten Jubiläumskirchen.

Auguste Viktoria setzte sich für Frauenbildung ein. Sie begrüßte die entsprechende Öffnung der preußischen Universitäten. Ihr Hauptargument war, dass Frauen auf diese Weise die Söhne besser unterstützen könnten. Ihrem Bemühen um die Säuglingsfürsorge ist die Entstehung des 1909 eröffneten Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zu verdanken.

Im Ersten Weltkrieg galt dem Lazarettwesen ihre Aufmerksamkeit. An einen deutschen Sieg glaubte sie bis zum Ende. Der Zusammenbruch der Monarchie und ihrer Welt war für sie nur schwer zu verkraften. Dies hat wohl maßgeblich zu ihrem Tod im Alter von nicht einmal 63 Jahren beigetragen.

Wie weit sich die Wirkmächtigkeit der Erinnerung an die Monarchin erstreckte, ist etwa daran erkennbar, dass Hermann Göring sich gezwungen sah, seine unbeabsichtigt für den 14. Sterbetag Auguste Viktorias geplante Hochzeit zu verschieben. Noch heute führen zahlreiche Einrichtungen ihren Namen, auch über Deutschland hinaus, so das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Jerusalemer Ölberg.

BUNDESWEHR

Jürgen Schumann statt Marseille

Schon seit vergangenem Jahr gibt es konkrete Planungen, die Truppenunterkunft des Fliegerhorsts Uetersen in Schleswig-Holstein, die seit 1975 nach dem 1942 gefallenen deutschen Jagdflieger Hans-Joachim Marseille „Marseille-Kaserne“ heißt und in der 1988 die Unteroffizierschule der Luftwaffe aufgestellt wurde, in „Jürgen-Schumann-Kaserne“ umzubenennen. Einen weiteren Schritt in diese Richtung ist am 26. März der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, mit einem Tagesbefehl gegangen. Dort heißt es:

„Am heutigen Tag möchte ich der Traditionspflege in der Luftwaffe einen weiteren starken Impuls geben und dabei bislang ungenutzte Potentiale und große Chancen nutzen. Vergangenes Jahr haben wir uns mit der neuen Regelung zur Traditionspflege in der Luftwaffe das Ziel gesetzt, die eigene Geschichte ab 1956 stärker als den zentralen Bezugspunkt unserer Tradition herauszustellen. Gerade an unserer Offizierschule und Unteroffizierschule hat die Traditionspflege eine besondere Bedeutung. Hier erfolgt die wichtige Prägung unseres jungen Führungspersonals. Auf Initiative unserer jungen Kameradinnen und Kameraden setzen wir an diesen beiden neuen Schulen neue Impulse, um an beispielgebende Personen, Prinzipien und Leistungen zu erinnern: ... Die USLW [Unteroffizierschule der Luftwaffe] in Appen hat



Generalleutnant Ingo Gerhartz

zusammen mit den Angehörigen des Standortes Namensvorschläge für eine Kasernenumbenennung gesammelt und nach einer Befragung aller Standortangehörigen Jürgen Schumann als neuen Namensgeber ausgewählt. Er war Starfighterpilot, Hauptmann der Luftwaffe und begann beim Flugwärtterregiment in Appen seine fliegerische Grundausbildung. Nach seiner Dienstzeit in der Luftwaffe flog er als Pilot bei der Lufthansa. Als Kapitän der „Landshut“ wurde er am 16. Oktober 1977 von den Entführern erschossen. Er hat sein Leben vor das Leben seiner Passagiere gestellt, als er versuchte, mit den Geiselnehmern zu verhandeln und den Behörden Informationen über die Anzahl der Geiselnnehmer zu geben. Sein Mut und sein Verantwortungsbewusstsein sind beispielgebend. Ich billige diesen Vorschlag ausdrücklich und werde das weitere Verfahren zur Genehmigung durch die Bundesministerin der Verteidigung in die Wege leiten. Der frühere Namensgeber soll indes weiterhin aktiv für eine differenzierte Auseinandersetzung im Rahmen der historisch-politischen Bildung unserer jungen Unteroffizieranwärter genutzt werden ...“

Abgesehen davon, dass Marseille als 1942 Verstorbener nicht zur „eigenen Geschichte ab 1956“ gehört, geht Gerhartz in seinem Tagesbefehl mit keinem Wort darauf ein, warum überhaupt nach Alternativen zu Marseille als Namensgeber gesucht wurde.

Manuel Ruoff

Kurzporträts



FOTO: DIE GARTENLAUBE

Friedrich von Schleswig-Holstein war befreundet mit dem gleichsam liberalen preußischen und deutschen Herrscherpaar Friedrich III. und Victoria



FOTO: FRANK VON WINTERHALER

Victoria hatte sich von ihrer Schwiegertochter eher ein liberales Korrektiv ihres ältesten Sohnes erhofft als eine unpolitische Frau, die ihren Mann anhimmet



FOTO: MAGOMAGENOBER

Otto von Bismarck hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Schleswig und Holstein preußisch wurden, statt von Auguste Viktorias Vater erigiert zu werden

VON HERMANN MÜLLER

Dänemarks „Socialdemokraterne“ haben vor zwei Jahren bewiesen, dass Sozialdemokraten aus Wahlen noch immer als stärkste Kraft hervorgehen können. Mit klassischer Sozialpolitik und einer strikten Haltung in der Einwanderungspolitik siegte die Partei von Mette Frederiksen im Juni 2019 bei den Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing. Nun denkt die sozialdemokratisch geführte Regierung über einen Schritt nach, der hierzulande umgehend Rassismuskritik und Rücktrittsforderungen nach sich zöge.

Um nicht integrierte Parallelgesellschaften zu verhindern, soll es nach den Vorstellungen des dänischen Innenministeriums in zehn Jahren in keinem Wohngebiet des Landes mehr als 30 Prozent „Bewohner mit nichtwestlichem Hintergrund“ geben. Ziel ist stattdessen die Schaffung gemischter Wohngebiete.

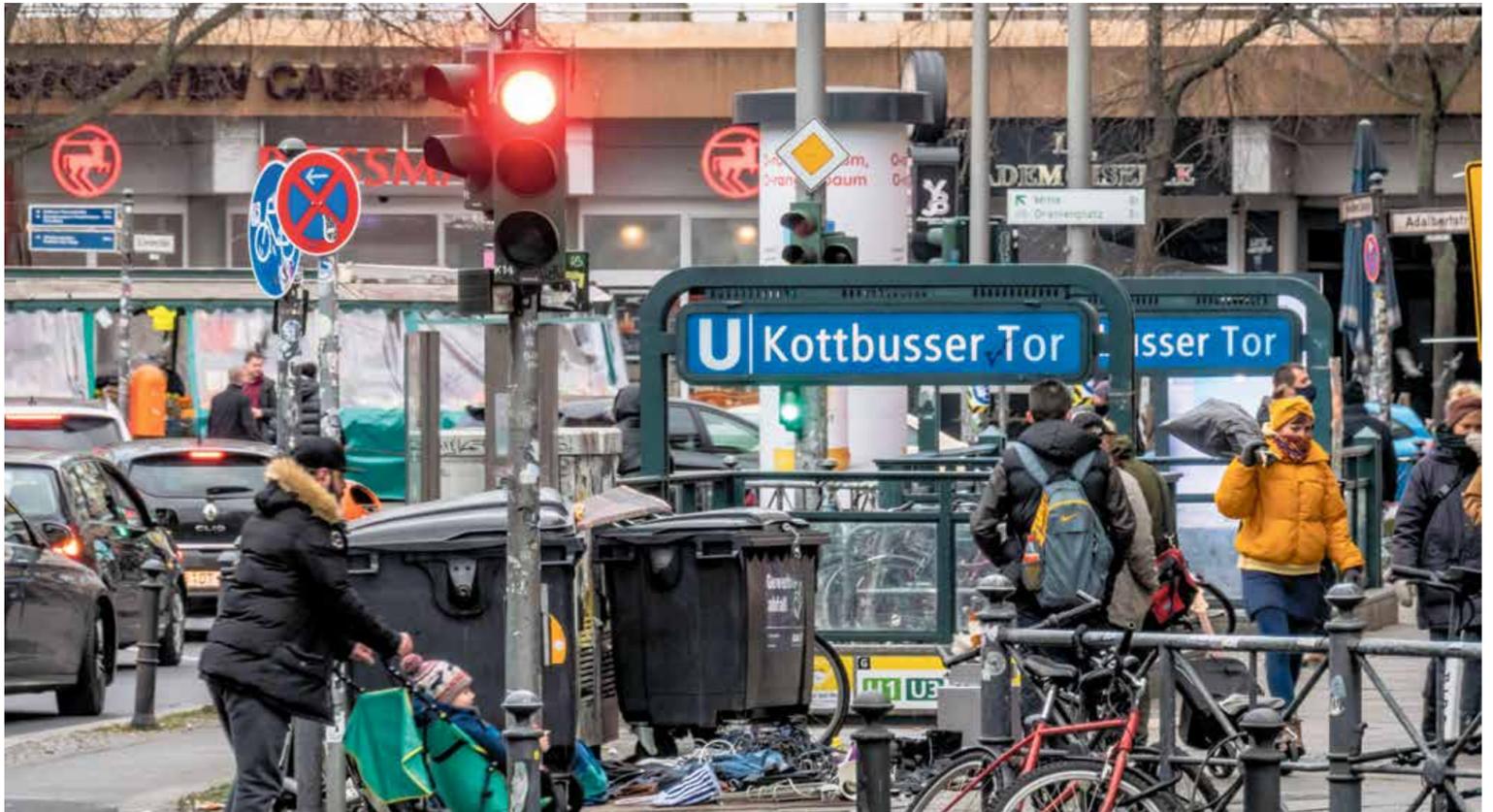
Zur Begründung führt das Ministerium an: Wenn viele Einwanderer nicht-westlicher Herkunft und ihre Nachfahren in bestimmten Gebieten wohnen, steigt dort das Risiko, dass sich religiöse und kulturelle Parallelgesellschaften bilden. Selbstkritisch räumt der sozialdemokratische Innenminister Kaare Dybvad Bek ein: „Wir haben viel zu viele Jahre die Augen vor der Entwicklung verschlossen, die auf dem Weg war, und erst dann gehandelt, als die Integrationsprobleme zu groß geworden sind.“

Die Idee, in Problemvierteln die Zusammensetzung der Bevölkerung gezielt steuern zu wollen, ist nicht neu. Unter anderem von der Volkspartei und den Sozialdemokraten unterstützt, hat schon Frederiksens konservative Vorgängerregierung den Kampf gegen Parallelgesellschaften in Dänemark aufgenommen. Die jetzt amtierende Regierung hält an dem Vorhaben fest und legt beim Ziel sogar noch nach.

Dänemark steuert energisch gegen

Bislang sprach Dänemarks Politik von einem Problemviertel, wenn in einem Stadtviertel mit mehr als 1000 Einwohnern mehr als die Hälfte der Bewohner „nicht-westlichen“ Ursprungs ist. Neben einem hohen Anteil an Immigranten und niedrigen Bildungs- und Einkommensniveaus fließt bislang auch schon eine hohe Kriminalitätsrate als Kriterium mit ein in die Einstufung.

Mit der neuen 30-Prozent-Marke werden laut der Zeitung „Berlingske“ künftig 83 Wohngebiete mit insgesamt 163.000 Einwohnern als „Präventionsgebiete“ ausgewiesen. Zur Einordnung der Zahl: Neben Duisburg-Marxloh und Hamburg-Wilhelmsburg gilt hierzulande vor allem Berlin-Neukölln als Inbegriff für immigrationsgeprägte Parallelge-



Verlust sozialer Strukturen und Kulturlosigkeit: Brennpunkt Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg

Foto: imago/Jürgen Held

MULTIKULTI

Eine Gesellschaft in Auflösung

„Brennpunkt“, „Ghetto“, „Parallelgesellschaft“ – Was sich in unseren Großstädten ausbreitet, macht Wissenschaftlern wachsende Sorgen: Sie sprechen vom Phänomen der „Anomie“

sellschaften. Der Berliner Bezirk zählte 2019 offiziell rund 319.000 Einwohner. Fast die Hälfte davon hat einen Immigrationshintergrund. In einzelnen Teilen und Straßenzügen des Bezirks liegt der Anteil von Bewohnern mit deutschen Wurzeln nur noch im Bereich von zehn bis 20 Prozent.

Bundesweit für Schlagzeilen sorgt der Bezirk seit Jahren immer wieder als Hochburg arabischer Großclans, die weite Teile der organisierten Kriminalität beherrschen: von der Schutzgelderpressung über Drogenhandel, illegales Glücksspiel, Prostitution bis zu Banküberfällen und dem Diebstahl von hochwertiger Kunst. Neuköllns Rütli-Hauptschule wurde vor einigen Jahren deutschlandweit als „Horror-Schule“ bekannt.

Der Volkspark in Neukölln und eine ganze Reihe von U-Bahnstationen im Bezirk gelten als Brennpunkte der hauptstädtischen Drogenszene. Allgegenwärtig ist auch die Verwahrlosung des öffentlichen Raums: Weil Bewohner alten Hausrat ein-

fach auf Straßen oder Gehwegen entsorgen, muss Berlins Stadtreinigung jedes Jahr im gesamten Stadtgebiet mehr als 30.000 Kubikmeter Sperrmüll im öffentlichen Raum einsammeln. Einen der Schwerpunkte solcher Aktionen bildet Neukölln. Die Corona-Pandemie machte zudem deutlich, dass Teile der Bevölkerung offenbar nicht einmal in Krisen- und Notsituationen bereit sind, sich an Regeln zu halten.

Keine gemeinsamen Regeln mehr

So feierte trotz allgemeiner Kontaktbeschränkungen am 25. September ein Brautpaar aus Neukölln mit 350 Verwandten und Freunden in einem Festsaal ein opulentes Hochzeitsfest: „Man begrüßte sich mit Küsschen. Keiner trug Masken“, so ein Gast der groß aufgezogenen Feier. Resultat war ein sogenanntes Superstreuer-Ereignis, bei dem am Ende 48 Gäste positiv auf Corona getestet wurden. Darunter auch das türkisch-arabische Brautpaar. Hochzeitsfeiern mit mehreren hun-

dert Gästen haben auch andernorts in Deutschland die Inzidenzwerte mit in die Höhe getrieben.

Umgangssprachlich hat sich eingebürgert, bei Zuständen, die Viertel wie Berlin-Neukölln, Hamburg-Wilhelmsburg oder Duisburg-Marxloh berühmt-berüchtigt gemacht haben, von Anarchie zu sprechen. Soziologen sprechen korrekterweise von Anomie.

Der Begriff steht für einen gesellschaftlichen Zustand, bei dem soziale Normen und Regeln nur noch schwach gelten oder fehlen und sich die kollektive Ordnung auflöst. Geprägt hat den Anomie-Begriff der Ethnologe und Soziologe Émile Durkheim. Der Franzose sah als Zeitgenosse der frühen Industrialisierung Anomie insbesondere in Zeiten eines weitreichenden gesellschaftlichen Wandels auftreten, beispielsweise bei wirtschaftlicher Depression.

Als Folgen von Anomie sah Durkheim erhöhte Selbstmordraten und einen Anstieg der Kriminalität. Der Amerikaner

Robert K. Merton griff den Anomie-Begriff im vergangenen Jahrhundert auf und verfeinerte ihn. Merton sah Anomie vor allem als Folge einer gesellschaftlichen Diskrepanz. In der Gesellschaft gibt es Ziele, die allgemein als erstrebenswert und legitim gelten, beispielsweise das Streben nach Wohlstand.

Allerdings sah Merton bei bestimmten sozialen Schichten Probleme, diese gesellschaftlich akzeptierten Ziele auch zu erreichen. Weil sie nur schwer Zugang zu sozial erlaubten Mitteln haben, oder aber, weil ihnen unklar ist, welche Mittel zur Zielerlangung legitim sind.

Eine sehr pessimistische Diagnose gab vor wenigen Jahren der norwegische Soziologe Johan Galtung ab. Er sah viele, wenn nicht sogar die meisten menschlichen Gesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts bereits in einem Zustand einer weit fortgeschrittenen sozialen Desintegration: auf dem Weg zum Verlust sozialer Strukturen und zur Kulturlosigkeit.

ALTERNATIV-FORSCHUNG

US-Wissenschaftler bekämpfen ihr eigenes Fach

Mit ideologischen und pseudomoralischen Argumenten wird die Welt der klassischen Antike kriminalisiert

Bereits im Januar 2019 hatte es bei der Tagung der „American Society for Classical Studies“, also unter Wissenschaftlern, die sich der griechisch-römischen Altertumskunde widmen, politisch-agitatorisch motiviertes Aufsehen gegeben. Dan-el Padilla Peralta, der im amerikanischen Princeton als Professor für Antike lehrt, bezichtigte sein eigenes Fach einer rassistischen Identifikation mit der weißen Kultur.

Padilla Peralta wurde in Santo Domingo geboren, er kam als Vierjähriger in die USA. Über seinen Weg, der aus Obdachlosigkeit und Illegalität schließlich in eine angesehene akademische Position führte, erzählt er gern. Vor allem aber ist er damit beschäftigt, seine eigene Disziplin zu be-

kämpfen. Die griechisch-römischen Klassiker bezeichnete er als „halb-vampirisch, halb-kannibalisch“. Applaus gab es – wohl gemerkt von Kollegen – dafür, als er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass das Fach sterben werde, „und zwar sobald als möglich“.

Gegen „weiße Vorherrschaft“

Dass es sich nicht um eine Einzelmeinung handelt, zeigt die Zustimmung. Die in den USA um sich greifenden Bestrebungen, die Antike nicht nur zu marginalisieren, sondern die historisch-literarischen Gegenstände zu kriminalisieren und regelrecht zu verbannen, werden von der Allgemeinheit momentan nur am Rande

wahrgenommen und thematisiert. Ausgehend von besagter Tagung und einer Veröffentlichung der französischen Zeitung „Le Figaro“ greift die „Tagesspost“ eine Reihe weiterer, aktueller Stimmen auf, denen die wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzung mit der Antike und deren Vermittlung nicht mehr genügt.

Der in Stanford lehrende Althistoriker Ian Morris beispielsweise beklagt, dass die klassische Antike ein „euroamerikanischer Gründungsmythos“ sei und fragt: „Will man solche Dinge wirklich?“ Eine andere Professorin sieht in dem Fach „ein Produkt und einen Komplizen der weißen Vormachtstellung“. Die Altertumswissenschaftlerin Donna Zuckerberg schlägt

ganz große Bögen, indem sie einer „Disziplin, die in den Faschismus und den Kolonialismus historisch verwickelt gewesen ist, und die weiterhin mit weißer Vorherrschaft und Frauenfeindlichkeit in Verbindung gebracht wird“, keine große Zukunft mehr voraussagt. Gern fällt im Zusammenhang mit antiken Werken neuerdings der Begriff „toxisch“.

Niveau sinkt auch in Deutschland

Die Zurückdrängung der altphilologischen Ausbildung, die Erhebung über die „toten“ Sprachen ist auch hierzulande zu beobachten. Ebenso das Absenken der universitären Ansprüche: Inzwischen ist es in Deutschland möglich, einen Ab-

schluss im Fach Alte Geschichte zu erwerben, ohne jemals eine Stunde Latein- oder Griechischunterricht absolviert zu haben. Die Lehre wird reduziert, selbst Dozenten sagen, von vertiefter Wissenschaftlichkeit könne mitunter keine Rede mehr sein.

Die aktive Bekämpfung der Antike aus dem eigenen Fach heraus, wie sie gerade jenseits des Atlantiks stattfindet, ist hierzulande noch nicht zu beobachten. Bei dem derzeitigen rasanten Niveaulust hat die klassische Altertumskunde allerdings gute Chancen, sich abgeschafft zu haben, bevor sich eine ahistorische Moral-Debatte daran macht, ihr den Todesstoß zu versetzen. Erik Lommatzsch



HEILIGENBEIL

Erster Gottesdienst nach 75 Jahren

Stadtmuseum von Heiligenbeil initiierte die Pflege und Neugestaltung um die Kirchenruine

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Es war ein denkwürdiges Ereignis, als sich am 18. Juli vergangenen Jahres offizielle Vertreter der Stadt Heiligenbeil sowie Repräsentanten der Katholischen, der Evangelischen und der Russisch-Orthodoxen Kirche an der Ruine der evangelischen Kirche von Heiligenbeil zu einer Gedenkfeier anlässlich des 700. Gründungsjahrs des Gotteshauses trafen und 75 Jahre nach der Zerstörung der Kirche, erstmals wieder einen Gottesdienst und das gemeinsam unter freiem Himmel feierten. An der Feier nahmen neben den offiziellen Vertretern sowohl zahlreiche Einwohner von Heiligenbeil als auch Gäste der Stadt teil.

Per Direktübertragung leitete Goetz Scheel, Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde im schleswig-holsteinischen Reinfeld, den ersten Gottesdienst per Internet-Übertragung. Alexander Reich, Vorsteher der evangelischen Gemeinde in Heiligenbeil, übersetzte die Zeremonie für die Anwesenden ins Russische.

Die Initialzündung zu den Aufräumarbeiten an der Kirchenruine, den konservierenden Maßnahmen an den noch vorhandenen Mauern und dem Anlegen neuer Wege sowie der Gestaltung des zur Kirche gehörenden Terrains kam vom Direktor des städtischen Museums Heiligenbeil, Dmitrij Schilow. 2011 eröffnete er in dem recht maroden Gebäude der ehemaligen Molkerei im Sommer sein kleines „Do it yourself“-Museum, wie er es damals selbst nannte. Viele hatten das Vorhaben zuvor mit großer Skepsis gesehen, doch Schilow gab nicht auf, und der Erfolg sollte ihm recht geben. Zur Eröffnung seines Museums war sogar der damalige Gouverneur Nikolaj Zukanow gekommen.

Beim 4. Deutsch-Russischen Forum der Landsmannschaft Ostpreußen in Nürnberg 2011 berichtete Schilow von seinem Museum und präsentierte eine Fotoschau, die bewies, dass sich das Ergebnis sehen lassen konnte.



Ansichten einer Ruine: Die noch vorhandenen Reste des einst stolzen Gotteshauses, verwandelt in einen gepflegten und sehenswerten Ort für Besucher des Kreises Heiligenbeil. Ein Großteil der Ruine, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden hatte (o.r.) wurde in den 1970er Jahren abgetragen

Fotos: Mamonowo Museum

An den Arbeiten an der Kirchenruine, die am 23. Mai 2019 begannen, beteiligten sich neben Mitarbeitern des Museums auch Bewohner von Heiligenbeil, zwei Schülergruppen sowie Freiwillige aus Königsberg und aus der Bundesrepublik.

Die Verwaltung von Heiligenbeil und die Russisch-Orthodoxe Kirche unterstützten die Arbeiten mit der Zurverfügungstellung von Technik, Baumaterial und Geld. Die Enthusiasten setzten ihre Arbeiten im vergangenen Jahr fort. Es wurde ein Gedenkstein mit der Jahreszahl

in römischen Zahlen „A.D. MCCCXX“ (Anno Domini 1320) neben der Ruine aufgestellt

Die evangelische Pfarrkirche an der Jarft in Heiligenbeil wurde erstmals 1320 erwähnt. Es handelte sich um ein dreischiffiges Gotteshaus, das im frühklassizistischen Stil erbaut wurde. Im Inneren in Weiß und Gold gehalten. Mehrmals brannte sie ab. Der letzte Wiederaufbau erfolgte im Jahr 1794. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie schwer beschädigt. In den 1970er Jahren wurde die Ruine weitge-

hend abgetragen. Einige Mauerreste und das Fundament blieben erhalten, das nun dank des Einsatzes des Museums und seiner Helfer als Sehenswürdigkeit in Heiligenbeil dient.

Informationen zu den Verschönerungsarbeiten und alle Funde, die zum Teil noch original sind, wurden dokumentiert und im Museum gesammelt. Sie sollen Teil einer ständigen Ausstellung im Stadtmuseum werden.

Info www.mamonovomuseum.ru

MELDUNGEN

Arbeiten an der Kirche

Marienfelde – Die Arbeiten zur Rettung der denkmalgeschützten Kirche in Marienfelde bei Pr. Holland verlaufen kontinuierlich. Die St.-Josef-Kirchengemeinde erhielt einen Zuschuss zur Durchführung weiterer Arbeiten. Zurzeit werden die Mauern der Kirche fachmännisch untersucht. Darüber hinaus werden geotechnische Untersuchungen des Grundes unter dem Gebäude der Kirche St. Peter- und Paul durchgeführt. Insgesamt laufen erhaltende Arbeiten an der Kirche bereits seit 13 Jahren. Die aktuellen Erhaltungsmaßnahmen wie die Beseitigung von Rissen in den Mauern, die Reparatur des Dachs sowie die Konservierung der vielfältigen Farbgebung tragen dazu bei, das mehr als 650 Jahre alte Kirchengebäude in Marienfelde, das als eines der interessantesten Denkmäler im südlichen Ostpreußen gilt, vor dem Verfall zu retten. PAZ

Hubschrauber abgestürzt

Labiau – Etwa fünf Kilometer vor Labiau ist in der vergangenen Woche ein russischer Hubschrauber des Typs Ka-32 abgestürzt. Der Hubschrauber war vom Flughafen Powunden aus gestartet. Wie das Ministerium für Notfallsituationen der Russischen Föderation mitteilte, waren zuvor alle Sicherheitsüberprüfungen erfolgt und es habe keine technischen Probleme gegeben. Bei dem Absturz war ein Mitglied der Besatzung ums Leben gekommen, zwei weitere konnten gerettet werden. Zur Bergung des Hubschraubers und der Untersuchung der Unfallursache wurden sofort ein Team des Ministeriums für Notfallsituationen und Luftfahrtspezialisten des Verteidigungsministeriums zum Absturzort geschickt. Sie arbeiteten rund um die Uhr, doch das Wetter ließ eine Bergung des Hubschraubers aus dem Wasser zunächst nicht zu. MRK

KÖNIGSBERG

Ehemalige Comenius-Schule erhält schmucke Fassade

Bisher wurden nur alte Villen in Amalienau und Maraunenhof restauriert – Nun auch andere Häuser aus den 20er Jahren im Blick

Viel Aufmerksamkeit wird der Restaurierung historischer Gebäude in den repräsentativen Stadtteilen Königsbergs rund um die Körteallee und Herzog-Albrecht-Allee gewidmet, wo bemerkenswerte Villen und Herrenhäuser erhalten geblieben sind. Es gibt jedoch Straßen in der Stadt, die in den Listen der Orte, an denen historische Gebäude restauriert oder restauriert werden sollen, selten zu finden sind, obwohl sie sich ebenfalls im Zentrum befinden. Eines der Beispiele ist die Straße Alter Garten/Unterhaberberg, die sich von der Hohen Brücke bis zum Brandenburger Tor erstreckt.

Die Straße wurde während des Krieges stark zerstört und anschließend fast vollständig mit Häusern im Stil der Chruschtschow-Ära Anfang der 1960er Jahre wieder aufgebaut, als große Wohnknappheit herrschte. Doch in dem Teil, der vor dem Krieg Alter Garten hieß, ist ein bemerkenswertes Gebäude erhalten,



Helle Farben zieren die Fassade: Haus in der Straße Alter Garten

Foto: J.T.

dessen Anblick die Bürger seit Kurzem mit einer hellen und frischen Fassade erfreut - es ist das Haus in der Straße Alter Garten 105-107.

In Königsberg gab es mehrere Schulen in der Nähe des Alten Gartens/Unterhaberberg. Eine davon, die „Comenius-Schule“, benannt nach dem Philosophen und Pädagogen Jan Amos Comenius, befand sich in diesem Gebäude. Das vierstöckige Haus mit einem Bogen wurde in den 1920er Jahren im nordischen Jugendstil errichtet.

An der einen Seite ist das Eingangstor zum Schulkomplex erhalten geblieben. Es führt zu dem schönen Gebäude der heutigen Schule Nr. 16, in dem vor dem Krieg die Comenius-Schule untergebracht war. Gemäß dem Renovierungsplan wurde die Fassade in hellen, freundlichen Farben gestrichen. Der untere Teil der Hausfront in grün, der obere Teil in beige. Umgerechnet knapp 425.000 Euro waren für die Arbeiten bereitgestellt worden. Die Mauern wurden verstärkt und das Gewölbe sowie andere architektonische Elemente

restauriert. Die Arbeiten sollten eigentlich bis Ende Oktober 2020 abgeschlossen sein, aber wegen einer zusätzlichen Verstärkung der Mauern wurde der Termin auf Anfang dieses Jahres verschoben.

Kurz vor Abschluss der Arbeiten passierte dann noch ein Missgeschick, durch das der frisch reparierte Bogen beschädigt wurde. Als ein Autofahrer durch den Torbogen fuhr, unterschätzte er die Ausmaße seines Fahrzeugs und beschädigte das anmutige Bauelement. Ursprünglich war der Bogen nicht Teil des Arbeitsplans. Im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Auftragnehmer wurde jedoch beschlossen, die gesamte Fassade des Gebäudes in Ordnung zu bringen.

Jetzt sticht das 20er-Jahre-Gebäude mit seinen frischen Farben zwischen den benachbarten Häusern aus der Chruschtschow-Ära hervor und stellt eine auffällige Zierde der Straße dar. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Herold, Johanne, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Däumel, Irmela, geb. von Kannewurf, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April

Elste, Gertrud, geb. Gollub, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April

Schulewski, Hildegard, geb. Dombrowski, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April

Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April

Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April

Macheit, Gisela, geb. Rose, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April

Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April

Lindemann, Karl Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dittrich, Gerda, geb. Kluck, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April

Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April

Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April

Mlynek, Eva, geb. Stallzus, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April

Froriep, Marie, geb. Koachanowski, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April

Kintscher, Ursel, geb. Schneider, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. April

Pehmöller, Frieda, aus Scharpau und aus Kalteherberge, Kreis Danzig, am 15. April

Pieper, Hildegard, geb. Kolbuss, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Günther, Erika, geb. Bangel, aus Neidenburg, am 14. April

Lang, Inge, geb. Kohnke-Laupichler, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April

Lenz, Irmgard, geb. Schade, aus Loppönnen, Kreis Fischhausen, am 14. April

Rohde, Edelgard, geb. Lendele, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 10. April

Rüppel, Lieselotte, aus Treuburg, am 13. April

Schmidt, Gertrud, aus Renkusen, Kreis Lyck, am 12. April

Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April

Ziebell, Herta, geb. Jenzowski, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Adermann, Eva, geb. Ruge, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April

Bernhard, Toni, geb. Puchalski, aus Kobulden, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Kniest, Ruth, geb. Joswig, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 9. April

Müller, Hannelore, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 9. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arndt, Eva, geb. Kell, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 14. April

Gäth, Rosemarie, geb. Henseleit, aus Wehlau, am 13. April

Holzhausen, Käthe, geb. Sbrzesny, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April

Jebramek, Erwin, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. April

Kewitz, Maria, geb. Krogull, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 14. April

Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April

Mow, Anneliese, geb. Hennig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. April

Rohloff, Irmgard, geb. Gumz, aus Wehlau, am 9. April

Scharnweber, Gertrud, geb. Waldeck, aus Windberg, Kreis Ebenrode, am 9. April

Schau, Rosemarie, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 12, am 13. April

Schwabe, Gertraud, geb. Becker, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April

Spiess, Georg, aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April

Zoellner, Sidonie, geb. Fink, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyer, Heinz-Werner, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. April

Donde, Ingeborg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April

Färber, Herta, geb. Artischewski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April

Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April

Gedenk, Günter, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 9. April

Hesse, Hildegard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April

Miehling, Adelheid, geb. Buxa, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April

Mikoteit, Gerhard, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. April

Pawelzick, Herbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. April

Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April

Romanowski, Hildegard, geb. Dembeck, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 12. April

Scharnowski, Werner, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 11. April

Schulze, Magdalena, geb. Zachrau, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April

Seinwill, Herbert, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 12. April

Wiek, Annemarie, geb. Brenneisen, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 10. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dietzek, Manfred, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 15. April

Flörchinger, Dorothea, geb. Berg, aus Pillkallen, Kreis Schlossberg, am 15. April

Kowalewski, Erwin, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 14. April

Ludwig, Eva, geb. Link, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 13. April

Misfeldt, Anni, geb. Zwinckmann, aus Fischhausen, am 9. April

Möller, Waltraud, geb. Willamowski, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 11. April

Polok, Lieselotte, geb. Gallmeister, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April

Prengel, Gerhard, aus Allenstein, am 15. April

Preuß, Eva, geb. Schulz, aus Bartkeng, Kreis Neidenburg, am 13. April

Reetz, Adelheid, geb. Pentzek, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April

Schwenke, Doris, geb. Bickeleit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April

Vogelsang, Arno, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April

Wagner, Lydia, geb. Goy, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beck, Ursula, geb. Richard, aus Fischhausen, am 12. April

Brettschneider, Klaus, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. April

Gollnow, Margarete, geb. Wisbar, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 11. April

Kempa, Alice, geb. Kibath, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 12. April

Koch, Gertrud, geb. Spriewald, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. April

Lasar, Siegfried, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. April

Lusardi, Reintrud, geb. Podbielski, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. April

Pawlack, Erwin, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. April

Petruck, Herta, geb. Marquardt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April

ANZEIGE

Aus Altersgründen günstig abzugeben:

Ca. 200 Bücher:

II. Weltkrieg, U-Boote/Jagdflieger (einmalige Sammlung)

B. Dauskardt

Eichenweg 8, 21279 Hollenstedt
Telefon abends: 04165/80343

Radtke, Edith, geb. Jegelka, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. April

Schirmacher, Rosemarie, geb. Prehn, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 15. April

Schulz, Lore, geb. Pest, aus Fischhausen, am 15. April

Spindler, Christel, geb. Kalinka, aus Lyck, am 11. April

Widderich, Ilsetraut, geb. Klein, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 11. April

Wolters, Hildegard, geb. Peterreit, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 14. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Buttler, Peter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. April

Haupt, Ursula, geb. Rohmann, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Jesgarek, Klaus, aus Lyck, am 12. April

Mai, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 11. April

Petz, Dietmar, aus Neidenburg, am 9. April

Schemenewitz, Kurt, aus Lyck, am 14. April

Suhr, Helmut, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 15. April

Wiesenthal, Ingrid, geb. Konrad, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 10. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Galla, Hans, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 13. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080 oder E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 16/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 16/2021 (Erstverkaufstag 23. April) bis spätestens

Dienstag, den 13. April,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

April
Entfällt: 16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt. Aufgrund der aktuellen Corona-Lage fällt das Kulturseminar aus.

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Juni
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

September
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

Oktober
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

November
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022.**

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-**

gierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zur-

zeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, oder per E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Heimatkreisen und Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Stadtvertretung

Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) entsprechend §9, Abs. 1 der gültigen Satzung hat der Vorstand das Recht und die Pflicht, Kandidaten für die Stadtvertretung der SGT in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ)* vorzustellen. In Ausführung dieser Wahlordnung und unter Beachtung der Rechtshinweise des BdV für die Verbandsarbeit unter den Bedingungen des Versammlungsverbot (siehe PAZ 36, Seite 16 vom 17. April 2020) wird nachfolgend ein Kandidat für die Aufnahme in die Stadtvertretung der SGT vorgestellt. Gegebenenfalls sind Einsprüche gegen diesen Kandidaten oder Gegenvorschläge seitens der Vereinsmitglieder dem Vorstand mittels Unterschrift von mindestens zehn Mitgliedern zu benennen. Für Gegenvorschläge muss die Einverständniserklärung des Kandidaten beigelegt sein.

Da noch nicht abzusehen ist, wann die ordentliche Versammlung der Mitglieder und der Stadtvertretung stattfinden kann, erwartet der Vorstand eventuelle Einsprüche beziehungsweise Gegenvorschläge bis zum 25. April 2021.

Selbstverständlich begrüßen die gewählten Stadtvertreter und der Vorstand jede Interessensbekundung für die aktive Mitarbeit in der SGT auch nach diesem Datum ausdrücklich.

Folgender Kandidat schlägt der Vorstand für die Wahl in die Stadtvertretung der SGT vor:

Florian Feige, B.A. (Jahrgang 1987), geboren in Karl-Marx-Stadt, sozialisiert und aufgewachsen in

Chemnitz, Großvater aus Tilsit; 2006/07 Zivildienst im Altenpflegeheim, 2007/10 Berufsfachschule der Schwesternschaft Nürnberg vom Bayerischen Roten Kreuz e.V., 2010 examinierter Gesundheits- und Krankenpfleger mit Auszeichnung der Regierung Mittelfranken, 2013/2017 Studium „Gesundheits- und Pflegemanagement“ an der evangelischen Hochschule Nürnberg, Abschluss als Bachelor of Arts. Seit 2020 verantwortet er die pflegerische Leitung einer pneumologischen Station im Klinikum Nürnberg.

Während der Schulzeit erlernte Florian das Spielen der Gitarre. Dadurch war er bis zum Abitur als Bassist ein Mitglied einer von ihm mitbegründeten Schülerband. Noch heute musiziert Florian einmal pro Woche mit einem befreundeten Kollegen im privaten Raum.

„Ich kann heute das Leben, was den Generationen vor mir viele Jahre nicht vergönnt war. Diese Freiheit macht mich sehr stolz. Dementsprechend war auch meine erste ... Reise ins nord-östliche Ostpreußen im Jahr 2018 (mit meinem Großvater) ein Meilenstein“, bekennt Florian Feige an den Unterzeichner.

Das Einverständnis zur Veröffentlichung oben genannter Vorstellung des Kandidaten in der PAZ sowie das Bekenntnis zur Satzung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. liegen dem Unterzeichner vor.

Günter H. Hertel

l



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahresübersicht

Altmühlfranken. Nachdem wir mit unserem Programm für das

Jahr 2020 durch die Corona-Beschränkungen „ausgebremst“ wurden, wollen wir nun das landsmannschaftliche Miteinander weiter pflegen. Schon Ende April, Freitag, den 23. April wollen wir beginnen mit einem „heimatlichen Wiedersehen“. Sollte die Gastronomie noch nicht geöffnet haben, sind wir auf der komfortablen Hofstelle unserer Mitglieder, der Eheleute Loos-Klischat, im ländlichen Sausenhofen willkommen, wo die landsmannschaftliche Gemeinschaft uneingeschränkt gepflegt werden kann.

Wie im vergangenen Jahr schon vorgesehen wollen wir am Freitag, den 21. Mai unseren Filmabend „Ännchen von Tharau“ (mit Ilse Werner und Fritz Hoppe in den Hauptrollen) nachholen, bevor es zusammen mit den Landsleuten der Kreisgruppe Ansbach am Sonnabend, den 12. Juni in einem Tagesausflug mit Kleinbussen in das oberfränkische Kulmbach geht, wo die Hohenzollern-Residenz Plassenburg besucht wird.

Eine Premiere der ganz besonderen Art wird es am Sonntag, den 18. Juli geben: Erstmals werden wir einen „Sausenhofener Musiktag“ in der Festscheune unserer Landsleute Loos-Klischat in Sausenhofen veranstalten, wo ein „Geschichtlich-musikalischer Exkurs nach Preußen“ gegeben wird, konzertant dargeboten von Mitgliedern der Familie Pfahler aus Gunzenhausen. Jedes unserer Mitglieder darf zu diesem Konzert einen weiteren Gast einladen, die anschließende Bewirtung wird die Hausherrin mit ihren geübten Helferinnen vornehmen.

Im weiteren Verlauf des Programms treffen wir uns am Freitag, den 20. August zum Sommerabend im Kastaniengarten des Röschelskeller in Gunzenhausen, gefolgt von unserer Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am 17. September in unserem Stammlokal, dem Hotel Krone in Gunzen-

hausen, wo die Landsleute von ihren persönlichen Erlebnissen in der Heimat, von Flucht, Vertreibung und Neuanfang berichten werden. Weiter stehen die Landeskulturtagung in Schloß Ellingen im Oktober, ein Filmabend im November und schließlich vor dem Weihnachtsfest unser traditioneller „Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands“ auf dem Programm.

Wir sind fest gewillt, unser landsmannschaftliches Leben wieder zu pflegen und der um sich greifenden Lethargie und Mutlosigkeit entgegenzutreten. Wie lautet doch der alte preußische Wahlspruch: „Lebe beständig – Kein Unglück ewig!“. Auch ein Virus wird uns nicht aus der Bahn werfen, so furchterregend er auch erscheinen mag. Wir halten es im Übrigen mit unserem Memeler Barockdichter Simon Dach, der schon vor 366 Jahren gedichtet hat:

„Nach des Winters rauhen Winden muß sich Zephir wieder finden und der Wiesen bunter Flor, nach den harten Donnerschlägen, nach dem Nebel, nach dem Regen bricht der Sonne Glanz hervor“.

Jürgen Danowski



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Abgesagt

Leipzig. Aufgrund der weiteren Unsicherheiten für die Vorbereitung unserer Veranstaltung am 24. April müssen wir diesen Termin leider erneut absagen. Sobald wir Sicherheit haben, werden wir Sie erneut informieren.

ANZEIGE



Ein ostpreußisches Herz hat aufgehört zu schlagen.
Wir nehmen Abschied von unserem treuen ostpreußischen
1. Vorsitzenden

Klaus Kuhr

* 26.4.1937 † 10.3.2021
Königsberg/Ostpreußen Mölln

Träger des Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen in Gold. Herr Kuhr war der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Ortsverband Mölln treu verbunden. Unser Dank gilt seinem jahrzehntelangen Einsatz für die Heimat und seinem engagierten, vorbildlichen Wirken als 1. Vorsitzender.

Ein Leben voller Tatendrang, Ideen, Mut und Ausdauer ging zu Ende.
In heimatlicher Verbundenheit trauern wir mit seiner Familie, lieber Klaus wir vermissen Dich!

Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortsverband Mölln
Bruno Schumacher Hans-Georg Braun Birgit Schumacher
2. Vorsitzender Schriftwart Schatzmeisterin



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Schwarzenbek. Nachdem die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek ihre letzten drei Veranstaltungen digital durchgeführt hatte, wurde nun auch die Jahreshauptversammlung am 11. März per Internet in verkürzter Form durchgeführt. Tagesordnung: 1. Ehrung der verstorbenen Mitglieder, 2. Bericht des 1. Vorsitzenden, 3. Kassenbericht und Kassenprüfungsbericht als Anlage, 4. Entlastung der Kassenführung und des Gesamtvorstandes, 5. Wahl eines Kassenprüfers, 6. Verschiedenes. Zu 1: Schmerzlich gedacht wird der im letzten Jahr und vor dieser Versammlung verstorbenen vier Mitglieder. Alle haben sich um Ostpreußen verdient gemacht. Gedacht wird auch des vor einigen Tagen verstorbenen 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft Mölln, Klaus Kuhr.

Zu 2: Der 1. Vorsitzende führt aus, dass das Jahr 2020 ein schweres Jahr war. Die ersten beiden Veranstaltungen konnten noch präsent durchgeführt werden, den Bunten Nachmittag (60 Teilnehmer) mit Vorträgen in ostpreußischer Mundart von Thomas Zimmermann. Einige Mitglieder beteiligten sich mit Beiträgen. Das traditionelle ostpreußische Wurstessen lockte 90 Teilnehmer. Die Königsberger Künstlerin Gerta Heykena trug ostpreußische Küchenlieder und Moritaten in ostpreußischem Platt vor und begleitete diese auf ihrer Gitarre. Am letztmöglichen Tag konnte unsere Jahreshauptversammlung 2020 präsent durchgeführt werden. Darüber sind alle froh, weil so die Wahl des gesamten Vorstandes stattfinden konnte. Das gibt uns Sicherheit für die nächsten Jahre. Die Veranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft und alle weiteren Veranstaltungen mussten wegen Corona ausfallen. Trotz der Pandemie haben im letzten Jahr fünf neue Mitglieder zu uns gefunden. Wegen der Entlastung der Kassenführung und des Gesamtvorstandes und Wahl eines Kassenprüfers beachten Sie bitte die digital oder postalisch zugesendeten Anlagen. Peter Gerigk

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ERINNERUNGEN

Rosen für den Großvater

Dieter Chilla beschreibt die letzten Wochen von Wilhelm Chilla und seine Gedanken dazu im heutigen Allenstein

VON DIETER CHILLA

Es geschah im Herbst: Ich nahm an einem Kongress in Allenstein teil. Dieser Stadt hat man nach dem letzten Krieg den Namen Olsztyn gegeben. Schon lange hatte ich mir vorgenommen, diese Reise zu nutzen, um für mich selbst ein wenig Heilung in ein familiäres Trauma zu bringen. Bei meiner Ankunft ahnte ich nicht, welche unerwartete Wendung das Geschehen nehmen sollte.

Unvorstellbare Strapazen

Auf dem Allensteiner Bahnhof begann der Abschied meines Großvaters Wilhelm vom Leben. Er, der Vater meines Vaters, Bauer im südostpreußischen Kirchspiel Fürstenwalde, hatte mit seiner Frau und den beiden Töchtern die Flucht vor der Roten Armee im Januar 1945 nicht geschafft. Der 55-Jährige war gegen Kriegsende noch zwangsrekrutiert worden und fand erst vier Wochen nach Einmarsch der Sowjetarmee und der Propagandierung der sowjetischen Ehrenberg-Losung „Tötet, tötet, tötet!“ zu seinem Hof in Masuren zurück. Leben konnte er mit den Seinen dort nicht mehr, das Gebäude wurde immer wieder von marodierenden Russen oder Polen heimgesucht. Die Familie versteckte sich abwechselnd auf Nachbarhöfen oder in Erdlöchern. Meine Großmutter hielt die Strapazen nicht durch. Sie fiel in todbringendes Siechtum. Ärztliche Hilfe gab es nicht. Sie starb im August 1945. Der genaue Sterbetag ist unbekannt, es fehlten Kalender, um die Zeit nach Daten einzuteilen. Mein Großvater schlich sich noch einmal in sein Haus, zerlegte dort heimlich, leise seinen Kleiderschrank. Aus den Brettern schreinerte er



Ort des Abschieds: Allensteiner Bahnhof auf einer Aufnahme aus den 1930er Jahren

einen Sarg, in dem er seine Frau Marie, meine Oma, ohne geistliches Geleit und ohne Zeremonie beisetzte.

Was macht ein Mann, der vieles verloren hat? Seine Frau, seinen gesamten materiellen Besitz. Ein Mann, dessen Söhne Ernst und Otto irgendwo in den Gräbern des grausamsten Krieges der Menschheitsgeschichte verschwunden waren. Ein wehrloser Mann, der die Pflicht fühlte, seine beiden Töchter Hilde und Frieda, seinerzeit 15 und 26 Jahre alt, vor Zudringlichkeiten unsäglicher Art beschützen zu müssen. Nur wenige Informationen sind mir zugänglich geworden. Die Überlebenden meiner Familie haben weitgehend geschwiegen: Nicht mehr an Leid und Demütigungen denken, das ist der Überlebensreflex aller Verfolgten.

Wilhelm las in der Bibel, das ist überliefert, im Buch Hiob vorzugsweise. Mit einem verbliebenen deutschen Bauern

aus der Nachbarschaft diskutierte er über das Strafgericht, das über die Menschen in Ostpreußen gekommen war. Wird es Gnade, Erlösung geben? Antworten fand er keine.

Ausreise brachte den Tod

Die einzige Überlebensebene schien in einer Ausreise in den Westen des zerstörten „Reiches“ zu liegen. An Ausreisepapiere zu kommen, erwies sich als zäher, schwieriger, von wiederholten Zurückweisungen gezeichneter Prozess. Nach mehreren Petitionen an die von den Siegermächten neu eingesetzten polnische Administration wurde Wilhelm die Ausreise in den Westen gestattet.

An einem froststarrenden Dezembertag, der Krieg galt offiziell seit sieben Monaten als beendet, begann seine letzte Reise auf dem Bahnhof der Stadt Ortelsburg, die heute Szczycino heißt. Polnische

Jugendliche plünderten die Menschen, die ohnehin nur das Nötigste mitnehmen durften. In Allenstein musste Wilhelm um die Mittagszeit mit einigen anderen Männern aus der Gruppe heraustreten und sich bis auf die Unterhose entkleiden. Auf Befehl dieser Polen wurde er mit seinen Leidensgenossen gezwungen, im klirrenden Frost stundenlang auf dem Bahnsteig zu stehen. Das Weitere geschah zwangsläufig: Er erkrankte, bekam hohes Fieber und starb wenige Tage später an einer Lungenentzündung in der Nähe von Berlin im Zug. Seinen beiden Töchtern wurde von dem sowjetischen Wachpersonal befohlen, den Leichnam auf dem Bahnsteig abzulegen.

Vor meiner Teilnahme an dem Kongress hatte ich beschlossen, zum Allensteiner Bahnhof zu laufen, um dort auf dem schicksalhaften Bahnsteig einige Rosen für meinen Großvater hinzulegen. Ich ging zögerlich einen umständlichen Weg durch das Dunkel der alten Stadt. Ich betrachtete die Jugendstilfassaden der Häuser, ärgerte mich über weiße Kabel, die grob über proportionierte historische Fassaden gezogen waren, die im fahlen Licht der Natriumdampflampen nichts Urbanes an sich hatten. Wo blieb die restauratorische Genialität der Polen? War sie für die einstmaligen deutschen Häuser zu schade?

Als ich das moderne Bahnhofsgebäude betrat, wurde ich von einer älteren Bettlerin angesprochen. In Deutschland gebe ich ungern Geld an die Bittsteller der Straße. Eher biete ich an, ein Brötchen oder etwas zu trinken zu kaufen. Jetzt hatte ich ohnehin kein Ohr für die alte Frau. Meine Gedanken und Gefühle waren bei meinem Großvater. Auf dem Bahnsteig, den mir meine Tante beschrieben

hatte, legte ich Rosen nieder: Baccara, tiefrot. Ich blieb lange stehen, Ruhe überkam mich. In Gedanken versuchte ich, Kontakt zu meinem Großvater aufzubauen: „Großvater Wilhelm, ich bin dein Enkel Dieter. Gerne hätte ich dich kennen gelernt, hätte etwas über dein Leben und das Leben unserer ostpreußischen Familie gehört. Es tut mir leid, dass du ein so schweres Schicksal ertragen musstest. Ich werde dir einen guten Platz in meinem Herzen einräumen, solange ich lebe.“

Wahrnehmung verändern

Während ich dort stand, nahm ich wahr, dass einzelne Passanten mir neugierig oder teilnahmsvoll zusahen. Ich drehte mich um und strebte der Bahnhofshalle zu. Bereits aus großer Entfernung sah ich die Bettlerin am Eingangportal. Mein Gewissen regte sich. „Was wäre gewesen“, ging es mir durch den Kopf, „wenn im Dezember 45 auch nur einer der polnischen Passanten eingegriffen und den Marodeuren Einhalt geboten hätte? Vielleicht hätte mein Großvater noch viele Jahre Leben vor sich gehabt, seine Enkel kennen gelernt.“ Ich holte polnische Zloty aus meinem Portemonnaie, beschleunigte meine Schritte zum Eingang und gab das Geld der alten Frau. Kurz blickte ich in ihre aufleuchtenden, von dunklen Rändern gezeichneten Augen. Ihr „dziękuję“ hörte ich schon aus größerer Entfernung.

Meinen Rückweg zum Hotel wählte ich anders als meinen Hinweg zu der familiären Schicksalsstätte. Vor der Hotelfassade hielt ich inne und freute mich über die gelungene Integration moderner polnischer Architektur Olsztyns in die alten Allensteiner Bauwerke. Ich betrat das helle Foyer und nahm meinen Schlüssel in Empfang.

DEUTSCHES KULTURERBE

Abgabe von Kirchenglocken an polnische Gemeinden

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen über falsche Darstellungen in den Medien

„Von Nazis beschlagnahmte Glocke kehrt nach 77 Jahren nach Polen zurück“ – Mit dieser irreführenden Überschrift verkündete das Bistum Münster um die Jahreswende 2020/21 die vereinbarte Rückführung einer Glocke der Pfarrkirche St. Katharina in Slawentzitz/Ehrenforst, einem Ortsteil der oberschlesischen Kreisstadt Kandrzin-Cosel. Entsprechende Schlagzeilen prägten daraufhin von der „FAZ“ bis zum „Deutschlandfunk“ die Berichterstattung bundesdeutscher Medien, welche die geschichtlich fragwürdige Darstellung der katholischen Diözese unkritisch übernahmen. Dass führende polnische Gazetten ein ähnliches Zerrbild zeichnen, verwundert nicht. Zur sachlichen Aufklärung in der Angelegenheit trug hingegen die *Preußische Allgemeine Zeitung* bei.

Etwa 80.000 Glocken aus ganz Deutschland waren während des Zweiten Weltkrieges von den Behörden konfisziert worden, um ihr Material zur Rohstoffgewinnung für die Rüstungsindustrie zu nutzen. Nach dem Ende des Krieges lagerten viele dieser Objekte auf dem so genannten „Glockenfriedhof“ in Hamburg. Während die meisten der übriggebliebenen Glocken in ihre Heimatgemeinden zurückgeführt wurden, konnten etwa 1300 Glocken aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße nicht mehr zurückkehren, weil sich diese zum gegebenen Zeitpunkt bereits unter polnischer oder sowjetischer Fremdverwal-

tung befanden. Da die Glocken jedoch in Hamburg nicht bleiben konnten, wurden sie als „Patenglocken“ an westdeutsche Kirchengemeinden ausgeliehen. So fand auch die Glocke aus Ehrenforst neben zwei anderen ihren Platz im Innenhof des Kirchengerichts zu Münster in Westfalen.

Geschichtsbewusstsein schulen

In den vergangenen Jahren hatte es mehrere Meldungen von westdeutschen Kirchengemeinden gegeben, die mit Erstaunen festgestellt hatten, dass sie in Besitz von Kirchenglocken aus Ostpreußen, Westpreußen, Ostbrandenburg, Pommern oder Schlesien waren. So ließ die katholische Pfarrei St. Marien in Viersen-Hamm am Niederrhein 2008 eine Leihglocke aus ihrem Kirchturm entfernen und in den bei Danzig gelegenen Ort Langenau bringen, um sie der heute polnischen Gemeinde St. Nikolaus zu übergeben. In ähnlicher Weise verfuhr die katholische Gemeinde Herz Jesu in Mönchengladbach 2015 mit einer Glocke aus dem niederschlesischen Ort Reichenau, die über 50 Jahre die Gläubigen in Rheydt zur Messe in St. Johannes gerufen hatte.

Manfred Rekowski, ehemaliger Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und geboren im masurischen Moythienen, sorgte 2019 dafür, dass ein Abendmahlskelch aus Mensguth in Ostpreußen der heute dort bestehenden evangelisch-augsburgischen Gemeinde überreicht

wurde, welche über ihre Zugehörigkeit zur Pfarrei Passenheim ein partnerschaftliches Verhältnis mit der evangelischen Kirchengemeinde in Mönchengladbach-Rheydt pflegt.

Fehlgeleitete Presseberichte in der Art des Münsteraner Falls begleiteten jeweils das Handeln der Kirchenvertreter. Ob Kirchenglocken oder klerikale Gegenstände, in allen diesen Fällen handelte es sich um deutsches Kulturerbe aus deutschen Kirchengemeinden in deutschen Städten, das durch die Wirren des Krieges seinen Weg in den Westen Deutschlands

gefunden hatte. Bis zur Übergabe an die polnischen Gemeinden im heutigen Ostpreußen, Westpreußen oder Schlesien hatten sich die Gegenstände zu keinem Zeitpunkt auf polnischem Staatsgebiet befunden. Von einer „Rückkehr nach Polen“ kann somit keine Rede sein. Auch kann nur „zurückgegeben“ werden, was dem jeweils anderen zuvor gehörte.

In diesem Zusammenhang sei am Rande auch an die Auslieferung von zumeist aus den preußischen Ostprovinzen stammenden 3661 Kirchenbüchern an die polnische katholische Kirche in den Jahren

2001/2002 durch die Kardinäle Lehmann und Glemp erinnert.

Es ist zu begrüßen, wenn die Kirchen im Sinne der Verständigung Kontakte knüpfen und Partnerschaften mit polnischen Gemeinden pflegen. Die beschriebenen Begebenheiten lassen jedoch ebenfalls deutlich werden, wie gering das Geschichtsbewusstsein in Bezug auf den historischen deutschen Osten in unserem Lande ist. Das in den Westen gerettete ostdeutsche Kulturgut sollte in der Bundesrepublik zur Förderung der Erinnerungskultur eingesetzt werden. Das ist 100 Jahre nach den Volksabstimmungen im südlichen Ostpreußen, im westpreußischen Gebiet Marienwerder und Oberschlesien bitter nötig. Kulturhistorisch besonders wertvolle Objekte sollten zudem dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, dem Ostpreußischen Kulturzentrum in Ellingen, dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen oder anderen für die jeweiligen historischen ostdeutschen Kulturlandschaften zuständigen Institutionen zugeführt werden. Eine solide Replik kann ebenfalls eine freundliche Geste im Sinne von Verständigung und guter Partnerschaft darstellen. Darüber könnten sich auch die Mitglieder der verbliebenen deutschen Volksgruppe in Ostpreußen oder Schlesien freuen, die in Ehrenforst und Mensguth Teil des Gemeindelebens sind.

Jochen Zauner



Im Innenhof des Kirchengerichts: Hans Manek (links) und Thomas Flammer mit Glocke

WIKINGER

Mittelalterliche Seekrieger auf langer Fahrt

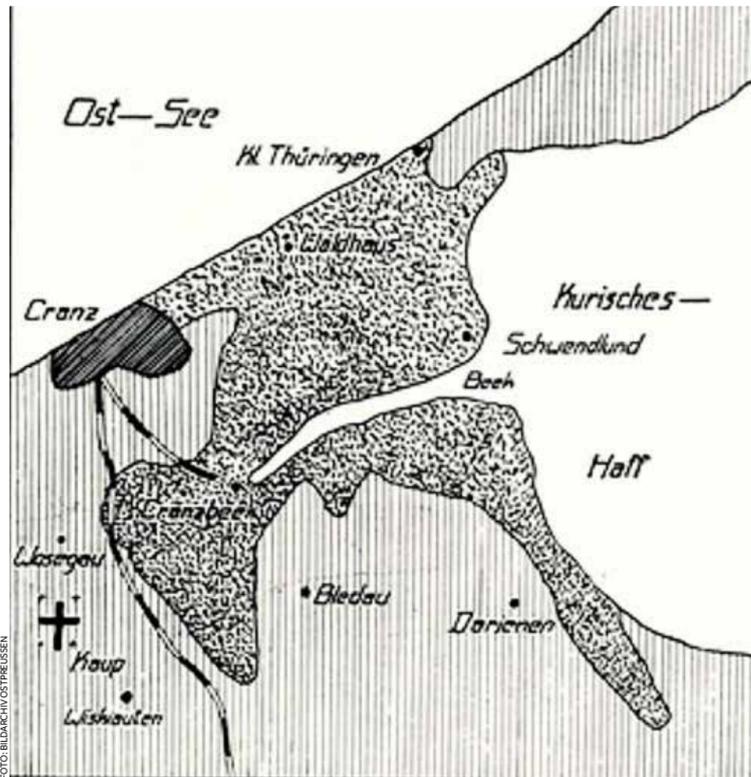
Wie sie reisten, raubten, Handel trieben und letztlich sesshaft wurden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Wikinger nannten sich selbst „Vikinger“, also „Seekrieger auf langer Fahrt weit weg von der Heimat“. Und tatsächlich waren sie vor allem für Raubzüge unter Anwendung mittelalterlicher Blitzkriegstrategien bekannt und berüchtigt. Ihre Expansion begann zum Ende des 5. Jahrhunderts und fand unter anderem im Ostseeraum statt. Von Gotland und der schwedischen Südostküste losgelöst, gründeten die „Nordmänner“ Kolonien im Baltikum. Die erste Expansionswelle dauerte ungefähr bis zum Jahre 800. Ihr folgten die zweite Welle ab 850 und dann schließlich noch eine dritte Welle zwischen etwa 1000 und 1050. Nicht selten drangen die Wikinger dabei auch von der Ostseeküste aus flussaufwärts bis ins Kaspische und Schwarze Meer vor. Es gibt zahllose dramatische Berichte über Plünderungen und Brandschatzungen durch die skandinavischen Krieger, aber mindestens genauso sehr, wie sie Gewalt ausübten, betrieben sie friedlichen Handel.

Der Hanse ähnlich

Im Prinzip schufen die Wikinger sogar ein ähnliches Handelsnetzwerk wie später die Hanse, die ihren Anfang in der Mitte des 12. Jahrhunderts nimmt. Die wichtigsten Wikinger-Stützpunkte im Ostseeraum lagen dabei in Birka (Südostschweden), Grobin beziehungsweise Seeburg (Kurland), Ruß im Memel-Delta, Haithabu bei Schleswig, Paviken auf Gotland und Ralswiek auf Rügen, Reric beim heutigen Großströmkendorf nahe Wismar, Truso am Frischen Haff sowie Julin auf der Insel Wollin. Dazu kam eine weitere Handelsdrehscheibe am Südrand des Kurischen Haffs, wo im Mittelalter noch die direkte Durchfahrt zur Ostsee möglich war. Von deren Existenz zeugen ein großes wikingerzeitliches Gräberfeld und die seit 2005 lokalisierten Reste einer weiträumigen Siedlung, in der Wikinger und Prußen zwi-



Hier wurden rund 500 Hügelgräber entdeckt: Kaup bei Wiskiauten

schen etwa 850 und 1050 Seite an Seite lebten. Die Nekropole in dem Wäldchen namens Kaup unweit des späteren ostpreußischen Dorfes Wiskiauten vier Kilometer südlich von Cranz wurde 1865 beim Straßenbau entdeckt und umfasst 500 Grabhügel, aus denen vorwiegend Fundstücke skandinavischer Herkunft wie Gewandfibern und Schwerter geborgen werden konnten. Allerdings gruben die Archäologen auch Artefakte aus, die von exotischen Plätzen stammten und als Beleg für die weitreichenden Handelsbeziehungen der Wikinger in Wiskiauten dienen können. Dazu gehörte unter anderem eine byzantinische Münze.

Die Leitwährung im Handelsgroßraum der Nordmänner war kein Geld im herkömmlichen Sinne, sondern Hacksilber. Gegenstände aus dem Edelmetall wurden in meist bohnen große Stücke zerteilt, mit denen jegliche Art von Ware bezahlt wurde: Samländischer Bernstein, Walross-Elfenbein aus dem Nordmeer, eiserne Schwerter und Knochenkämme aus Skandinavien, slawischer Schmuck und irische Gürtelschnallen sowie Quecksilber von der Iberischen Halbinsel und Edelsteine aus Asien. Darüber hinaus betrieben die Wikinger einen florierenden Sklavenhandel. So wurden in Wiskiauten wohl auch prußische Frauen als „Exportgut“ nach Skandinavien verschifft.

Ehre für weite Reisen und Reichtum

Bei den Wikingern genossen diejenigen das größte Ansehen, denen es gelang, weit zu reisen und dabei reichlich Beute zu machen. Aber offenbar vermochten erfolgreiche Händler ebenfalls zu hohem Prestige zu gelangen, wenn sie genau wie die Krieger in den Besitz wertvoller und seltener Güter kamen. Darauf deuten jedenfalls diverse archäologische Befunde im Baltikum hin.

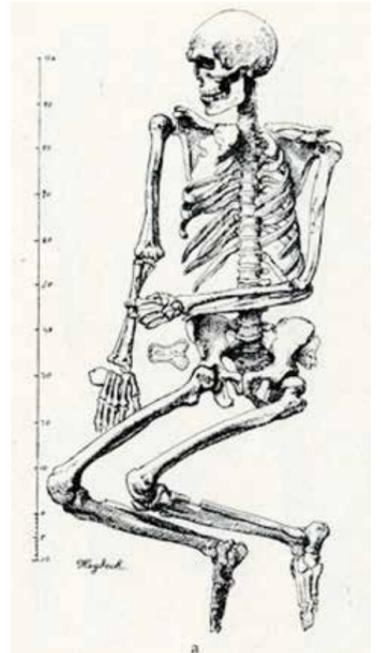
Die Zeit der Wikinger endete in Wiskiauten wie auch anderswo etwa zur Mitte des 11. Jahrhunderts. Einer ihrer letzten Raubzüge wird in der „Yngvars saga víðförla“ (Saga von Yngvar dem Weitgereisten) geschildert und scheiterte 1041 mit dem Tode des Anführers in Russland. Zur gleichen Zeit gelangte Freygeirr mit seinen Gefährten noch bis nach Griechenland und zurück nach Livland, wo er dann ebenfalls im Kampf fiel.

Drei Entwicklungen zum Niedergang

Verantwortlich für den Niedergang waren vor allem drei Entwicklungen: Zum Ersten entstanden nun in vielen Teilen Europas größere Nationalreiche, die mächtige Heere aufstellen konnten, denen die Wikinger mit ihren schnell agierenden, aber kleinen Stoßtrupps wenig entgegenzusetzen hatten. Darüber hinaus wurden die Städte immer stärker befestigt und Ketten von Burgen, welche die Nordmänner ebenfalls nicht so leicht zu erobern vermochten, sicherten den übrigen Raum. Letzteres traf auch auf das Gebiet des späteren Ostpreußen zu.

Und zum Dritten veränderten sich die Wikinger selbst. Ab dem 10. Jahrhundert nahmen sie vermehrt den christlichen Glauben an. Damit konnten die Anführer des Seefahrer- und Kriegervolkes ihren Herrschaftsanspruch auf Gott stützen und waren nicht mehr auf das Gelingen von Raubzügen angewiesen. Das bedeutete wiederum, dass sich die Wikinger in der Diaspora, wie beispiels-

weise in Wiskiauten, entweder in die skandinavischen Reiche Dänemark, Schweden und Norwegen zurückzogen oder in den Außenstützpunkten fernab davon verblieben, wo sie im Laufe der Zeit mit der autochthonen Bevölkerung verschmolzen. Deshalb könnten Menschen, die aus Ostpreußen stammen, durchaus Wikinger unter ihren Vorfahren haben. Und in manchen Fällen lieferten Gendests auch schon den wissenschaftlichen Beweis dafür.



Jungneolithischer liegender „Hocker“ in Kaup bei Wiskiauten: Detailzeichnung nach Heydeck aus dem Jahr 1893. Das Hügelgräberfeld war schon lange vor den Wikingern eine Begräbnisstätte. Die ältesten menschlichen Überreste, die bei Wiskiauten gefunden wurden, stammen aus dem Jungneolithikum, ein Abschnitt der Jungsteinzeit in Mitteleuropa zwischen 4400 und 3500 vor Christus

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

SPORTLICHES JUBILÄUM

Vorläufige Ausschreibung online

Vom 23. bis zum 25. Juni findet das 30. Trakehner Bundesturnier statt

Die Klassiker der Trakehner Bundesturniere sind Jahr für Jahr die Championate der Nachwuchspferde. Vier Equitop Myoplast Reitpferdechampions werden ermittelt und aus ihren Reihen erfolgt die Nominierung für die Bundeschampionate in Warendorf.

Ring um Bestnoten und Titel

Die Trakehner Dressur-, Spring- und Geländepferdechampions wetteifern in den Aufbauprüfungen ihrer Disziplinen bis Klasse M um Bestnoten und Titel.

Der Vielseitigkeits-Nachwuchs, auch Eventing-Nachwuchs genannt, kann in den Geländepferdeprüfungen der Klassen A** und L zudem Qualifikationspunkte für die Bundeschampionate der Vielseitigkeitspferde erwerben.

Im Parcours und auf dem Viereck sind Prüfungen bis zur schweren Klasse ausgeschrieben, dazu kommen die Mannschaftswettkämpfe der Zuchtbezirke in Dressur und Springen, Kombinierte Prüfungen der Klasse A für Nachwuchspferde wie auch für vielseitige Reiter aller Klassen.

Erstmals ist eine Kombinierte Prüfung der Klasse L für Nachwuchspferde ausge-



Eroberte unter Marie Honecke 2020 den Titel des Equitop Myoplast Trakehner Reitpferdechampions der vierjährigen Hengste: Giuliani v. Berlusconi

schrieben, in deren Wertung die Dressur-, Spring- und Geländepferdeprüfungen der Klasse L einfließen.

Seit vielen Jahren ist es aber nicht allein der Sport, der das Trakehner Bundesturnier zu etwas Besonderem macht. Der gemeinschaftliche Einsatz von Organisatoren, Helfern und Sponsoren und die stets spürbare Begeisterung für die Pferde prägen das einzigartige Flair der Turniertage.

Einzigartiger Flair

Ausschließlich aus Sponsorengeldern und Spenden kann die Trakehner-Turniersport-Gemeinschaft e.V. (TTG) die vollständige Finanzierung des dreitägigen Turniers stemmen, dessen Durchführung in den Händen des Trakehner Verbandes liegt. Zahlreiche Sponsoren sind seit Jahren dabei und auch der Trakehner Förderverein zählt zu den großen Unterstützern. Der Standort Westfälisches Pferdezentrum löste Corona-bedingt im vergangenen Jahr nach 15 Jahren das Reiterstadion Hannover ab. Terminlich eingebettet in weitere Veranstaltungen gaben vor allem Planungssicherheit wie auch Routine in der Umsetzung des notwendigen Hygie-

nekonzeptes den Ausschlag, das Turnier auch im laufenden Jahr noch einmal in Westfalen stattfinden zu lassen.

Das Erfolgsmodell

Ein Erfolgsmodell ist im 17. Jahr die Bundesturnier Fohlenauktion des Trakehner Verbandes, die auch in diesem Jahr am 24. Juni einen Höhepunkt der Turniertage zu werden verspricht. Etwa 20 elitäre Fohlen des Jahrgangs 2021 werden auf der im Hybrid-Modus durchgeführten Auktion für Bieterduelle sorgen – wie gewohnt und geliebt am Abend des Turniersonabends und unter freiem Himmel. Ein beachtlicher Prozentsatz der Stars der Bundesturnier Fohlenauktionen tritt erfahrungsgemäß zweijährig beim internationalen Hengstmarkt ins Rampenlicht der Körung. Allein aus den drei zurückliegenden Jahrgängen brillierten dort der amtierende Trakehner Siegerhengst Rheinglanz sowie weitere Sieger- und Prämienhengste.

Die vorläufige Ausschreibung zum Trakehner Bundesturnier 2021 ist über die Internetseite des Trakehner Verbandes www.trakehner-verband.de erreichbar.

PM Trakehner Verband

DEUTSCH-DÄNISCHER KRIEG

Die Seeschlacht von Jasmund

Die Gedächtnssäule auf dem Friedhof von Swinemünde



Das Seegefecht bei Jasmund. Die „Loreley“, die „Nympe“ und die „Sjælland“ (v. l.): Gemälde von Alexander Kirchner

VON ERWIN ROSENTHAL

Auf dem Swinemünder Friedhof an der Friedenstraße [Fryderyka Chopina] befand sich früher eine drei Meter hohe, stählerne Gedächtnssäule. Sie erinnerte an die im Seegefecht vor Jasmund Gefallenen und war das erste öffentliche Denkmal der Stadt. Die Inschrift lautete: „Hier ruhen die im Gefecht bei Jasmund am 17. März 1864 gefallenen Tapferen von S. M. Schiffen ‚Arcona‘ und ‚Nympe‘: Der Steuermann Clemens Clappenrath aus Münster, die Matrosen Karl Schäfer aus Memel, Johann Zühlke aus Bohnsack, Mathias Stoworonski aus Kaschtorec, der Heizer Friedrich Wodersbach aus Kitzkehlen.“

Dänische Blockade

Zwei Tage vor dem Seegefecht hatte Dänemark die Blockade der preußischen Küsten erklärt. Der preußische Geschwaderchef, Kapitän zur See Eduard von Jach-

mann, hatte daraufhin vom preußischen König Wilhelm I. den Auftrag erhalten, die dänischen Schiffe zu vertreiben oder zu überprüfen, ob die angedrohte Blockade überhaupt existiere.

Am 17. März, einem sonnigen Vorfrühlingstag, nahmen die „Arkona“ unter Kapitän Jachmann und die „Nympe“ unter Kapitänleutnant Werner von Swinemünde aus Kurs auf Rügen und stießen vor Jasmund auf die dänische Übermacht. Um 14.30 Uhr eröffnete Jachmann das Feuer. An dem gut zweistündigen Seegefecht war auch der aus Stralsund gekommene Aviso „Loreley“ direkt beteiligt, während die sieben preußischen Kanonenboote irrtümlich in Richtung Granitz vorstießen. In kritischer Lage gelang es Jachmann, das dänische Flaggschiff „Sjælland“, das vom Geschwaderchef Konteradmiral C. E. von Dockum geführt wurde, außer Gefecht zu setzen.

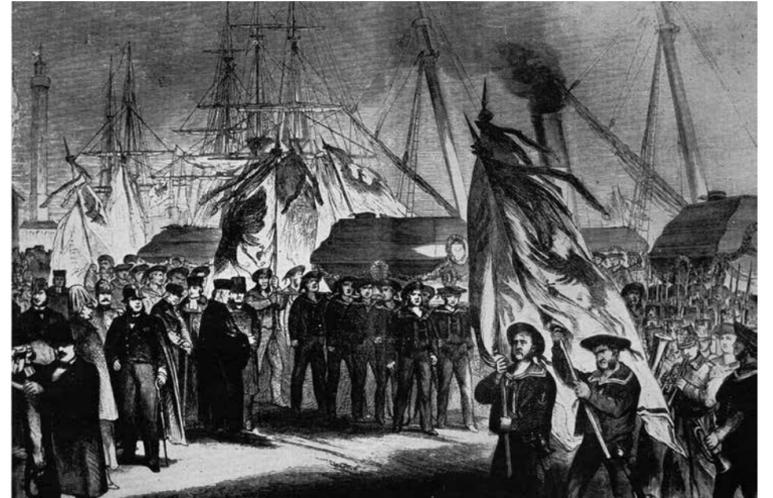
Die junge, im Aufbau befindliche preußische Flotte kehrte anschließend mit ihren schnellen Schiffen zwar nicht als Sie-

ger ihres ersten Seegefechts, aber auch nicht ruhmlos nach Swinemünde beziehungsweise nach Stralsund zurück.

Es verwundert nicht, dass in Swinemünde Tausende am Strand und auf den Molen in banger Sorge dem Kanonendonner gelauscht hatten und nun die in den Hafen zurückkehrenden Schiffe begeistert begrüßten.

Beisetzung unter großer Anteilnahme

Auch an der Beisetzung der Gefallenen nahm die ganze Stadt Anteil. Die Existenz der meisten Einwohner hing vor allem vom Hafen oder von den Gästen des Ostseebades Swinemünde ab. Und viele von ihnen konnten sich noch an den Schleswig-Holsteinischen Krieg von 1848 bis 1851 erinnern, als die dänische Fregatte „Haffrowen“ den Hafen blockiert und damit Handel und Wandel in der Stadt völlig lahmgelegt hatte. Schließlich standen selbst die Bäcker, Fleischer, Kaufleute und Gastwirte vor dem Bankrott, denn die



Begräbnis der im Seegefecht bei Jasmund am 17. März gefallenen preußischen Seeleute zu Swinemünde am 20. März 1864: Zeichnung von Herrmann Scherenberg

Geldbeutel der Einheimischen waren leer, die Badegäste fehlten weitgehend und Schiffe liefen den Hafen nicht mehr an. Die Stadt beschäftigte schließlich die Mehrzahl der Arbeitslosen beim Bau der Chaussee in Richtung Golm und Zirchow. Ein Darlehen von 5000 Talern aus dem Königlichen Mildtätigkeitsfonds, das prompt zurückgezahlt werden musste,

linderte schließlich die größte Not. So etwas sollte sich nicht wiederholen! Am 20. Juli 1864 hoben schließlich die Dänen die kaum wirksam gewordene neuerliche Blockade Swinemüdes auf.

● **Info** Erwin Rosenthal ist Heimatforscher aus Greifswald, gebürtiger Swinemünder.

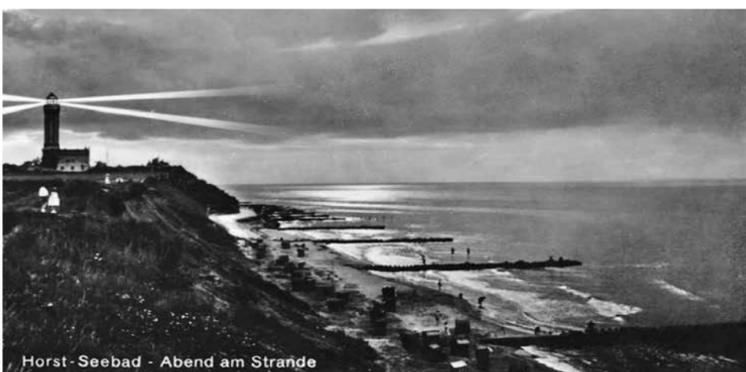


Die Jasmundsäule auf dem Friedhof von Swinemünde: Davon ist nach 1945 nichts geblieben

HINTERPOMMERN

Der Leuchtturm im Seebad Horst

Insgesamt 200 Stufen führen die Besucher zu der Aussichtsgalerie des Wahrzeichens herauf



Horst- Seebad - Abend am Strande

Leuchttürme üben stets eine Faszination auf die Menschen aus und werden sehr gerne besucht. Durch ihre Befeuerung sind sie insbesondere nachts ein weithin sichtbares Schifffahrtszeichen. Das Leuchtfeuer dient der Positionsbestim-

mung als Peilmarke und warnt vor gefährlichen Untiefen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der Schiffsverkehr von und nach dem Hafen Swinemünde zugenommen. Es gab den Swinemünder Leuchtturm, er-

baut im Jahr 1857, doch blieb ein großer Teil der sich östlich anschließenden pommerischen Küste unbeleuchtet, da der nächste Leuchtturm erst im 160 Kilometer entfernten Jershöft stand. Ein weiterer Leuchtturm sollte gebaut werden, die Wahl fiel auf Groß-Horst. Die Steilküste bot gute Bedingungen. Zur Sicherheit wurde der Turm 60 Meter landeinwärts gebaut. Außer der Fläche für die Leuchtturmanlage wurden elf Morgen Ackerland zur Versorgung der Leuchtturmwärter und ihrer Familien erworben.

Am 1. Dezember 1866 wurde der Leuchtturm in Betrieb genommen. Er besaß einen von Ludwig Alexander Veitmeyer in Berlin ausgeführten Leuchtfeuerapparat mit einer Fresnel-Optik erster Ordnung, der zehn Sekunden lang weiße Blitze zeigte, um anschließend zehn Sekunden dunkel zu bleiben. Als Lichtquelle diente eine Öllampe, die jährlich 1943 Ki-

logramm Rapsöl verbrauchte. Drei Leuchtturmwärter teilten sich den Dienst.

1945 wurde die Laterne mitsamt der Optik durch Artilleriebeschuss zerstört. Acht am Leuchtturm angebrachte Sprengladungen wurden von den abziehenden deutschen Truppen nicht gezündet und konnten nach Kriegsende entschärft werden. 1948 wurde der Leuchtturm nach alten Dokumenten wiederhergestellt. Er bekam eine aus Schweden importierte Optik und als Lichtquelle eine elektrische Glühlampe. Am 18. Dezember 1948 nahm der Leuchtturm den Betrieb wieder auf.

Im Frühjahr 1999 begann eine aufwendige Renovierung des Leuchtturms. Heute wird das Feuer von einer 1000-Watt-Glühlampe erzeugt. Alle zehn Sekunden wird ein weißer Lichtblitz ausgesandt, der eine Reichweite von 20 Seemeilen besitzt. Das Kliff ist durch Bühnen und eine Betonmauer vor Abtragung geschützt. BS



„Die Grünen wittern Morgenluft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke für die Nummer elf! Ich bin wieder einmal sehr von der Qualität Ihres Blattes angetan. Weiter so! Und weiterhin so ein dickes Fell“

M. Laux,
Rheinisch-Bergischer Kreis,
zum Thema: Nichtwähler stellen die
stärkste Gruppe (Nr. 11)



Ausgabe Nr. 12

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

INFANTILES STADIUM

ZU: AB IN DIE RUHEPAUSE (NR. 12)

In Deutschland ist die Demokratie – nach dem gescheiterten Intermezzo Weimar – erst 70 Jahre alt und die Bürger sind trotz zweier Diktaturen im letzten Jahrhundert immer noch sehr obrigkeitshörig. Das unterscheidet die bundesrepublikanische „repräsentative Demokratie“ grundlegend von der Schweizer Basis-Demokratie, die seit vielen Jahrhunderten etabliert und bewährt ist und wo der Bürger in Volksentscheiden seine Sicht der Dinge gegen fast das komplette Polit- und Medienestablishment durchsetzen kann, so aktuell das Vermummungs- und Verhüllungsverbot.

Der deutsche Untertan möchte im Grunde einen „guten“ König, Führer, Präsidenten/Kanzler oder eine „Landesmutti“, der oder die alles regelt, sodass man sich nicht selbst um seine ureigensten Probleme kümmern muss, was ja so „anstrengend und komplex“ ist.

Trauriges Fazit: Die Demokratie in Deutschland ist noch immer im infantilen Stadium – und die „regierende Elite“ lebt mit infantilen Untertanen sehr gut, möchte es auf keinen Fall ändern und fördert diesen Zustand mit allen Kräften und Medien. *Dr. Christian Gerth, Haltern am See*

WENN HABECK KANZLER WIRD

KINDER AN DIE MACHT (NR. 12)

Während die CDU/CSU in der Kanzlerfrage völlig zerstritten ist und keiner dem anderen etwas zutraut, wittern die Grünen Morgenluft, derweil die Kanzlerin die Messer für ihre treuen Vasallen schärft. Liebe CDU/CSU, die Zeit bis zur Wahl, voraussichtlich am 26. September, ist denkbar kurz, auch für einen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, das Ruder noch herumreißen zu können, zumal er eine Koalition mit der AfD kategorisch ausgeschlossen hat.

Ich gratuliere dem neuen Kanzler Habeck. Adenauer und Strauß werden im Grab rotieren. Nach der Wahl steht fest,

dass jedes Volk die Regierung bekommt, die es gewählt hat und die es somit auch verdient. Die Nachkriegsgeneration hat recht, wenn sie sagt, ein Glück, dass wir schon so alt sind. Amen!
Bärbel Ballhorn, Ascherleben

BEWEGENDER NACHRUF

ZU: EIN EINZIGARTIGER MUSIKER UND ZEITZEUGE OSTPREUSSISCHEN SCHICKSALS (NR. 12)

Tief bewegt las ich den Nachruf für den Violinisten Michael Wiek. Er war 1995 als Violinist und Vortragender in Plüderhausen, dabei erwarb ich sein Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs“ mit persönlicher Signatur. In Abständen von Jahren hatte ich es zwei Mal gelesen. Jetzt nach dem Nachruf habe ich es zum dritten Mal gelesen und mit Schauern diese Hölle Königsberg nochmal miterlebt. Dank meiner couragierten Mutter (mit vier Kindern) waren wir noch bis Stolp in Pommern gekommen.

Auch dort haben wir genügend Angst und Schrecken erlebt, aber nicht so wie in Königsberg. Das Bemerkenswerteste am Buch von Wiek war mir, dass er keinerlei Hass auf seine Peiniger zum Ausdruck bringt, sondern die Frage aufwirft, wozu Menschen fähig sind und dass diese Anlagen ja in jedem Menschen stecken und zum Ausbruch kommen können.

Gelernt hat man nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wohl nichts. Denn seitdem toben weltweit Kriege, Stellvertreterkriege und kriegerische Auseinandersetzungen mit unvorstellbaren Flüchtlingsproblemen, die zwar bedauert und gleichzeitig aus unterschiedlichen Interessen am Kochen gehalten werden. Nicht einmal Corona kann diese Entwicklung aufhalten. Wir können nicht dankbar genug sein, dass wir in Europa in der wohl noch nie dagewesenen längsten Friedenszeit leben dürfen. Das ist nicht selbstverständlich. Wer meint, dass es ihm schlecht geht, soll bitte das Buch von Michael Wiek lesen. Denn bald gibt es keine Zeitzeugen mehr. *Fritz Steinbacher, Plüderhausen*

EINE FAST VERGESSENE UNTAT

ZU: ALS OBERSCHLESILIEN GETEILT WURDE (NR. 11)

Die Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März vor 100 Jahren, der trotz eines Resultats von fast 60 Prozent für Deutschland eine Abtrennung des ober-schlesischen Industrierevierts an Polen folgte, bietet Anlass, an den Volkstums-kampf der Sudetendeutschen zu erinnern. Diese waren gegen ihren Willen in die 1918/19 gegründete Tschechoslowakei hineingepresst worden.

Vom Recht auf Selbstbestimmung, wie es der US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) den Völkern Österreich-Ungarns allenthalben zusprach, war für die Sudetendeutschen nicht die Rede. Als sie in den Tagen vom 3. bis 5. März 1919, vor allem auf Initiative der sudetendeutschen Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden Josef Seliger, friedlich für eben dieses Recht demonstrierten, zerschlug tschechoslowakisches Militär die Kundgebungen. 54 sudetendeutsche Tote, darunter zwei jüdische Mitbürger, und über 100 Schwerverletzte waren zu beklagen. Die Opfer wurden nie entschädigt, die Täter nicht festgestellt.

Der Tschechoslowakei gelang es, eine Untersuchung der Massaker durch andere Länder zu verhindern. Deshalb wurde die Gewalt an den Sudetendeutschen in der Welt kaum zur Kenntnis genommen.

Eine Ausnahme bildete die neutrale Schweiz. So kommentierte die „Neue Zürcher Zeitung“ am 6. März 1919 die tschechoslowakischen Verbrechen mit folgenden Worten: „Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte tschechischer Brutalität gegen die deutschböhmenischen Demonstranten erwecken die größte Erbitterung. Nachdem schon vorgestern in Karlsbad, Reichenberg, Eger, Aussig, Sternberg, Brüx, Mies und Neutitschein das tschechoslowakische Militär mit Salvenfeuer und Bajonetten gegen die deutsche Bevölkerung gewütet hatte, die sich zu durchaus friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Böhmens zusammengefunden

hatte, haben gestern tschechoslowakische Soldaten in Kaaden und Karlsbad erneut Grausamkeiten gegen Deutsche verübt.“

Dr. Walter Kreul, Germering

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE NULL

ZU: ANTRAGSTELLER IM HINDER-NISLAUF (NR. 12)

Meines Erachtens muss niemand in der Regierung Stolz auf die missratenen Maßnahmen zeigen. Schon die Mehrwertsteuererosse in der Gastronomie war ein steuerlicher und betriebswirtschaftlicher GAU. Finanzminister Olaf Scholz hat die Possen mit der Umsatzerstattung zu 75 Prozent an notleidende Unternehmer fortgesetzt. Das ist Irrsinn und ein betriebswirtschaftlich völlig falscher Ansatz. Folgen: totales Chaos, tausend neue Nebenbedingungen. Viele betrügen, viele bereichern sich und viele Zombiunternehmen werden die Darlehen nicht zurückzahlen.

Darüber denken Politiker nicht nach, denn sie können nicht ökonomisch denken, weil sie das nicht lernten. Gesundheitsminister Jens Spahn, der zwei Jahre Bankkaufmann gelernt hat, hat bereits bewiesen, dass er zu kaufmännischen Tätigkeiten wie Maskeneinkäufen nicht fähig ist. *Albert W. Scheer, Schneverdingen*

NOCH EIN WEITERER FALL

VON EINEM „MORD“, DER KEINER WAR (NR. 12)

Ich hätte noch einen ergänzenden Fall, wo zwei Farbige tatsächlich zum Mordopfer wurden. Aber das geschah nicht aus Rassismus, sondern aus Raffgier eines DDR-Geheimdienstoffiziers.

Bei den Recherchen zu dem Fall erfuhr ich, dass im Raum Lutherstadt Wittenberg auf einer deutschen Kriegsgräberstätte heimlich bei Nacht und Nebel zwei Mordopfer entsorgt worden waren, einfach weil man aus konspirativen Gründen keinen besseren Platz für sie wusste. *Henrik Schulze, Jüterbog*

ANZEIGE

Das Wie und Warum einer uralten Tradition: Ein Meisterwerk vom »König des Fermentierens«

■ Mit *Die Kunst des Fermentierens* liegt nun erstmals das vollständige Hauptwerk des weltweit wohl prominentesten Fermentierers in deutscher Sprache vor. Es ist das Standardwerk zum Thema. Umfassend und anschaulich wie kein anderes Buch bringt es Ihnen die historischen, wissenschaftlichen und praktischen Facetten der Vergärung durch Bakterien und Pilze nahe. Sandor Katz zeigt Ihnen, wie Sie Lebensmittel durch Fermentierung herstellen und haltbar machen. Darüber hinaus hat er Rezepte in einer Fülle zusammengetragen, die Sie sonst nirgendwo finden werden.

Dieses großzügig und liebevoll illustrierte Meisterwerk ist nicht zuletzt ein Appell, sich wieder auf die uralte Tradition des Fermentierens zu besinnen. Schließlich bietet sie uns eine ganze Reihe von Vorteilen. Wenn wir Nahrung selbst fermentieren, werden wir nicht nur mit Lebensmitteln beschenkt, die gesund sind und hervorragend schmecken. Wir sagen gleichzeitig Nein zur industriellen Herstellung von Nahrung, die uns krank macht und die Umwelt zerstört.

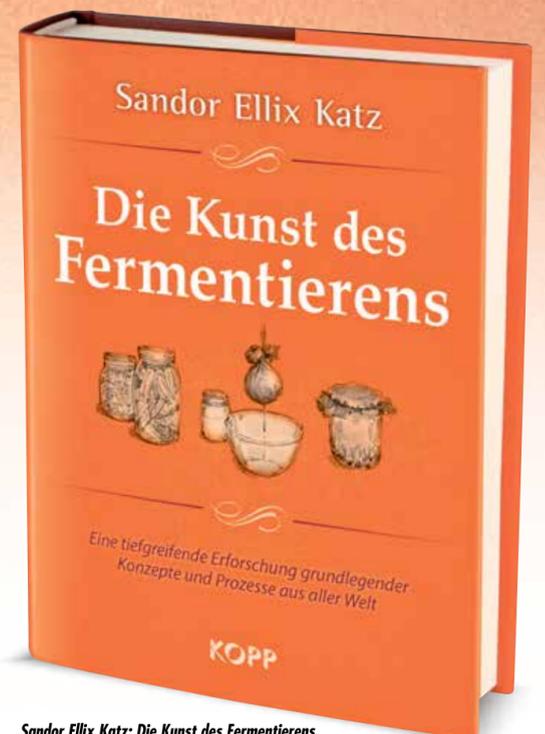
Hier finden Sie essenzielles Wissen für Köche, Selbstversorger, Bauern, Ährenleser, Jäger und Sammler sowie Gourmets jeder Art, die mehr über die wohl älteste Form der Lebensmittelkonservierung und einen wichtigen Bestandteil ihrer Kultur erfahren wollen.

Neben dem flammenden Appell, sich zu gesunden Nahrungsmitteln und zu deren natürlicher Verarbeitung zu beken-

nen, ist dieser Klassiker aber auch ein Kochbuch mit Rezeptsammlung. Und was für eines! Der Autor hat über Jahrzehnte Rezepte aus verschiedensten Ländern und Epochen zusammengetragen. Und so finden Sie auf fast 400 Seiten leicht umsetzbare Anregungen zur Zubereitung von Gemüse, Früchten, Nüssen, Samen, Getreide, Fleisch, Fisch, sauren Tonic-Getränken, Milch und Eiern, zur Umwandlung von Zicker zu Alkohol (Met, Wein und Cidre) sowie zur Züchtung von Schimmelpilzkulturen. Kein anderes Buch zur Fermentierung bietet Ihnen eine derartige Fülle an Rezepten und Ideen. Und kaum ein Buch animiert einen so sehr, die leckeren Anregungen sofort auszuprobieren.

Aber nicht nur das hat dieses Werk zum Klassiker gemacht. Der »König des Fermentierens« zeigt Ihnen auch, welche Anwendungsmöglichkeiten es außerhalb des Lebensmittelbereichs gibt: etwa bei der Abfallentsorgung, der Schädlingsbekämpfung und bei der Erzeugung von hochwertigem Kompost oder auch bei der Energiegewinnung!

Die Kunst des Fermentierens ist der umfassendste je veröffentlichte Ratgeber für die Do-it-yourself-Fermentierung!



Sandor Ellix Katz: *Die Kunst des Fermentierens*
gebunden • 621 Seiten • zahlreiche Illustrationen +
32-seitiger Farbbildteil • Best.-Nr. 945 800 • 29,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

RADTOUR

Auf den Spuren der fränkischen Hohenzollern

Im Frühling werden viele Lockdown-Geplagte ihre Räder wieder fit machen – Ein Ausflug im Zollernland in und um Nürnberg

VON HELGA SCHNEHAGEN

Franken ist Zollernland und Franken ist ein Dorado für Radfahrer. Beides verbindet sich auf dem 95 Kilometer langen Erlebnisradweg Hohenzollern in perfekter Weise, wenn man dem Stammwappen der Hohenzollern mit dem schwarz-weiß gevierteilten Schild folgt.

Der gut ausgebaute Radweg von Nürnberg nach Ansbach begleitet Pegnitz, Regnitz, Zenn und Fränkische Rezat, führt unter dem Rhein-Main-Donau-Kanal hindurch, überquert Bibert und Aurach. Auf romantischen Uferwegen, entlang Wiesen, Feldern und durch Wälder verfolgt er über Cadolzburg und Heilsbrunn die Karriere der fränkischen Hohenzollern, die als Burggrafen, Kurfürsten, Markgrafen und Herzöge den Grundstein zu Preußens Gloria als Königreich legten.

Mit An- und Abreisetag kann man aus der Strecke daher gut eine Sechs-Tage-Reise machen. Die Tour beginnt auf der mächtigen Doppelburg der Kaiser und Burggrafen am Rand der Nürnberger Altstadt. Hier machten die Zollern, wie die Hohenzollern im Mittelalter meist noch genannt wurden, ihren ersten entscheidenden Karriereschritt. Durch die Ehe mit Sophia von Raabs, die bruderlos blieb, erbte Friedrich III. von Zollern nach dem Tod des Schwiegervaters Konrad II. von Raabs im Jahr 1191 dessen Amt als Burggraf. Als Burggraf Friedrich I. ließ er die Vorburg, seinen Wohnsitz, neu erbauen. Ihre Reste sind spärlich: 1420 wurde die Burggrafenburg bis auf Fünfeckturn und Walpurgiskapelle weitgehend zerstört.

Besuch bei Ludwig Erhard

1427 verkauften die Burggrafen ihren Anteil der Burganlage an die Stadt Nürnberg. Vergessen hatten die Hohenzollern ihn nie: Jahrhunderte später noch musste Ludwig II. von Bayern nach der Niederlage gegen Preußen 1866 König Wilhelm I.



War einst Burggrafensitz der fränkischen Hohenzollern und ist Ausgangspunkt der Radreise: Die Kaiserburg von Nürnberg

die Mitbenutzung der „Burg seiner Väter“ einräumen. Auch Kaiser Wilhelm II. hat die Burg mehrfach bewohnt und nicht versäumt, sich bis zuletzt als „Burggraf von Nürnberg“ zu bezeichnen.

Beim „Burgwächter“, einem in die Burgmauern eingelassenen Traditions-Lokal, begegnet man der typisch fränkischen Bratwurstküche. Auf der Karte stehen gebratene, geräucherte und im Essig-/Weinsud gegarte „blaue“ Bratwürste zu Kartoffelsalat, Sauerkraut und Bauernbrot – sofern die gegenwärtige Corona-Situation es zulässt.

Mit wehmütigem Blick auf die originale Kettenbrücke und den malerischen Henkersteg verlässt man Nürnberg über die Maxbrücke. Nomen ist nicht immer Omen. Nach acht Kilometern Bilderbuchfahrt erreicht man Fürth, wechselt von der Pegnitz an die Regnitz, von den Burggrafen von Nürnberg zu den Markgrafen

von Brandenburg-Ansbach und deren Nachfolgern, den Königen von Preußen. Der Weg ins Zentrum führt über die breite Königstraße, die Freiherr Karl August von Hardenberg, Preußens Statthalter in Franken, zur Verbesserung der Infrastruktur nach Nürnberg anlegen ließ. Die ganze Geschichte präsentiert das zentrale Stadtmuseum in der Ottostraße 2.

In der Fußgängerzone erinnert der moderne Dreiherrnenbrunnen an die zwischen den Bischöfen von Bamberg, den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und der Reichsstadt Nürnberg über Jahrhunderte dreigeteilte Herrschaft. Die Rückgabe der Vogtei Fürth durch die Burggrafen löste 1314 einen Dauerstreit aus, bis Preußen 1792 Alleinherrscher wurde und dem Gerangel ein Ende setzte.

Wo heute das Fürther Rathaus im Stil des Palazzo Vecchio ein Hauch von Florenz versprüht, stand einst das Markgräf-

liche Schloss. Neben an wurde 1897 Ludwig Erhard geboren. Seit 2018 feiert dort das Ludwig-Erhard-Forum den „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“.

Kaiserliche Geschenke

Die Markgrafen hatten sich mit dem Recht, durch Geleitdienste Reisende und Waren gegen Überfälle und Gewalt zu be-



Dem Preußenwappen folgen: Wegweiser für Hohenzollernradweg nach Fürth

schützen, die Kassen gefüllt. An die königlich-preußischen Landesherren Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. erinnern im Stadtmuseum wertvolle Medaillen des berühmten Hofjuweliers Johann Christian Reich.

Zur Erholung im Grünen lockt die „Milchgstätt“ mitten im Fürther Stadtpark. Derart gestärkt gelangt man nach 19 Kilometern in Langenzenn an. Da mit dem Burggrafenamt nur wenig Grundbesitz verbunden war, waren die Zollern schon früh bestrebt, ihre territoriale Machtbasis zu erweitern. Dabei kam Langenzenn 1248 durch Erbschaft an den Burggrafen Konrad I. Wie in Fürth endete die Hohenzollern-Herrschaft 1806. Das Alte Rathaus zeigt, dass sich Langenzenn sein Stadtwappen immer noch von den Hohenzollern „leiht“.

Eine auf wundersame Weise beim Brand von 1388 verschonte rußgeschwärzte hölzerne Marienstatue machte Langenzenn fast 150 Jahre lang zum Ziel großer Wallfahrten. Zu ihrer Förderung stifteten die Burggrafen Johann III. und Friedrich VI. 1409 ein Augustiner-Chorherrenstift, das als solches bis 1533 bestand. Die Klosterbauten mit dem herrlichen gotischen Kreuzgang stehen bis heute. Erhalten blieb auch die Verbindung zur Gründerfamilie. So schenkten Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. der späteren Stadtkirche noch Ende des 19. Jahrhunderts zwei großartige Chorfenster, die ihre fränkischen Wurzeln prominent in Szenen setzen. In der frisch sanierten Kirche leuchten sie jetzt wieder in kräftigen Farben.

● **Infos** www.erlebnisradweg-hohenzollern.de; Bahnanschlüsse: www.vgn.de; Fahrrad/E-Bike-Verleih: rent a bike, Dovestraße 10, 90459 Nürnberg, Telefon (0171) 1710022; Übernachtung Hotel Streichele, Knorrstraße 8, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 202280, Hotel Seerose, Gräfenweg 13, 90579 Langenzenn/Horbach, Telefon (09101) 90940

TAUBERTAL

Eine Prise Romantik

Ferienregion „Liebliches Taubertal“ feiert 70. Geburtstag mit zahlreichen Veranstaltungen

Städte wie Rothenburg ob der Tauber oder Tauberbischofsheim gelten wegen ihrer mittelalterlichen Stadtkerne im Ausland als Inbegriff deutscher Romantik. Bis vor 2020 zogen vor allem asiatische Touristen in Massen durch diese Orte im nordöstlichen Teil Baden-Württembergs. Da das in Corona-Jahren ausgeschlossen ist, wirbt man verstärkt um inländische Besucher, die ohnehin kaum ins Ausland verreisen werden. Mit vielen Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums „70 Jahre Liebliches Taubertal“ lockt man 2021 die Besucher in diese Ferienlandschaft, durch die auch die Romantische Straße führt und in der das ehemalige Deutschordensschloss von Bad Mergentheim liegt.

Start der Jubiläumsveranstaltungen ist am 10. April mit einer – allerdings nur virtuellen – Weinprobe auf dem Jakobshof in Markelsheim. Zum Preis von 49,90 Euro konnte man Weinpakete erwerben und zu Hause per Videoschaltung an einer Weinverkostung teilnehmen. Das Taubertal ist nicht nur bekannt als Weinregion, sondern auch als El Dorado für Radfahrer. Der Taubertalradweg führt auf 101 Kilometern von Rothenburg ob der Tauber bis nach Wertheim an der Mündung der Tauber in den Main. Passend dazu finden vie-

lerorts Radsternfahrten statt und vom 10. bis 19. Mai die Ausstellung „Außergewöhnliche Fahrräder“ in der Tauber-Philharmonie von Weikersheim.

Ein Jubiläums-Höhepunkt dürfte die Oldtimer-Ausfahrt am 19. Juni sein – sofern es die Corona-Lage zulässt. Startpunkt ist in Lauda, wo vom 18. bis 20. Juni ein Weinfest stattfindet und von wo es

dann die Weinstraße Taubertal entlanggeht, ehe der Marktplatz in Tauberbischofsheim angesteuert wird. Bei musikalischer Umrahmung zieht der Tross weiter nach Kloster Bronnbach. Hier ist ein Stopp mit Klosterführung und Mittagsimbiss vorgesehen. Danach werden die Karossen die Altstadt von Wertheim durchfahren. Nächste Station ist der Platz vor



Einzug der Nostalgiker: Oldtimer auf dem Marktplatz von Tauberbischofsheim

dem Kilsheimer Schloss, von wo aus es schließlich über Dittwar, Heckfeld und Beckstein wieder zurück nach Lauda geht. Teilnahmeberechtigt sind alle Besitzer von Pkw, die mindestens 30 Jahre alt sind. Alle Fahrzeuge müssen vorschriftsmäßig versichert sein und ein amtliches Kennzeichen haben. Eine Anmeldung ist bis zum 15. Mai möglich.

Eisenbahnfreunde dürfen sich hingegen am 19. September auf eine nostalgische Dampfzug-Sonderfahrt freuen, die vom Taubertal aus nach Mannheim führt.

In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstädten und -gemeinden stellt der Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ zudem das kulinarische Profil dieser Landschaft vor. Dazu gehören Wildgerichte, Erzeugnisse aus der Schweinezucht, der Grünkern, Bachforelle, die bekannten Taubertaler Weine sowie die an der Tauber gebrauten Biere oder Edelobstbrände. Wichtigster Termin ist hier die große Weinprobe am 23. Oktober in Bad Mergentheim. Harald Tews

● **Alle Termine**, Informationen, aktuelle Hinweise zur Corona-Situation und Anmeldungen zu Veranstaltungen gibt es im Internet unter: www.liebliches-taubertal.de

NEUE FLUGLINIE

Von Lübeck nach Salzburg

Regionalflyghäfen haben es in Corona-Zeiten besonders schwer. Viele bangen um ihre Existenz, da sie wegen der Reisebeschränkungen von den Billigfluggesellschaften, die dort ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor waren, im Stich gelassen werden. Davon betroffen ist auch der Flughafen Lübeck-Blankensee, der früher von Ryanair angefliegen wurde. Zumindest hier gibt es einen Hoffnungsschimmer. Vom 3. Juli an werden erstmals Nonstop-Flüge nach Salzburg angeboten. Möglich macht das Lübeck Air, eine junge deutsche Startup-Airline. Davon können auch Ferienanbieter im Salzburger Land profitieren. Zwischen Tennengebirge und Dachstein eröffnen sich viele Möglichkeiten zum Wandern und Radfahren. Ein Tipp ist die täglich geöffnete Gutjahr-Alm im Landschafts-Schutzgebiet Egelsee mit dem „Bergpanorama-Strand“ und einem traumhaften Ausblick in die Hohen Tauern. Übernachten kann man zum Beispiel im Aktiv- und Wellnesshotel Gutjahr in Abtenau, das vom Salzburger Mozart-Airport nur eine halbe Autostunde entfernt ist. Infos: www.gutjahr.at. H. Tews

● FÜR SIE GELESEN

Spannende Reportage

Der Hamburger Buchautor und Journalist Wolf-Ulrich Cropp hat im Laufe von Jahrzehnten Abenteuerreisen in mehreren Erdteilen und Seereisen auf fernen Weltmeeren unternommen, die er in spannenden Büchern verarbeitet hat.

In Thailand wollte er eigentlich nur Urlaub machen und die Seele baumeln lassen. Da wenden sich die Eltern eines ehemaligen Freundes an ihn mit der Bitte, abseits von den Touristenhochburgen nach ihrem von der Spur gekommenen Sohn Klaus Ausschau zu halten. Dies wird für Cropp zum Anlass für eine monatelange Reise durch die herrlichen Tropen, die ihn zu den grandiosen Schauplätzen, aber auch zu den Abgründen Thailands führt, an Orte, wo der Drogenhandel und die Prostitution das Leben zahlloser Menschen bestimmen.

Suche nach dem verlorenen Sohn

In seinem Buch „Eine Tigerfrau. Spurensuche in Thailand und Myanmar“ berichtet der Autor in einer fesselnden Reportage über seine Erkundung des asiatischen Landes von dessen südlichen „Rüssel“ über Bangkok und Pattaya, das „Sodom und Gomorrha Asiens“, bis nach Chiang Mai und Chiang Rai im Norden. Von dort gelangt er über verbotene Dschungelpfade ins Goldene Dreieck, das Grenzgebiet zwischen Thailand, Burma und Vietnam. Der Name wurde zum Inbegriff für das Leid und Elend drogenabhängiger Menschen weltweit, doch seine Bedeutung als Opiumlieferant war durch die Drogenproduktion Afghanistans gesunken. Daraufhin verlegten sich die Akha, Karen und anderen Bergvölker auf die Herstellung synthetischer Drogen.

Seine Spurensuche führt den Autor schließlich zu einem abgelegenen Guest House mit einem atemberaubenden Blick ins Tal auf Terrassenfelder und Regenwald. Zu den bedeutenden Orten und Stätten erfahren die Leser wichtige historische Fakten und Legenden. Lebhaft und dialogreich schildert Cropp seine Begegnungen mit Einheimischen und Fremden, den farang genannten „Weißen“. Unter Letzteren sind nicht wenige in den Diamanten- und Drogenhandel verwickelte Europäer und Amerikaner. Sie führen ein Leben am Rande des Abgrunds. Manche sind mit jungen einheimischen Frauen liiert, die sich aufgrund ihrer Armut prostituieren. Eine von ihnen, Sami, erkennt Cropp am Eingang des Zoos von Bangkok in einer Tigerfrau wieder, wo sie als touristische Attraktion mit einem riesigen Königstiger kuschelt.

Aus Neugier unterzieht er sich in einem buddhistischen Kloster einem qualvollen Initiationsritual. Hier lässt er sich für einige Wochen als Beobachter nieder und grübelt über die verschlüsselten Weisheitslehren des Abtes nach. Zurück in der Welt, erhält er auf seinem „tausend Meilen weiten Pfad zu sich selbst“ gleich die erste Gelegenheit für einen wichtigen Lernschritt.

Dagmar Jestrzemska

Wolf-Ulrich Cropp: „Eine Tigerfrau. Spurensuche in Thailand und Myanmar“, Verlag Expeditionen, Hamburg, 2. aktualisierte Neuauflage 2020, broschiert, 415 Seiten, 14,90 Euro



MEDIZINRATGEBER

Die Sehkraft erhalten

Wie wichtig gutes Sehen ist, macht sich oft erst im Alter oder wenn es Probleme gibt bemerkbar. Die Physikerin und Heilpraktikerin Beate Rinderer zeigt, wie jeder Einzelne sein Augenlicht pflegen kann

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wissen rund ums Auge Wie ist das menschliche Auge aufgebaut, wie funktioniert es und welche Augenkrankheiten gibt es? Mit diesen einführenden Erklärungen beginnt Beate Rinderers Ratgeber „Natürlich besser

sehen“. Im Anschluss gibt sie aufschlussreiche Informationen und Tipps für alternative Behandlungsmöglichkeiten und vorbeugende Verhaltensweisen etwa durch einen gesunden Lebensstil.

MRK

Beate Rinderer: „Natürlich besser sehen. Sehkraft ganzheitlich verbessern und erhalten“, Humboldt Verlag, Hannover 2021, kartoniert, 132 Seiten, 19,99 Euro

KARTOGRAPHIE

Nützlich zur Bibellektüre

Der bewährte Bibelatlas des Brunnen-Verlages liegt in einer überarbeiteten Form mit aktualisierten Karten vor

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Der „Bibelatlas“ des Brunnen-Verlages ist nicht neu. Es gibt ihn schon seit 1989, und er wurde seitdem in 25 Sprachen weltweit übersetzt. Im November 2020 erschien nun eine völlig überarbeitete Version des Heftes von Tim Dowley. Auf 32 Seiten finden sich 30 vierfarbige Karten mit Zusatzinformationen zu jeder Karte, ein Ortsregister, eine Einführung und ein Inhaltsverzeichnis zur schnellen Handhabung.

Die Bibel ohne Ortsangaben und Reiseberichte wäre höchstens halb so dick, aber auch nur halb so nahbar. Die Wanderungen Abrahams ins Land Kanaan, Moses Auszug aus Ägypten oder die zahlreichen Missionsreisen Paulus sind nur drei Beispiele für Abenteuer, die immer auch mit Reisen und verschiedenen Situationen in verschiedenen Orten verbunden sind. Häufig ist in der Bibel eine Karte auf der inneren Umschlagseite zu finden, aber das Blättern ist nicht so einfach. Oft sind diese Karten klein, sodass der interessierte Leser die Nachverfolgung einer Reise bald sein lässt. Daher ist es ein echter Luxus, wenn man sich neben den Bibeltext eine große Karte legen kann.

Das Inhaltsverzeichnis ist den Bibelgeschichten entsprechend chronologisch gestaltet. Es beginnt mit einer Überblickskarte „Das Land der Bibel“ und wird gefolgt von einer doppelseitigen Karte mit der eingezeichneten Wegstrecke Abrahams von Ur nach Kanaan. Auf dieser Kar-

te findet der Leser eine der wenigen nicht-kartographischen Graphiken. In diesem Fall handelt es sich um eine Rekonstruktion einer mesopotamischen Zikkurat (Tempelturm). Eine zweite kleine Karte ist eingefügt und zeigt eine Detailsicht des Landes Kanaan. Die Reiseberichte in der Bibel sind unter Nennung der Bibelstelle kurz zusammengefasst, sodass Bibellektüre auch von der Karte ausgehen kann.

Die Karte 21 „Jerusalem zur Zeit Jesu“ sticht besonders hervor. Der Stadtplan ist als Topogramm gehalten, zeigt aber alle wichtigen Stätten der letzten Tage Jesu in Jerusalem. Die Maßstäbe sind in den Einheiten Kilometer und Meilen angegeben.

Nicht immer hießen Orte gleich. So wurde aus Jebus Jerusalem und aus Sebaste Samaria. Dies wird anhand von Klammern kenntlich gemacht.

Was dem Atlas fehlt ist eine wissenschaftliche Einordnung. Wieso gibt es hinter einigen Ortsnamen Fragezeichen? Weshalb werden diese und nicht andere Karten gezeigt? Und wie steht es mit historisch gesicherten Erkenntnissen der Reiserouten? Antworten auf diese und weitere Fragen wären, wenn auch nur im Vorwort, wünschenswert.



Tim Dowley: „Brunnen Bibelatlas“, Brunnen Verlag, Gießen 2020, geheftet, 32 Seiten, 9,90 Euro

WIRTSCHAFT

Warnung vor dem Diktat der Konzerne

Der Wirtschaftsjournalist Alexander Hagelücken hat den Vormarsch der Kryptowährungen und des bargeldlosen Zahlens unter die Lupe genommen

VON DIRK KLOSE

Kürzlich wurde gemeldet, der Autohersteller Tesla werde künftig Zahlungen für seine Autos in Bitcoin akzeptieren. Facebook hatte schon 2019 Pläne für die weltweite Kryptowährung Libra vorgestellt. Nimmt man hinzu, dass das seit Generationen gültige „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ in der Nullzinsphase so gut wie obsolet geworden ist und Bargeld immer mehr durch bargeldloses Zahlen abgelöst wird, dann stehen wir in der Tat, wie Alexander Hagelückens Buch sagt, vor einem „Ende des Geldes, wie wir es kennen“. Der Autor, Wirtschaftsredakteur der „Süddeutschen Zeitung“, konzentriert sich auf drei Komplexe: auf den zunehmend bargeldlosen Zahlungsverkehr, auf die Folgen der Finanzkrise von 2008 und schließlich auf die zitierten Krypto- oder Digitalwährungen wie Bitcoin und Libra (nur die bekanntesten von mittlerweile 3000 in aller Welt) als Gefahr für das traditionelle Währungssystem.

Jeder einzelne kennt das bargeldlose Bezahlen in allen Lebensbereichen. Deutschland und Österreich sind noch Schlusslichter. In Schweden sollen bald alle Zahlungen bargeldlos erfolgen, selbst die Kollekte in den Kirchen wird per Karte „eingesammelt“. Aus digitaler Bezahlung werde rasch, so warnt Hagelücken, eine digitale Diktatur gewinnigerer Konzerne.

Die vielkritisierte Politik der EZB sieht der Autor ambivalent. Einerseits sei

das Euro-System gerettet, andererseits aber seien unzählige Sparer um ihre Altersvorsorge gebracht worden, während die kleine Schicht Wohlhabender noch reicher geworden sei. Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust in den Staat seien die Folge. Finanzpolitik, so Hagelücken, müsse auch und vorrangig Sozialpolitik sein.

Die letzten Kapitel behandeln die für den Laien kaum überschaubaren Währungen Bitcoin und Libra. Vor allem die Lira könnte angesichts der weltweiten Macht von Facebook zu einer echten Bedrohung des traditionellen Währungssystems werden. Noch stehen wir, warnt der Autor, am Anfang einer Entwicklung, aber vor allem die EU und die USA müssten sich gemeinsam dagegen wappnen.

Es ist ein hoch spannendes Buch, dessen Thematik letztlich jeden einzelnen angeht. Wie so oft bei derart faktenreichen Analysen fällt dann die Therapie etwas mager aus, aber wichtig ist doch, ein schärferes Problembewusstsein zu schaffen. Geld hat schließlich jede und jeder; was mit ihm geschieht, spüren wir alle unmittelbar.



Alexander Hagelücken: „Das Ende des Geldes, wie wir es kennen. Der Angriff auf Zinsen, Bargeld und Staatswährungen“, C.H.Beck Verlag, München 2020, broschiert, 224 Seiten, 16 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.



Meschkinnes
 Der Ur-Bärenfang
 50 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5692 26,45 €



Tapi
 Original Bärenfang
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5695 26,45 €



Pikkaller
 Edel-Machandel
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5696 21,95 €

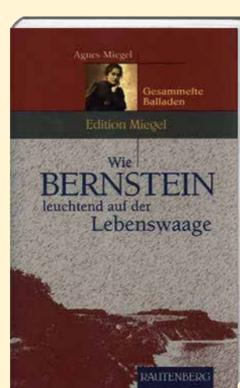


Danziger Goldwasser
 Danziger Liqueur
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5811 24,95 €



Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
 Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
 240 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533169 12,95 €

Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreißig Meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig aufsteigen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst miterleben.



Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtet auf der Lebenswaage
 Gesammelte Balladen
 Edition Miegel
 Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1798 12,95 €



Agnes Miegel
Spaziergänge einer Ostpreußin
 Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
 Von 1923 bis 1926 schrieb Agnes Miegel für die „Ostpreußische Zeitung“ die Serie „Spaziergänge einer Ostpreußin“. Insgesamt sind 44 Texte erschienen, von denen hier die schönsten und aufschlussreichsten versammelt sind. Sie lassen die untergegangene ostpreußische Welt wieder aufliegen. 144 Seiten/Geb.
 Nr. P 533128 12,95 €



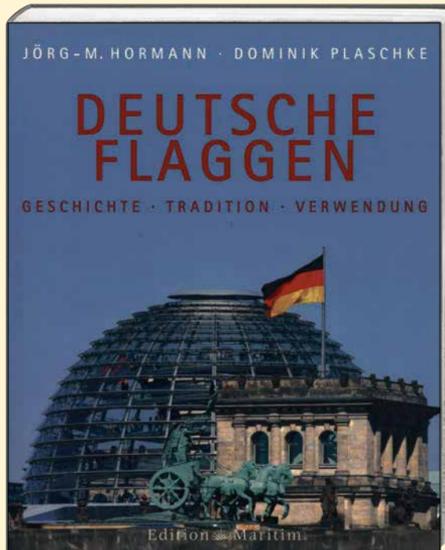
Marjellen
 Schwarzer Johannisbeerlikör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5693 21,95 €



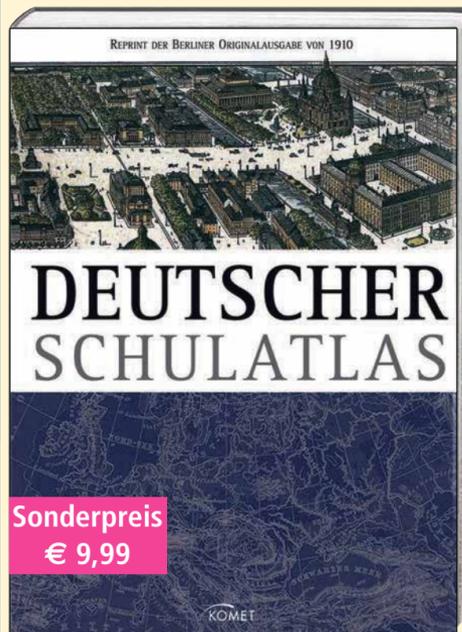
Lorbass
 Altpreußischer Kartoffelschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5673 21,95 €



Kaffebecher Ostpreußen
 Steingutbecher mit Goldrandverzierung
 Nr. P A0652 12,95 €



Jörg-M. Hormann, Dominik Plaschke
Deutsche Flaggen
 Geschichte Tradition Verwendung
 Seit dem 2. Weltkrieg waren Schwarz – Rot – Gold für beide deutsche Staaten die Nationalfarben, doch erst nach der deutschen Wiedervereinigung wurde der mehr als 200 Jahre geführte Flaggenstreit endgültig beendet. Die häufige Änderung der Nationalfarben im 19. und 20. Jahrhundert, verbunden mit dem Wechsel der Staatssymbolik der jeweiligen Epoche durch Farben, Formen und Zeichen, wird in diesem Buch umfassend dargestellt. – nicht nur durch Geschichten zur Historie deutscher Nationalflaggen, sondern auch durch Hunderte farbiger Darstellungen der verschiedenen Flaggen mit Angaben zu Aussehen, Proportionen und Verwendungszweck. Besonders ausführlich wird auf die Flaggenhistorie der alten und neuen Bundesländer eingegangen.
 271 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
 Nr. P A1608 Gebunden mit Schutzumschlag 14,90 €



Sonderpreis € 9,99

Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm.
 48 Seiten
 Nr. P 9965 Gebunden mit Schutzumschlag 9,99 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchstichere Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenspauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Gumbinner Marjellen
 Aprikosen-Likör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5686 21,95 €



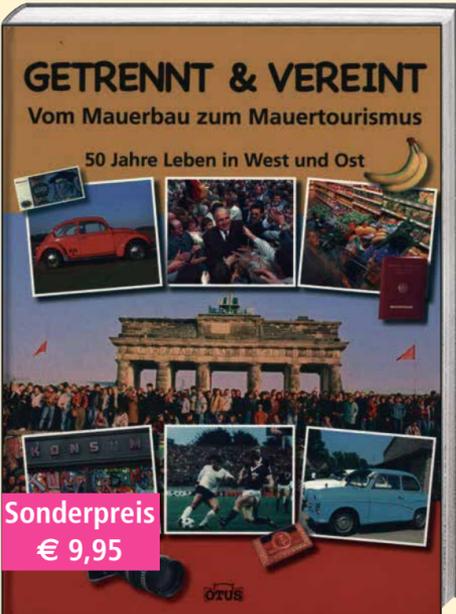
Kaffebecher mit Wappenrand
 Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
 Nr. P A0785 12,95 €



Sonderpreis € 4,95

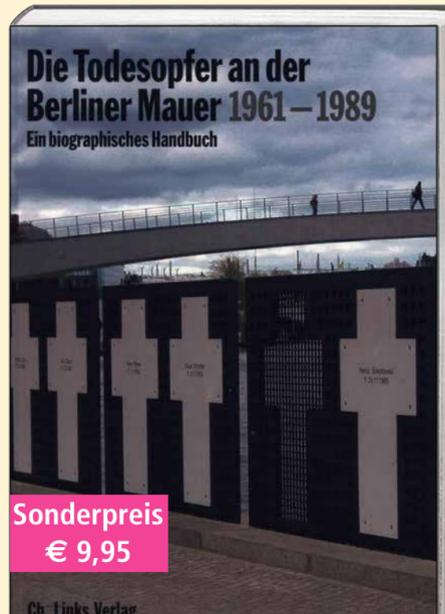
Thomas Wieke
Das DDR-Mark Gedenkbuch
 Geschichten und Anekdoten rund um den Alu-Chip
 62 Seiten/Geb./Sammeltablett
 Nr. P A1622 4,95 €

Die Mark der DDR und was sie bedeutete. Von 1948 bis 1990 war die „Ostmark“ Zahlungsmittel in der DDR und Begleiterin der Planwirtschaft. Dabei stand ihr als Gegenbild immer die D-Mark vor Augen, die bei Staatsfunktionären ebenso wie bei „den kleinen Leuten“ Begehrlichkeit weckte. Schneller als gedacht, verschwand die DDR-Mark dann nach dem Mauerfall. Das DDR-Mark-Nostalgiebuch zeichnet mit einem zwinkernden Auge Höhepunkte in der Biografie der Währung nach, erinnert aber auch an Unbekanntes und Privates. Dem Buch ist ein Sammeltablett für die Kursmünzen beigelegt, die eine währungsgeschichtliche Erinnerung an die Vergangenheit ermöglichen.



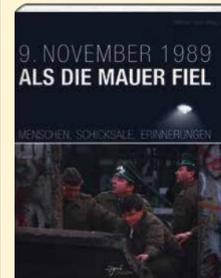
Sonderpreis € 9,95

Getrennt & vereint
 Vom Mauerbau zum Mauertourismus
 Vor 70 Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer errichtet. 28 Jahre lang war sie das Symbol der Teilung. Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 wurde die deutsche Einheit eingeleitet. Diese informative und unterhaltsame Zeitsreise führt sie durch fünf Jahrzehnte in West und Ost – mit zahlreichen Abbildungen, Dokumenten, Zitaten, Übersichten und persönlichen Erinnerungen. Neben historischen Hintergründen steht der Alltag im Blickpunkt – Arbeit, Soziales, Bildung, Kultur, Reisen, Freizeit und Sport. Ein buntes bewegendes Kaleidoskop der jüngsten deutschen Geschichte.
 191 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen
 Nr. P A1614 Gebunden 9,95 €



Sonderpreis € 9,95

Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 – 1989
 Ein biographisches Handbuch
 Zahlreiche Todesfälle an der Berliner Mauer sind durch die Medien bekannt geworden. Doch bis heute sind die Anzahl, die Identität und das Schicksal der Todesopfer weitgehend unbekannt. Wie viele Menschen kamen tatsächlich ums Leben? Wer waren diese Menschen? Wie kamen sie zu Tode? Wie wurde mit den Familienangehörigen und dem Freundeskreis umgegangen? Das biographische Handbuch gibt Antworten auf diese und viele anderen Fragen.
 Eine ausführliche Dokumentation.
 526 Seiten
 Nr. P A1600 Kartoniert 9,95 €



Reinhard Appel
9. November 1989
 Als die Mauer fiel
 Menschen, Schicksale, Erinnerungen
 160 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1620 9,95 €

„Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR nach der BRD erfolgen.“ – Selten zuvor in der Geschichte hat ein Satz den Lauf der Dinge so einschneidend verändert wie diese Worte Günter Schabowskis am Abend des 09. Novembers 1989. Von diesem historischen Datum, von einer Nacht, die Weltgeschichte schreiben sollte, berichtet dieser Bildband. Reinhard Appel hat Zeitzeugen, Politiker und Prominente eingeladen, von ihren ganz persönlichen Erinnerungen an jene Nacht zu berichten, in der „Wahnsinn“ zum Wort der Stunde werden sollte. Historische Überblickskapitel zur deutschen Teilung seit 1945 sowie zahlreiche Fotodokumente runden diesen Band ab.



Sonderpreis € 4,95

Thomas Wieke
Das D-Mark Gedenkbuch
 Unsere Mark in Geschichten und Anekdoten
 62 Seiten/Geb./Sammeltablett
 Nr. P A1621 4,95 €

In ewiger Liebe hängen die Deutschen in Ost und West an ihrer verflornten Währung, der D-Mark, die inzwischen zu einem Mythos geworden ist. Das D-Mark-Gedenkbuch fasst die Vorgeschichte der Mark ins Auge und zeichnet die Höhepunkte in der Biografie der Währung nach. Erzählt wird aber auch mit einem zwinkernden Auge Unbekanntes und Privates, kleine Geschichten und Anekdoten, die nostalgische Gefühle aufkommen lassen. Dem Buch ist ein Sammeltablett für die Kursmünzen beigelegt, die eine währungsgeschichtliche Erinnerung an die Vergangenheit darstellen. Farbige Abbildungen der verschiedenen, auch historischen Scheine und Münzen vervollständigen das Werk.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email (in Vorbereitung)
 Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Helmut Bley, 86 Jahre alt, emeritierter Professor und ausgewiesener Afrika-Historiker, hat sich seit Langem sehr kritisch mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinandergesetzt. Im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ sollte er nun in Hannover einen Vortrag halten, Titel: „Kolonialgeschichte von Afrikanerinnen und Afrikanern her denken“. Wie die „taz“ berichtet, gefiel der „Initiative für Diskriminierungssensibilität und Rassismuskritik“ (IDiRa) aber nicht, dass sich „ausgerechnet ein weißer Mann“ mit dem Thema beschäftigt. Svea Ostermeier von IDiRa vertritt die Ansicht, „wenn es explizit um schwarze Geschichte“ gehe, sollten „vorrangig schwarze Menschen zu Wort“ kommen. Überdies habe ihr und ihren Kolleginnen bei Gesprächen im Vorfeld „Körperhaltung und Wortwahl“ des Professors nicht gefallen. Die Stadt Hannover sagte die Veranstaltung daraufhin ab. Bley bezeichnet das Ganze als „massive Zensurbewegung“, die „nur Betroffene“ für berechtigt halte, über ein Problem zu sprechen. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Caroline Turzer lässt der skandalöse Umgang mit Kindern in der Corona-Krise tief blicken, wie sie in der „Welt“ (1. April) schreibt:

„Deutschland hätte die Osterferien für einen kurzen, harten Lockdown nutzen können – und für die flächendeckende Bereitstellung von Tests und schnellere Impfungen. Dass das nicht passiert, zeigt nun endgültig, welche Priorität Kinder in diesem Land genießen: keine.“

Stephan Witte diagnostiziert in der „Epoch Times“ (4. April) eine seltsame Berichterstattung über die Corona-Demos:

„Wer Presseberichte von Demonstrationen liest und bei diesen selbst zugegen war, kommt aus dem Staunen kaum heraus; so fern der Realität ist die überwiegende Berichterstattung etwa zu den beiden Großdemos in Berlin vom 01. 08. und 29. 09. 2020 beziehungsweise in Kassel vom 20. 03. 2021.“

Auch Ulrike Stockmann zieht ebenfalls eine verheerende Bilanz der Berichterstattung über die Kundgebungen der Corona-Maßnahmen-Kritiker. Auf der „Achse des Guten“ (4. April) schreibt sie:

„Manche Medien fahnden akribisch nach geringsten Verfehlungen, die sich dort abgespielt haben könnten, um die Demonstranten und ihr Anliegen zu diskreditieren. Das ist mittlerweile so durchschaubar wie das Aquarium im Stuttgarter Zoo Wilhelma ... Es geht vielen Berichterstattern weniger ums Berichten, als ums Schlechtmachen.“

Gunnar Schupelius ärgert sich in der „B.Z.“ (4. April) darüber, dass es keinen Politiker zu interessieren scheint, ob die ewigen und immer härteren Lockdowns überhaupt etwas Positives bringen:

„Einen Beweis dafür, ob der Lockdown zum Ziel führt, können die Politiker aber bis heute nicht erbringen. Im Gegenteil: Schon im Juni 2020 war die Bilanz der Lockdowns international negativ. Im Herbst wurde bekannt, dass es kaum einen oder gar keinen Unterschied im Infektionsgeschehen und bei den Todeszahlen zwischen Ländern mit und ohne Lockdown gibt ... Der Lockdown bleibt ein Blindflug mit verheerenden Folgen. Oder wie es der frühere Verfassungsrichter Ferdinand Kirchhof sagt: „Man kann eine Gesellschaft auch zu Tode schützen.““

Ulrich Reitz hat im „Focus“ (6. April) eine bissige Frage zum Kanzlerkandidaten-Duell in der Union:

„Persönlich verstehe er sich mit Armin Laschet ‚sehr gut‘. Sagt Markus Söder. Angesichts dessen möchte man wissen, wie der CSU-Vorsitzende mit jemandem umgeht, mit dem er sich sehr schlecht versteht.“

● WORT DER WOCHE

„Die Gesellschaft hat offenbar vergessen, dass der Mensch sterblich ist, und auch andere tödliche Krankheiten existieren.“

Matthias Iken wundert sich im „Hamburger Abendblatt“ (3. April) über die „deutsche Todesangst“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Verlässliche Politik

Warum wir auch nicht wissen, was los ist, und wieso sich Markus Söder bloß vorsehen soll

VON HANS HECKEL

Eile ist geboten! Um es gleich vorwegzusagen – nachdem wir von der Entschuldigung der Kanzlerin zu ihrer verstorbenen „Osterruhe“ komplett überrollt wurden, geben wir zu Protokoll, dass wir jede Vorahnung dafür verloren haben, welche Haken die Politik als Nächstes schlägt. Wir bitten also um Nachsicht, wenn wir hier nur hektische Zwischenstände bespiegeln können. So sind halt die Zeiten. Im Berliner Neusprech nennt man das „verlässliche Politik“, auf welche die „Bürgerinnen und Bürger schließlich einen Anspruch haben“.

Es bleibt aber dabei, Eile ist geboten. Warum gerade jetzt? Nun, schon vor Ostern neigte sich die dritte Welle gefährlich zur Seite, die tägliche massive Steigerung der heiligen Inzidenzzahl verlor bedenklich an Schwung, kam schließlich zum Erliegen. Das passt nicht ins Konzept, wenn man als Impresario für „verlässliche Politik“ gerade auf Eskalation aus ist, auf Einheits-, Mega-, Hammer- oder „Brücken“-Lockdowns, die man so dringend benötigt, um seinen Machtanspruch gebühlich in Szene zu setzen.

Was macht man aber, wenn die Zahlen nicht mehr zur politischen Botschaft passen? Am besten, man schafft sich eine eigene Realität abseits der enttäuschenden Statistik. Eine solche Realität kann sich der eifrige Politiker mit allem vollmalen, was er sich wünscht. So wie der Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher, der sich mit der Verhängung einer nächtlichen Ausgangssperre ab Karfreitag für die erste Reihe der Hammerharten qualifiziert hat.

Allerdings kann auch der redlichste Politiker nicht in Ruhe malen, wenn ihm ein böser Journalist dazwischenpinselt. Auf einer Pressekonferenz kurz vor den Feiertagen wollte ein solcher von Tschentscher wissen: „Wenn man sich das DIVI-Intensivregister anschaut, dann liegt die Zahl der belegten Intensivbetten in Hamburg nahezu durchgehend bei 500. Wo ist da also die zweite oder dritte Welle zu sehen? Müsstest diese Auslastungen nicht nach oben gehen? Und wenn denn Engpässe bei diesen Intensivbetten drohen, warum hat man dann seit August diese Intensivbetten um zirka 15 Prozent abgebaut, anstatt sie aufzubauen?“

Mit diesen Fragen hatte der Sozialdemokrat nicht gerechnet, seine Antwort ist aber

gerade deshalb solchermaßen denkwürdig, dass sie gerahmt und an die Wand gehängt gehört für kommende Generationen. Peter, der Hammerharte, hob an: „Also (es folgt eine peinlich lange Pause), diese Frage müsstest Sie mit einem Intensivmediziner einmal besprechen. Was das bedeutet: Dass wir noch ein paar freie Intensivbetten haben und wie wenig das eigentlich ist von dem, was möglicherweise passieren kann!“

Bitte? Die Tatsache, dass sich so gut wie nichts bewegt, ist also der schlagende Beweis dafür, was „möglicherweise passieren kann“, sich also noch bewegen „könnte“. Um diese Argumentation nachvollziehen zu können, muss man wohl Spitzenpolitiker sein, wenn auch nur in einem ganz kleinen Bundesland. Und der Abbau der Betten? Nichts dazu. Wie es aussieht, hat es Tschentscher, der selbst Mediziner ist, bislang vermieden, die Sache „mit einem Intensivmediziner einmal (zu) besprechen“, sonst hätte er wenigstens ein paar Zahlen parat.

Aber was soll er mit den blöden Daten, der Bürgermeister hat sein Bild schon fertig und legt los. Die nächtliche Ausgangssperre ist ein voller Erfolg. Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, in der Nähe eines zentralen Knotenpunkts von Bussen und Bahnen lebt, kann das gut beobachten: Da herrscht kurz vor 21 Uhr eine Jahrmarktstimmung wie seit Vor-Corona-Zeiten nicht mehr. Ein Gedränge und Gerenne und Geschiebe ist das – herrlich, so viel Leben auf engstem Raum! Schließlich müssen die Leute, die früher über den ganzen Abend verteilt nach Hause fuhren, jetzt alle auf einmal los.

In Sachen „Kontaktbeschränkung“ ist die Hansestadt ohne Zweifel einen großen Schritt weitergekommen. In welche Richtung, interessiert genauso wenig wie die Zahl der Intensivbetten. Ist ja auch egal: Die Sperre duftet doch so herrlich nach Durchsetzungsstärke, nach Entschlossenheit, und nur darauf kommt es an.

Auch wenn Tschentscher in der Pressekonferenz ein wenig unwohl geworden sein dürfte – Armin Laschet würde dennoch gern mit dem Hamburger tauschen. Denn für den frischen CDU-Chef läuft es im Moment so überhaupt nicht rund. Er verfranz sich immer tiefer im Lockdown-Gewirr, sodass er nach dem Aufstehen vermutlich selbst erst mal in seinen Notizen nachsehen muss, was er gestern gesagt hat, um heute nicht schon wieder etwas völlig anderes zu vertreten. Ei-

—
Gedränge,
Gerenne,
Geschiebe: Seit
der nächtlichen
Ausgangssperre
herrscht kurz
vor 21 Uhr
wieder eine
Stimmung wie
zuletzt vor
Corona



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

gentlich wollte sich der NRW-Ministerpräsident einen Namen machen als bürgernaher Lockerer. Dieser Tage jedoch überraschte er uns mit der Idee eines „Brücken-Lockdown“. Der solle gelten, bis viele Menschen geimpft seien, um lockern zu können. Aber was heißt denn „viele“? Allgemeines Rätselraten. Es kam noch dicker. Laut „Bild“ hat Laschet sein Brückenprojekt mit Angela Merkel abgestimmt.

Ach du grüne Neune! Ist der denn von allen guten Geistern verlassen? Das ist doch wieder eine Falle! Lernt er das nicht? Jahrelang hatte er der Kanzlerin die Treue gehalten, bis sie ihn bei Anne Will in die Pfanne gehauen hat, ohne Vorwarnung. Als ihn Markus Lanz auf den hinterhältigen Treuebruch seiner Lehnsherrin ansprach, guckte Laschet wie einer, dem man gerade eine Zigarette auf dem Handrücken ausdrückt.

Sonst kommt die rheinische Frohnatur ja immer so heiter daher, als habe sie ihre Karnevalsmütze nur kurz auf der Toilette vergessen. Nicht so bei Lanz: Krampfhaft bemühte sich Laschet, nicht die Fassung zu verlieren angesichts von Merkels Verrat – ein Indianer kennt keinen Schmerz, erst recht, wenn er vom Rhein kommt! Oder? Und ob er den kennt, man sah es ihm deutlich an.

Zu allem Überfluss zeichnet sich eine Allianz zwischen Merkel und Laschets Erzrivalen Markus Söder ab. Ausgerechnet Söder, der 2015 noch Front gemacht hatte gegen die Grenzöffnung der Kanzlerin. Das verstehe noch einer. Nun wanzt sich der Franke ohne Scham an Merkel ran. Ohne die Unterstützung der Kanzlerin könne ein Unionskandidat im Bundestagswahlkampf „kaum erfolgreich sein“, zwinkert Söder.

Bedauernswerter Laschet. Da kann man ja zu viel kriegen! Söder indes ist gut beraten, das trostlose Schicksal seines Konkurrenten genau zu studieren. Henryk Broder schwant, dass Merkel in ihren letzten Kanzlermonaten nur noch „Rache nehmen“ wolle. Er hat nur noch nicht raus, wofür – und an wem. Wie wär's mit Markus Söder? Vielleicht hat sie dessen Reden von 2015 ja doch noch nicht vergessen? Merkel könnte ihm erst mal zur Kanzlerkandidatur verhelfen, um ihm kurz vor der Bundestagswahl eiskalt den Dolch in den Rücken zu rammen. Wie Laschet. Dann wüsste auch der CSU-Chef, wie man Schwarze Witwe schreibt – und für Angela Merkels Gesinnungsfreundin Annalena Baerbock wäre der Weg frei ins Kanzleramt.